DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: info@contraste.org

349 | 30. JAHRGANG Oktober 2013 | 4 50

STRATEGIEN – WIDERSTAND – ALTERNATIVEN

Pflege und Autonomie

Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre sind die Zivilgesellschaft und das so genannte bürgerschaftliche Engagement zu einem zentralen Projekt der Gesellschaftspolitik avanciert. Auch für den Pflegesektor wird in den letzten Jahren in Teilen der Politik und von etablierten Denkfabriken eine verstärkte „Kultur des Helfens" eingefordert. „Hilfemix", „Wohlfahrtspluralismus", „geteilte Verantwortung" und „gesellschaftliche Koproduktion" sind die Leitbegriffe des Zivilgesellschafts-Diskurses. Nachdem CONTRASTE in den Ausgaben 269/2007, 321/2011 und in der Doppelausgabe 344-345/2013 über alternative Lebens- und Wohnprojekte von und für SeniorInnen berichtete, werfen die Schwerpunktseiten dieser Ausgabe einen Blick auf die politischen Rahmenbedingungen der Betreuung und Pflege von Behinderten und alten Menschen.

VON JOACHIM MAIWORM & ANNE SEECK, BERLIN ● „Die Zukunft der Pflege liegt im Quartier" lautet die programmatische Aussage eines Positionspapiers, das eine Arbeitsgruppe des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) und der Friedrich-Ebert-Stiftung Anfang August, unter dem Titel „Gute Pflege vor Ort – Das Recht auf eigenständiges Leben im Alter" präsentierte. .Die SozialexpertInnen vertreten ein Konzept, das auf Selbstbestimmung setzt, zivilgesellschaftliche und professionelle Pflege vor Ort bündelt und die Prävention fördert. Die professionelle Pflege in Heimen soll auf das Notwendigste reduziert, die ambulante Versorgung dagegen konsequent ausgebaut werden. Nach dieser Idee überträgt der Staat über die Kategorie der „Selbstbestimmung" die Verantwortung zunehmend auf die „autonomen" Einzelnen und den sozialen Nahraum. Der Druck auf die BürgerInnen wächst. Auch die neoliberale Bertelsmann-Stiftung widmet sich der Aufgabe, Ideen zu produzieren und Modellprojekte zu erproben, damit sozialstaatliche Aufgaben möglichst effizient unter Einschluss von Engagement durchgeführt werden können. Als Akteurin im Hintergrund forcierte die Stiftung bereits die Hartz-Reform und damit den „aktivierenden Sozialstaat", nun sollen die Versorgungslücken in der Pflege durch die Mobilisierung der Zivilgesellschaft gestopft werden. Denn für die Think Tanks gilt als nicht verhandelbare Prämisse, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates unwiderruflich an ihre Grenze gestoßen ist. Auch der Pflegesektor hat seinen Beitrag zum Wettbewerbsstaat zu leisten, indem er der Volkswirtschaft möglichst wenig kostet. Interessengegensätze sollen keine Rolle mehr spielen. Nicht über den Kampf für mehr Geld, sondern nur auf Basis eines konsensorientierten Dialogs zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren kann aus dieser Sicht die Herkulesaufgabe einer würdigen Pflege alter und behinderter Menschen gestemmt werden. Der „nationale Wettbewerbsstaat" diktiert eine Kostensenkungsstrategie, die gravierende Auswirkungen auf die Betreuung und Pflege behinderter und alter Menschen gleichermaßen hat.

Die Beiträge dieser Ausgabe reflektieren einzelne Aspekte dieser Strategie, die im Namen der Autonomie und Eigenverantwortung im Pflegebereich seit Jahren Raum greift. Aber auch das emanzipatorische Potenzial der „Selbstbestimmung" wird theoretisch thematisiert und am praktischen Beispiel aufgezeigt. ●

☞ *Mehr hierzu auf den Schwerpunktseiten 11 bis 14*

Foto Kommune Niederkaufungen

AUS DEM INHALT:

DAS SCHWEIGEN BRECHEN

Auch in Netzwerken der Alternativer Ökonomien waren (sind?)verschiedene Formen der Gewalt gegen Kinder präsent; es wurde (wird?) misshandelt und weggesehen. Ein Artikel, der vieles in Frage stellt. Seite 2

ROLF SCHWENDTER - (K)EIN NACHRUF

Erinnerungen an einen Vordenker und Aktivisten alternativer Bewegungen, der in kein Schema passt. Er lehrte „Devianz" als akademisches Fach, trommelte, rappte, kochte, war oft mit Plastiktüten unterwegs und wurde manchmal für einen Clochard gehalten. S. 3

ALLERWELTSHAUS

Das Projekt in Köln-Ehrenfeld verbindet die Themen Migration und Antirassismus mit einem internationalistischen Ansatz. Von Anfang an schon arbeiten „Deutsche und Ausländer" zusammen. Gratulation zum 25. Geburtstag. Seite 4

LEGENDÄRES LANDPROJEKT

In den 70 er Jahren zogen vor allem junge Deutsche nach Südfrankreich, Sie gründeten Longo Mai, ein Projekt das auch eng mit Osteuropa verbunden ist. Wir gratulieren dem Kollektiv zum 40. Geburtstag. Seite 5

ROOTS OF COMPASSION

Der vegane Online-Shop stellt den Tierbefreiungsgedanken ins Zentrum. Selbstorganisation und das Ziel, sich nicht selbst auszubeuten, spielen eine wichtige Rolle. Wir gratulieren zum 10. Geburtstag. Seite 5

BIO FÜR ALLE

Wie Hannoveraner_innen den Kauf von Bio-Lebensmitteln zu einem erschwinglichen Preis ermöglichen und ihre Prozesse der Selbstorganisation gestalten zeigt dieses anschauliche Interview. Seite 6

SOLIDARITÄT

Ideen wie Privilegien mit Geflüchteten geteilt werden können wurden beim Berliner Kultur-Festival *Suppe und Mucke* in einem ungewöhnlichen Rahmen angedacht. Seite 7

MISSHANDELTE KINDER

Am 24. Oktober läuft der Film über die Friedrichshof-Kommune bei Wien an. Der Regisseur Paul-Julien Robert ist dort aufgewachsen, Die Gewalt, die nicht nur ihn prägte, zeigt er auch mit dokumentarischen Bildern. Seite 9

▶ www.contraste.org

D 8008

Anzeige

VOLKSENTSCHEIDE ZUR REKOMMUNALISIERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG

Vattenfall, Eon & Co. Tschüss sagen!

Es gibt viele Wege zur Energiewende und viele Wege, die Energieversorgung in die Hand der Bürgerinnen und Bürger zu legen. In Hamburg und Berlin haben sich BürgerInnen-Initiativen zum Ziel gesetzt, die Energieversorgung wieder in öffentliche Hand zu überführen. Denn in beiden Städten laufen die Konzessionsverträge für den Stromnetz-Betrieb Ende 2014 aus.

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN ● Sowohl in Hamburg als auch in Berlin betreibt der Kohle- und Atomkonzern Vattenfall die Stromnetze, und in Hamburg darüber hinaus das Fernwärmenetz und das umstrittene Kohlekraftwerk Moorburg – dort klagten im Juni diesen Jahres AnwohnerInnen über heftige Beschwerden wegen austretender Abgase, die Behörden wiegelten ab.

Das Bündnis "Unser Hamburg unser Netz" hatte mit einem erfolgreichen Volksbegehren mit 116.197 Unterschriften bereits im Juni 2011 den Volksentscheid erkämpft. Währenddessen erwarb die Stadt Hamburg einen 25,1-prozentigen Anteil seiner Netze, ohne dadurch irgend einen Einfluss auf die Geschäftspolitik nehmen zu können.

Volksentscheid in Hamburg gewonnen

Am 22. September 2013 hatten die HamburgerInnen nun die Gelegenheit, gleichzeitig mit der Bundestagswahl auch mit einem Volksentscheid festzulegen, ob die Energienetze weiterhin unter der Kontrolle der Kohle- und Atomkonzerne Vattenfall (Strom und Fernwärme) und Eon (Gas) bleiben oder ob die Stadt sie zu 100 Prozent übernimmt. Mit knapper Mehrheit entschieden sie sich für einen öffentlichen Netzbetrieb. Damit haben sie Politik und Verwaltung den Auftrag erteilt, wieder handlungsfähig zu werden und die Netze im Interesse der BürgerInnen und des Klimaschutzes zu bewirtschaften.

Volksentscheid in Berlin am 3. November

In Berlin ist noch nichts entschieden. Dort bekam im Frühjahr 2013 das Volksbegehren des "Berliner Energietisch" zur Rekommunalisierung der Energieversorgung 271.496 Stimmen. Der Berliner Senat legte jedoch den Termin des Volksentscheids nicht etwa auf die Bundestagswahl, sondern auf den 3. November. Damit muss nur 6 Wochen nach der Wahl erneut ein aufwändiges und teures Abstimmungsverfahren durchgeführt werden. Die Bündnispartner des Energietisch – zu denen auch CONTRASTE gehört – hoffen nun, dass dieser Affront viele BürgerInnen motiviert, nun erst recht an der Abstimmung teilzunehmen. Es sind 600.000 Stimmen erforderlich, um Vattenfall Tschüss zu sagen.

Auch nach einem erfolgreichen Volksentscheid können die Stromnetze nicht direkt von der öffentlichen Hand übernommen werden. Zum Ende der Konzession müssen sich öffentliche Unternehmen in einem vorgeschriebenen Wettbewerbsverfahren durchsetzen. Die Konzerne, die bisher die Netze betreiben, sind mit Millionenverlusten in der Krise, es stehen Massenentlassungen an. Möglicherweise will Vattenfall sich ganz aus Deutschland zurückziehen. Das ist aber noch lange nicht das Ende der Ära klimaschädigender Konzernstrukturen. Der Netzbetrieb ist ein profitables Geschäft, und es sind zum Beispiel Gazprom (Russland) oder EDF (Frankreich) als mögliche Käufer von Vattenfall Deutschland im Gespräch.

In Berlin und Hamburg werden Weichen gestellt, die sicher auch auf andere Städte wirken. Die Netze überhaupt zu bekommen ist das Eine, das Andere ist es, sie dann auch wirklich sozial, ökologisch und demokratisch zu bewirtschaften. Die BürgerInnen, die sich ihre öffentlichen Unternehmen erkämpft haben, werden dies mit Sicherheit kritisch im Blick behalten.

Mehr Infos:

☞ *http://unser-netz-hamburg.de*
☞ *http://berliner-energietisch.net*

EDITORIAL

Hallo liebe Leserinnen und Leser,

wir, Ulrike Kumpe und Antonia Gerlinde Schui, wollen uns gern bei euch vorstellen. Mit der Septemberausgabe haben wir die Heftkoordination übernommen. Aktuell arbeiten wir uns auch in die Gesamtkoordination ein.

Nach Dieter Poschens Tod, der „das Herz und die Seele" der Zeitung war, übernahm Elisabeth Voß vorübergehend die Koordination, damit es überhaupt weitergehen konnte. Nun möchte sie sich wieder verstärkt auf Inhalte konzentrieren. Wir möchten hier und da versteckte Arbeitsprozesse etwas sichtbarer machen, auch unsere. So auch jetzt. Doch zunächst ein wenig zu uns:

Wer bin ich, Ulrike Kumpe? Eine spannende Frage, von der ich mir bis heute sicher bin, sie nicht beantworten zu können – zu viele Informationen. Ihr sollt dennoch etwas über mich erfahren. Selbstorganisation - und für mich besonders spannend Soildarische Ökonomien liegen mir besonders am Herzen, da ich unverändert der Idee einer solidarischen und internationalen Gesellschaft anhänge. Es macht Mut, von anderen Projekten zu lesen, Höhen und Tiefen mit zu verfolgen, deshalb schreibe ich gern – nun für CONTRASTE. Ich, Antonia Schui,verfüge über einen Abschluss in Erziehungswissenschaften, sehe mich als Freiraumschafferin und Lebenskünstlerin, die in verschiedenen, auch antirassistischen Projekten, arbeitet, und gern auch an Wörtern feilt.

Wir sind beide seit Ende des letzten Jahres bei CONTRASTE. Unsere Rolle verknüpfen wir eng mit dem aktuellen Veränderungsprozess; ihn verantwortlich mit zu gestalten ist uns wichtig. Wir koordinieren die von der Gesamtredaktion getroffenen Entscheidungen, setzen sie zum Teil auch um. Eine Aufgabe, die uns reizt und nah kommt. In den Diskussionen der letzten Monate sind Ansätze sichtbar und Energien spürbar geworden, die wir gern weiter befördern wollen.

Beim Sommerplenum an dem ca. 20 Personen teil nahmen wurde deutlich, wie wichtig CONTRASTE mit ihrer Fokussierung auf Selbstorganisation für viele ist. Das Anliegen, die Zeitung fortzuführen, verbindet die alten Hasen und Häsinnen mit den NeueinsteigerInnen. In der derzeitigen Stimmung des Aufbruchs wird manches neu angedacht und in die Wege geleitet. So wird der Webauftritt von einer Arbeitsgruppe neu gestaltet. Auch mit einem modifizierten Layout zum 30. Geburtstag der Zeitung werden zukünftig noch stärker medienbegeisterte Menschen aller Altersgruppen, junge und alte, angesprochen. Ein Prozess an dem wir uns gern beteiligen.

Das Layout dieser Ausgabe wird erstmalig von Adrien Tasic und Susanne Götze gestaltet. Sie lösen Subdesign, Reinhard Lichtenhahn und Dachsel ab, die diese Arbeit übergangsweise übernahmen und CONTRASTE so in einer schwierigen Situation sehr halfen. Susanne und Adrien lebten bis vor kurzem in Paris, sie waren und sind Teil der Frankreich-Redaktion. Jetzt leben sie in Berlin und tragen hier die redaktionelle Arbeit mit. Adrien wird auch einen neuen, einprägsameren „Selbstorganisation"-Schriftzug entwerfen, das übergreifende Thema von CONTRASTE soll, unserer Sicht und der der „Profil-Arbeitsgruppe" folgend, zukünftig stärker hervorgehoben werden -- vor allem auch inhaltlich. Wichtig scheint uns auch, die Publikation noch stärker international auszurichten. Eine Anregung, die auch von der Pariser Redaktion eingebracht wird, und bei CONTRASTE generell auf große Offenheit stößt. Bereits in der letzten Ausgabe hatten wir Gelegenheit, mehrere spannende Beiträge zu internationalen Themen zu veröffentlichen.

Wir freuen uns über Artikelangebote von euch– auch über weltweite Ansätze, Bewegungen, Projekte im Bereich der Selbstorganisation.

Und: Wir möchten die Kommunikation mit Euch, unseren LeserInnen intensivieren. Wir sind schon ganz neugierig auf Euch. Wer seid Ihr? Was denkt Ihr über CONTRASTE? Was bedeutet Selbstorganisation für Euch?

Ab Januar bekommt der Dialog mit den LeserInnen einen speziellen Platz in der Zeitung. Schreiben könnt Ihr uns schon jetzt.

Eine anregende Lektüre wünschen *Antonia Gerlinde Schui und Ulrike Kumpe*

NEUE ADRESSE ODER BANKVERBINDUNG?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 €.

NEU: Änderungen bitte an: abos@contraste.org senden.

Klarstellung der Autorenschaft:

In unserem Schwerpunkt Selbstorganisation im neoliberalen Alltag CON - 348,Seite 12 ist der Autor des Artikels "Wie 'bewegen' sich Arbeitslose" Harald Rein.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- ❍ **I**ch werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- ❍ **M**ein Mitgliedsbeitrag beträgt .... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- ❍ **I**ch bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- ❍ **M**eine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- ❍ **M**eine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- ❍ **M**eine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- ❍ **S**chickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum Abo-Nr: ____________ Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg

ELIS.CORNER

Gewalt sehen und benennen

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN Als die sexuelle Gewalt gegen Kinder in kirchlichen Einrichtungen nach und nach öffentlich wurde, schien das Thema noch weit weg. Es rückte schon ein wenig näher, als auch die Odenwaldschule betroffen war – immerhin galt die Reformpädagogik vielen als irgendwie alternativ. Nun arbeiten die Grünen – beschämend halbherzig – ihre pädophile Vergangenheit auf, aus einer Zeit, in der sie noch nicht Establishment, sondern Bewegung waren. Kürzlich wurde bekannt, dass auch Hermann Meer, in den 1980ern Landesvorstandsmitglied der Grünen in NRW, mittlerweile verstorben, ein Täter war. In seiner Emmaus-Gemeinschaft auf dem Dachsberg in Kamp-Lintfort war sexuelle Gewalt gegen Kinder alltäglich. Ein zweiter Film zur Friedrichshof-Kommune kommt in die Kinos (siehe Seite 9), der zwar nicht direkt sexuelle Gewalt zum Thema hat, aber in einem Umfeld systematischer sexueller Gewalt spielt und emotional sowie körperlich gewalttätige Grenzüberschreitungen zeigt.

Das geht mitten rein in die selbstorganisierte Szene, in die Kommunebewegung, in die Themen unserer Zeitung. Es war damals, in den 1970er/80er Jahren (und ist noch heute) eine konstituierende Idee von Kommuneprojekten und Gemeinschaften, die Ketten der bürgerlichen Kleinfamilie sprengen zu wollen. In der Kleinfamilie wuchsen obrigkeitshörige, nach oben buckelnde und nach unten tretende Angepasste heran, durchs Leben getrieben von der Angst, aus der ihnen zugeschriebenen Rolle zu fallen. Die Kleinfamilie galt – mit Prügelstrafen für Kinder und Unterdrückung der Frauen – als Wiege des Faschismus; die Beziehungen von Eltern – vor allem Müttern – zu ihren Kindern als Last, vor der die Kinder zu schützen seien.

Ich erinnere mich an Hermann Meer als allseits geachtete Persönlichkeit der Ökodorf-Szene. In einer von mir verantworteten Broschüre „Zur Vorbereitung der Ost-West-Begegnung Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften (Kommunen, Ökodörfer, spirituelle Gemeinschaften und andere alternative Lebensformen) 14.-17. Juni 1990 in Kleinmachnow bei Berlin" schrieb er über sein Projekt und über die Perspektive, dass sich „... eine Vielzahl von Menschen zusammenfindet, die bereit sind, Frieden und Gewaltfreiheit in autarker Gemeinschaft zu leben."

Zu dem Treffen in Kleinmachnow, an dem über 400 Menschen teilnahmen (CONTRASTE machte dazu in der Ausgabe 70/71 einen Schwerpunkt „Kommunetreffen in der DDR - „Good vobrations" für Ökotopia") kamen auch Leute von der Indianerkommune Nürnberg. In der ersten Nacht nahmen sie den Sohn einer Teilnehmerin mit nach Berlin, in eine WG. Wir VeranstalterInnen diskutierten, ob wir die Polizei rufen sollten. Da wir seine Mutter nicht beunruhigen wollten und sicher waren, dass der Junge am nächsten Tag zumindest äußerlich unversehrt zurück kommen würde, unternahmen wir nichts. Aber vielleicht wollten wir auch unser schönes Camp nicht gefährden?

Wer hinsah, konnte an vielen alternativen Orten sexualisierte oder sexuelle Gewalt wahrnehmen. Darum denke ich, nicht nur die Grünen brauchen eine Untersuchung ihrer pädophilen Geschichte, sondern ebenso die Kommunen und Gemeinschaften. Und ich sehe uns Ältere in der Pflicht, Erinnerungen hervorzuholen, selbstkritisch zu reflektieren und alte Unterlagen und Dokumente für eine umfassende Aufklärung zusammen zu stellen.

Das wäre nicht nur von historischem Wert, denn sexuelle und sexualisierte Gewalt gibt es bis heute, überall und sicher auch in selbstorganisierten Zusammenhängen. Für die Opfer ist es existentiell wichtig, dass dieses Thema möglichst laut und offen benannt wird, damit das, was unter dem Mantel des Schweigens geschieht, sagbar und anzeigbar wird. ●

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84
Ausgabe 9/13 u.a.:
- Anton Kobel: »Trickserei oder Demokratie. Quo vadis, ver.di?«, über die Tarifverhandlungen im Einzelhandel
- »Moderne Sklaverei. Arbeitsbedingungen auf Achse in Europa«, eine Studie der Europäischen Transportarbeiter-Föderation
- Anne Karrass: »Erfolg und/oder Niederlage?«, die Positionen im Europäischen Parlament zur Durchsetzungsrichtlinie
- Jenny Brown: »Offen für Unternehmen...«, über die US-Gesundheitsreform »Obamacare«
- »Ein großer Topf. Wie funktionieren die Taft-Hartley-Versicherungen?«
- Alexandra Bradbury: »Cadillac-Steuer« – Vorwand für Kürzungen im Gesundheitswesen der USA
O Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

DANK DEN SPENDENDEN

Wir danken allen, die uns mit einer Spende bedacht haben.

C.U. 50,00 €	L.V.S.L. 100 €
E.U.F. 100,00 €	A.M. 38 €
E.V. 100,00 €	P.S. 58 €
J.D. 30,00 €	K.-H.B. 120 €

Spendenkonto Nr.:
515 124 05, BLZ 508 900 00,
Volksbank Darmstadt eG

IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEFIVBD

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Smoky Texas: Schöner Tag, was denn sonst??? (Jump Up)

Mit „Schöner Tag, was denn sonst???" legt die Hamburger Combo Smoky Texas das zweite Album beim Bremer Jump Up-Label vor. Es bewegt sich zwischen Punk-, Rock- und ein paar Skaanleihen. Musikalisch ist das okay, aber auch nicht besonders ausgefeilt. Die Texte drehen sich dabei um die Krise, Gesellschaftskritik und allgemeinem Weltschmerz. Alles nicht sehr tiefgründig und schon zigmal in qualitativ besserer Aufmachung gehört... Auch hier fehlt der wirklich zündende Aspekt. Das Album ist nett, aber weder besonders berauschend noch innovativ. Bei dem Track „Hallo, hallo, dein Auto brennt" finden sich Anleihen an Rio Reiser und die Scherben wenn Uli Mentz den Refrain singt. Alles im allem nett, aber leider weitgehend belanglos. Richtig ärgerlich ist die Reimfreude der Gruppe - „Ich lache und ich weine – und ich mache es mir alleine." Das klingt nach absolutem Dilettantentum.... Sorry Jungs, das war wohl nichts.... ●

DJ Chaoz

Jump Up
☞ *http://www.jumpup.de*

Smoky Texas
☞ *http://www.smokytexas.de*

DIE UNMÖGLICHKEIT ZU TELEFONIEREN

(K)ein Nachruf

VON GISELA NOTZ, BERLIN ● Dies ist kein Nachruf, den hatte ich schon in der letzten CONTRASTE geschrieben. So viel Nachruf würde Rolf nicht ertragen. Im Internet stehen einige. Immer wieder lesen wir, dass wir den Dr. Dr. Dr., den Professor von Kassel, den viele für einen Clochard hielten, verloren haben. Ja, das ist ein Verlust. Ja, er war der mit den Plastiktüten, der Professor in der blauen Latzhose, der mit den ausgelatschten Sandalen, der Kettenraucher, der bei Seminaren eine Sondergenehmigung zum Rauchen bekam, weil er sonst hätte abreisen müssen. Er war der, dessen Augen leuchteten und der ganz weiche Gesichtszüge bekam, wenn er eine Katze anlockte. Er war der, der nicht telefonieren wollte und darüber sogar ein Buch geschrieben hat. Ja, er war auch der, der Kochbücher geschrieben hat und der kochen konnte wie kein anderer. Bei den Vegis hätte er allerdings keine Chance gehabt.

Rolf war auch der, der in keine Schublade passte, und das nicht nur weil er zu dick war - hätte man ihn in eine hinein pressen wollen, wäre er gleich wieder heraus gesprungen. Ich habe viel von ihm gelesen, habe oft seine Vorträge gehört. Er war immer bei den Wochenendseminaren des TAK AÖ und bei den Sommerseminaren; ich war oft dabei. Ich mochte es, wenn er kochte, ich mochte seine Blechtrommel. Er war es, der mich ermutigt hat, meine Forschung zur alternativen Ökonomie immer weiter zu treiben. Oft habe ich ihn morgens geweckt, wenn er mich darum gebeten hat. Wecker besaß er, glaube ich, keinen. Ich sagte: „Guten Morgen", er murrte ein wenig und erwiderte: „Fröhliche Folter". Die Morgenstunden waren nicht seine Zeit. Bald ließ ich das „Guten Morgen" sein, verkündete lediglich die Uhrzeit, und dass es Zeit sei aufzustehen.

Ein Ereignis vergesse ich nie. Das war vor etlichen Jahren beim großen Kongress für Sozialarbeit. Ich blieb nach meinem Vortrag etwas länger, um Rolf zu hören. Der Saal war mehr als voll, alle klatschten, als er kam. Zuerst musste er noch mal weg, weil er seine Brille vergessen hatte, alle warteten geduldig, bis sie gefunden war. Es war mucksmäuschenstill während er eine Stunde über Sinn und Unsinn und die Notwendigkeit einer anderen Sozialarbeit redete. Er redete nie frei, las von seinen handgeschriebenen Zetteln. Unvorstellbar – Rolf mit Laptop, das ging gar nicht. Dann war er fertig. Der Saal klatschte und klatschte und wollte nicht aufhören, Rolf war durcheinander und blickte etwas unbeholfen, bis er mit lauter Stimme verkündete, es gäbe keine Zugabe. Das muss ihm erst mal einer nachmachen.

Er lebte im Hier und Heute und als er immer dünner wurde, sich statt der Plastiktüten eine Reisetasche kaufte, ja sogar ein Jackett und seine Haare im Gegensatz zu früher ordentlich kämmte, als er sogar Telefonstunden in Wien einrichtete und das Rauchen aufgab, da lebte er nicht mehr lange. Wir werden ihn nicht mehr hören und nicht mehr sehen, auch nicht im Himmel, wo er Halleluja singen müsste oder in der Hölle bei den Eisenknödeln und nicht am Fegefeuer, denn er glaubte an kein Jenseits. Einen wie ihn vergisst man nicht. ●

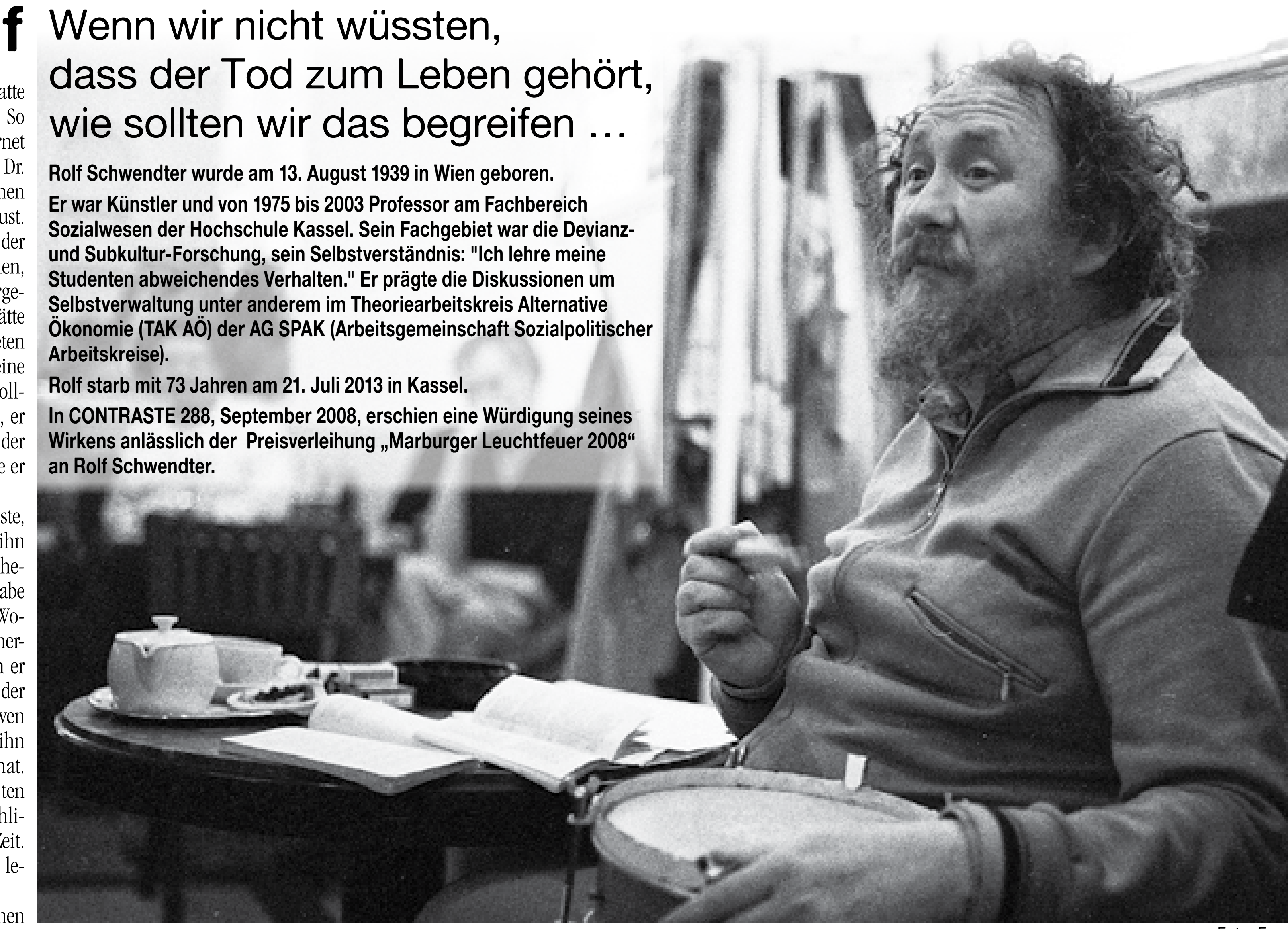
Wenn wir nicht wüssten, dass der Tod zum Leben gehört, wie sollten wir das begreifen …

Rolf Schwendter wurde am 13. August 1939 in Wien geboren.

Er war Künstler und von 1975 bis 2003 Professor am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Kassel. Sein Fachgebiet war die Devianz- und Subkultur-Forschung, sein Selbstverständnis: "Ich lehre meine Studenten abweichendes Verhalten." Er prägte die Diskussionen um Selbstverwaltung unter anderem im Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise).

Rolf starb mit 73 Jahren am 21. Juli 2013 in Kassel.

In CONTRASTE 288, September 2008, erschien eine Würdigung seines Wirkens anlässlich der Preisverleihung „Marburger Leuchtfeuer 2008" an Rolf Schwendter.



▲ April 1987 im Cafe Ruffini (München) Foto: Franz Will

ERINNERUNG AN ROLF SCHWENDTER

VON CHRISTIAN WEND, BERLIN ● **R**olf war bestimmt eine Art Genie – ein um Ganzheitlichkeit und ein, sein ganzheitliches Leben Bemühter – dadurch ein Getriebener – die Last der Ansprüche – hochgradig engagiert im politischen und sozialen Bereich, in der Wissenschaft, der Kunst des Kochens – und wahnsinnig intelligent. War er glücklich? Weiß ich nicht – richtig fröhlich habe ich ihn eigentlich nicht erlebt.

Das ist keine Würdigung dieser großen Persönlichkeit – das möchte ich mir gar nicht anmaßen – sondern das, was mir spontan zu Rolf eingefallen ist. Ich will deshalb auch nicht bewerten, sondern erzählen, woran ich mich erinnere: aus dem Lebensausschnitt, der mich mit ihm verbunden hat – in der (guten) alten Zeit der Alternativbewegung.

Da ist natürlich der TAK-AÖ zuerst zu nennen, dessen Chefdenker und Vernetzer er war. Ich erinnere mich besonders an die Tagung in der Wilden Rose in Altenmelle, deren Jubiläum im kommenden Jahr – nun ohne ihn – gefeiert werden soll. Beim handwerklichen Hilfseinsatz des Dachdeckens des alternativen Tagungshauses durfte er sich zurückhalten, auch das Rauchverbot konnte er – am Fenster stehend – übertreten; dafür aber bereicherte er unsere häufig recht kruden Debatten mit klugen Beiträgen, bündelte und kommentierte die Diskussion in den „Notaten zur Alternativen Ökonomie" die mit vielen Praxisbeispielen in drei Bänden (Materialien zur Alternativen Ökonomie) im AG SPAK Verlag erschienen.

Aber schon vorher gab es in den frühen 70er Jahren herrliche Tagungen in Ulmbach, bei der ASH in Oberursel, auf der Burg Rothenfels – noch im Zeichen der Wohngemeinschafts-Frauen und der beginnenden alternativökonomischen Bewegung, die Rolf mit prägte und in seiner Forschung zur Subkultur und „Devianz" mit verarbeitete. Ganzheitliches Leben war „in": nicht nur Hand- und Kopfarbeit sollte mensch leisten, auch die Selbstveränderung, die künstlerische Entfaltung, die Emanzipation der Frauen, Männer usw. … Wir stellten uns im Burghof auf zu lebenden Statuen, die zu einer Photoserie wurden, es wurde gesungen, gelacht, gespielt und gedichtet. Es war eine Zeit der Hoffnung: eine andere Welt ist möglich – diese neuere Attac-Parole lag damals schon in der Luft – auch wenn der Anspruch zunächst im Mikrobereich der „Politik in erster Person" lag. Die Revolution sollte dann später kommen – bzw. sie sollte sich durch die naive Ölflecktheorie und -strategie ergeben: wenn alle Alternativprojekte, Ökodörfer und freie Schulen in ihrer Branche und interdisziplinär zusammenwachsen – dann wird das schon eine Revolution werden …

Das hieß bei Rolf dann: „Die Mühen der Ebenen" und „Vernetzung". Das war ja überhaupt die Wunderwaffe, zu der Rolf im Berliner „Stattbuch 1" einen großen und euphorischen Beitrag zur „Organisationsform der Zukunft" geschrieben hat. „Warum das Netzwerk die Parteien ablösen wird" lohnt sich wieder zu lesen – zumal die Parteien sich bisher als sehr resistent bzw. penetrant erwiesen haben …

Ich habe dann mit linken Intellektuellen – zum Ärger einiger Alternativ-Betriebe – das Netzwerk Selbsthilfe gegründet, um die Organisationsfrage praktisch anzugehen und den vielen kreativen Ansätzen eines zukunftsweisenden Lebens und Arbeitens eine materielle Unterstützung und Beratungsvermittlung (Stattwerke) zu geben. Auch da hat Rolf im Rahmen der Dezentralisierung von Netzwerk Selbsthilfe e.V. Anfang der 80er Jahre im Netzwerk Kassel mitgearbeitet und dessen Arbeit bereichert.

Wissenschaftlich habe ich Rolf bei etlichen Tagungen in Loccum, Kassel, Berlin und München im Rahmen des Sozialpolitischen Forums (das er wohl auch mit gegründet hat) erlebt – und mich mit seinem Werk zur Rätedemokratie mit Bewunderung befasst. An den damals gerühmten Kochgelagen, die Rolf auch bei Besuchen im Freundeskreis veranstaltete, konnte ich leider nur einmal teilnehmen. Sein Kochbuch steht bereit und wartet auf Anwendung. Genossen hat Rolf bestimmt – schon die Rauchersucht sprach dafür – aber seinen Körper hat er vernachlässigt: sein Äußeres gab bei Spießern und Etablierten meist Anlass zu Hohn und Verwunderung. Was es damit auf sich hatte, habe ich ihn nie gefragt, wir hatten ja Wichtigeres zu bereden …

Der letzte große Auftritt von Rolf, an den ich mich besinne, war sein Gratulationslied zur Trommel zum 75. Geburtstag seines Freundes Robert Jungk – im Haus der Kirche in Berlin 1988. Da hat er sein großes Können als Liedermacher gezeigt. Was er in den letzten Jahren gedacht hat, weiß ich leider nicht – ich bin im Aufbau Ost im Land Brandenburg versackt, und hoffte, ihn beim 100. Geburtstag von Jungk in Salzburg wieder zu sehen. Auch die neuen Erkenntnisse zur Perspektive der Alternativen Ökonomie werden wir uns nun selbst erarbeiten müssen.

Rolf bleibt für mich Ansporn zum Denken und zu ganzheitlichem Leben. Meine Bewunderung für ihn lebt weiter. ●

ERINNERUNGSSCHNIPSEL AN ROLF SCHWENDTER

VON HEINRICH HAUSSMANN, NÜRNBERG ● Seine wiegenden Körperbewegungen, während er druckreife Sätze von sich gab, bleiben mir stets in Erinnerung. Wie er den feinen Filzstift in der einen und die Zigarette in der anderen Hand hielt und in Ermangelung einer dritten Hand mal das eine oder andere notgedrungen loslassen musste um, trotz Kaffeehausaffinität, einen Schluck aus der Teetasse zu genießen, gehört zu dem prägenden Bild von Rolf auf vielen Tagungen, oft eher "Nachtungen". Neben dem "Offenen Wohnzimmer" in Kassel hatte er ein offenes Ohr für alles außer Nichtrauchratschlägen. Was für andere die Tastatur und der Bildschirm, war für Rolf der weiße DIN A5 Notizblock, auf dem er nebenher alles protokollierte, was die Welt der Devianz für ihn interessant machte. Gelegentlich lag ein zweiter Block auf dem Tisch, wenn Rolf nebenbei an einem neuen Buch arbeitete. Wie hoch mag wohl der beschriebene DIN A5 Block(s)berg sein, dessen Gipfel er nun erreicht hat?

FÜR ROLF SCHWENDTER ZUM 50. GEBURTSTAG

Langsam spürt der Herzschlag Herbst…

So langsam spürt der Herzschlag Herbst
und träumt doch weiter Sonne.
Und wenn die auch im Winter schien'
wär's seine ganze Wonne.

Er träumt von einer wärm'ren Welt,
für die's Herz wichtig wär',
hat traurig uns auch oft erzählt,
,s gäb' keinen Sommer mehr.

Er träumt nicht nur, er sammelt auch
die Kohlen und die Flammen.
Was er drauf kocht für Kopf und Bauch
mampf ich mit ihm zusammen.

Und viele andre mampfen mit-
er weiß gar viele Speisen.
manchmal keucht er vornweg 10 Schritt-
doch ,s macht Spaß, mit ihm zu reisen.

Manchmal ist er ein Feuersturm,
auf daß die deutsche Seele,
anstatt als elend' Piefke-Wurm
als Glut doch endlich schwele.

Ich wünsch' ihm noch viel heilige Wut
im runden Bauch und Herzen,
und daß der Herbst sein Wiener Blut
niemals schaff', auszumerzen!

So langsam spürt der Herzschlag Herbst.

Marlis Cavallaro, Frankfurt am Main

Im Zug nach Wien zum Liedermacher-Workshop 1989. Anlässlich seines 50. hatte Rolf zu einer Reihe kultureller, politischer, sozialwissenschaftlicher und nicht zu vergessen: kulinarischer Gespräche und Treffen in seine Geburtsstadt eingeladen.

EIN BRIEF AN ROLF SCHWENDTER AUS MÜNCHEN

Lieber Rolf,

was schicke ich Dir hinterher? Wenn ich an Dich denke, dann denke ich an Deinen Liedertext - "Rosa Luxemburg im botanischen Garten", der verkörpert, wie ich Dich erlebt habe - der Widerspruch von Sinnlichkeit und Kopf und Denken, und was das Denken mit Genuss und Sinnlichkeit zu tun hat.

Freunde waren wir wohl nicht, dazu waren wir im Alter doch zu weit entfernt, als ich Dich als junger Student kennengelernt habe, in jenem seltsamen Verbund der "AG SPAK", die doch die verrücktesten und großartigsten Innovationen erfunden hat, die man sich denken kann. Aber ich konnte von Dir lernen, absichtslos, durch Diskurs, durch sprechen, durch sein.

Ich erinnere mich, wie ich einen Herrn Professor aus Kassel an meine kleine Fachhochschule lotsen konnte, der dann für mich als Studentenvertreter eine Vorlesung hielt, ambitionslos, ohne Arroganz, aus dem Stegreif, auf riesig hohem Niveau und zur Begeisterung der engagierten ZuhörerInnen. Er tat das einfach so, ohne sich zu zieren und ohne hin und her - das Thema war wichtig und das intellektuelle Interesse entscheidend - dann wurde Wissen geschenkt.

Es gab das alles damals noch nicht als Begriffe, Wissen, Schwarmintelligenz, Wissenstausch und Wikipedia und alles andere, das jetzt oft selbstverständlich ist, aber schon damals hast Du gelebt, was kaum ein anderer Deiner Generation und Subkultur konnte (Hierarchielosigkeit) - dass Erkenntnis ein gemeinsamer Prozess ist, Lernen und Verstehen ein Wert an sich, dass es ein Wert war, Dein immenses Wissen mit anderen zu teilen und dass dies auch ein gemeinsamer Spaß und Lustgewinn war - egal, wer hier mehr wusste.

So habe ich von Dir gelernt, was Du ausstrahltest: Den Respekt für gemeinsame Entwicklung und die Orientierung an der Sache - und so überhaupt nicht moralinsauer. Eine Haltung, die heute politische Grundlage für politische Träume ist, die uns noch Hoffnung geben können.

Viel könnte ich noch erzählen, aber: Fare well lieber Rolf, lange habe ich Dich nicht mehr gesehen in den letzten Jahren, aber immer denke ich mit großer Wärme an Dich, als einen echten Menschen, dem ich begegnet bin in dieser oft auch nicht so (menschen) freundlichen Welt der Linken und Alternativen in Deutschland.

Und dort gab es Dich so gnadenlos ehrlich und authentisch - gesprächsbereit, immer jeden ernst nehmend, gleich wer auch immer Dir gegenüber trat.

Du hast mir Mut mitgegeben, wahrscheinlich ohne es zu wissen, gerade deshalb wahrscheinlich, und ich danke Dir dafür, dass Du warst wie Du warst.

Also - höre jetzt der Nachtigall und freue Dich daran - die Vorstellung gefällt mir.

Lebe wohl
Wolfgang Hillenbrand

ANMERKUNGEN ZU KÖLNER ERFAHRUNGEN MIT SELBSTORGANISATION

Von der „Allerweltshütte“ zum „Allerweltshaus“

Entstanden als Projekt einer Handvoll Anti-Rassist_innen in den achtziger Jahren, präsentiert sich das Kölner „Allerweltshaus“ zum 25. Geburtstag als vielfältige Selbstorganisations-Struktur für Bildung, Begegnungen und Aktionen.

VON RALF BERGER, KÖLN ● Das Allerweltshaus Köln wurde dieser Tage 25 Jahre alt. Was verbirgt sich hinter diesem biederen, scheinbar inhaltlosen Namen?

Die neudeutsche, bürokratische Sprachvariante „interkulturelles Zentrum“ trifft sein Wesen jedenfalls nicht. Vielleicht liegt dies an der Vielfältigkeit der Besucher_innen und der Aktivitäten im Hause. Versuchen wir es mit

Fakten

Das Allerweltshaus ist ein stets offener Treffpunkt, wo sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund und Nichtdeutsche aus verschiedenen kulturellen Milieus treffen. Zurzeit nutzen 25 Gruppen die Räume als Treffpunkt, darunter Migranten-Selbstorganisationen, ein Chor, eine Theatergruppe, eine Hausaufgabenhilfe u.v.m…. Inhaltliche Arbeit leisten wir zu den Themenkomplexen Migration/Rassismus und Internationalismus/“Eine Welt“. Das ist bei dauerndem Publikumsverkehr nicht immer einfach. Darüber hinaus bieten wir verschiedenste Kurse an, betreiben eine Beratungsstelle und zurzeit vier größere Projekte (Radioarbeit „alleweltonair“, „Stimmen Afrikas“ zu afrikanischer Literatur, „Erinnern und Handeln für die Menschenrechte“ mit Dokumentationen, Interviews, Festivals und Aktionen, „Köln Global“ als Vernetzungsprojekt).

Das Haus hat offiziell eine Vereinsstruktur, versteht sich aber als Selbstorganisation und versucht inhaltlich und finanziell unabhängig zu bleiben. In den 25 Jahren hatten wir ca. 360.000 Besucher_innen, es fanden rund 8.000 Beratungen statt, etwa 4.000 Menschen nahmen an Sprachkursen teil, um die 1.200 Diskussionsveranstaltungen fanden statt, ca. 400 renommierte ausländische Gäste aus ca. 40 Ländern besuchten das Allerweltshaus als Referent_innen, ca. 100 Kunstausstellungen und ca. 70 Kreativkurse fanden statt, ca. 100 Radiosendungen wurden produziert, ca. 80 öffentliche Partys wurden veranstaltet, ca. 150 Gruppen aus ca. 30 Ländern nutzten die Räume, die Allerweltshaus-Gremien hatten ca. 3.000 Sitzungen nötig.

Nicht schlecht, könnte man meinen. Trotzdem ist das Allerweltshaus mehr als diese „Leistungsschau“. Und dieses Mehr, vielleicht ein gewisser Charme, hat mit unserem Bemühen um Respekt (Betonung auf Bemühen), gutem Umgang (ist auch Geschmackssache), Selbstorganisation (wird heute oft als „unprofessionell“ bezeichnet) und Offenheit (wenn nicht alle im Stress sind) zu tun – sicher auch mit den geeigneten Räumlichkeiten, die wir seit 1996 angemietet haben.

Selbstorganisierte Projekte haben oft eine geringere Lebensdauer als 25 Jahre – deshalb haben wir einige unserer Erfahrungen zum Thema „Selbstorganisation“ aufgeschrieben.

Wie alles anfing…

Über die Bundesrepublik Deutschland der späten 1980er Jahre rollte die erste große rassistische Stimmungswelle gegen „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“. Sieben Menschen gründeten in dieser Situation einen Verein, der sich zum Ziel setzte, einen sozialen Ort zu schaffen, wo sich Ausländer und Deutsche - so wurde dies damals ausgedrückt - treffen, diskutieren, feiern und sich gegen Rassismus zur Wehr setzen sollten. Der Raum sollte in Köln-Ehrenfeld sein, einem altindustriell geprägten Vorort, dem gerade die Arbeitsplätze abhanden kamen und wo in Folge dessen eine heterogene Mischung aus Alternativen, Migrant_innen und alteingesessenen Malochern zusammenlebte. Die Gründer_innen kamen mehrheitlich aus der Solidaritätsbewegung, wie sich damals Menschen nannten, die sich für Bewegungen in der sogenannten Dritten Welt einsetzten. Von daher war die inhaltliche Verbindung zwischen Migration/Rassismus und Internationalismus/Kritik an der Weltwirtschaftsordnung von Anfang an nicht nur als Anspruch gegeben.

Die Gründer_innen führten damals lange Diskussionen „auf dem Trockenen“. Schließlich setzte sich eine Stimme durch, die sagte, wir bekämen nur ein „Allerweltshaus“, wenn wir jetzt mit einer „Allerweltshütte“ beginnen. Die Sache schien einfach: Wir müssen jeden Monat die Miete aufbringen und jeden Abend muss einer von uns vor Ort sein. Gesagt - getan - Räume gemietet - angefangen. Risikobereitschaft und ein Energievorschuss sind wohl die Startvoraussetzungen jedes Projekts.

Keine Atempause – Geschichte wird gemacht…

25 Jahre Zeitgeschichte sind „eine Menge Holz“, welche die Rahmenbedingungen in den beiden zentralen Themenbereichen des Hauses nachhaltig veränderte. Genannt sei hier der Niedergang der Internationalismusbewegung im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Ausbreitung der kapitalistischen Produktion und Kapitalverwertung all over the world. Die massiven Proteste gegen die Tagung von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbanktagung in Westberlin 1988 waren ein letztes Aufbäumen. Die Option der nationalen Befreiung war keine mehr. Nach 10 Jahren Illusionen, Ende der Geschichte und einer trügerischen Goldgräberstimmung in den 1990er Jahren fanden nach dem Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln und dem protestgenötigten Abbruch der Tagung der World Trade Organization (WTO) in Seattle 1999 wieder soziale Auseinandersetzungen auf der Straße

▲ Roots of Compassion, Allerweltshaus,Longo mai Foto: Giovanni Io Curto

und in Form von Bewegungen statt. Dies alles schlug sich im Allerweltshaus in der Zusammensetzung der Nutzergruppen, Besucherzahlen und Themen der Veranstaltungen sowie Befindlichkeiten nieder. Die Aushebelung des Rechts auf Asyl 1993, die Veränderung des Staatsbürgerrechts (praktisch ab 2005), aber auch die Sozialpolitik aus „erster Hand“ (VW Vorstand – Hartz IV) veränderte Problemlagen der Migrationsberatung, die Zusammensetzung der migrantischen Bevölkerung und auch den Druck auf die Individuen und damit auf die Strukturen eines Vereins wie dem Allerweltshaus - keine ABM-Stellen mehr.

Der Geisterfahrereffekt…

Auch am Stadtteil Ehrenfeld, insbesondere an der Körnerstraße, in der sich das Allerweltshaus befindet, gingen die 25 Jahre nicht spurlos vorüber. Waren wir in den 1980er Jahren noch Pioniere der Gentrifizierung, so scheinen wir inzwischen zum Opfer mutiert. Segelten wir mal im Verkehrsfluss der Stadteilentwicklung, so fühlen wir uns inzwischen mehr und mehr als Geisterfahrer der Entwicklung – weil wir uns in grundsätzlichen Dingen partout nicht verändern wollten. Der Crash könnte der Verkauf des Hauses sein, in dem wir uns seit 1996 befinden. Nachdem der hiesige Pferdemetzger, der türkische Gemüseladen, das prima Büdchen (kölsch für Kiosk) gegenüber, der „Figaro vum Ihrefeld“ Goldschmieden, Designern, Yogatempeln und Dies&Das - Läden Platz machten, kann man ahnen, was uns nachfolgt. Aber noch genießen wir das nicht nur nachteilige „gemischte Ambiente“ und wissen um unseren Gebrauchswert für viele Menschen.

◀ Allerweltshaus innen ▲ Allerweltshaus von außen Foto: Giovanni Io Curto

Lust und Machsal…

Selbstorganisierte Projekte versinken schnell im sogenannten „Machsal“ – dieser Begriff stammt von der österreichische Feministin Martina Kaller und bezeichnet den Zustand, scheinbar ständigen Tunmüssens ohne angemessene Reflexion und Müßiggang: selbsterhobene und von außen gestellte Ansprüche, unstrukturierte Arbeitsweisen, schlechte Ausstattungen führen zu Verschleißerscheinungen bei zu wenigen Aktiven und zu mangelnder Beachtung von solidarischen Umgangsformen, zu technischen Problemlösungen und latentem Zeitmangel – Machsal eben. Das Allerweltshaus war immer ein Ort mit latentem Machsal: hohe Ansprüche, zu wenig Verantwortungsträger_innen, nie gesicherte mittelfristige Finanzierung. Wir konnten bisher nur deshalb „nachhaltig“ arbeiten, weil wir immer wieder den Ausgleich gesucht haben zwischen der Tendenz zum „Machsal“ und dessen Abschwächung durch Reflexion, lustvollen Begegnungen und „guter“ Streitkultur. Dies gelang nicht immer, aber immer öfter. Es gelang immer dann, wenn wir uns Zeit für uns genommen haben und die aktiven Menschen für sich etwas mitnehmen konnten: interessante Inhalte, interessante Begegnungen, persönliche Bestätigung oder auch nur den Geruch des vertrauten Ortes (um dessen Ausdünstungen zu riechen, muss man sich allerdings auch Zeit nehmen).

Potentieller Lustspender im Allerweltshaus waren immer die außergewöhnlichen Begegnungen, welche durch die offene Struktur des Hauses möglich waren - unorganisiert und auch organisiert. Wo treffen sich schon Menschen aus Guatemala, Palästina, Serbien, Südafrika und Deutschland an einem Tisch, um über die jeweilige Aufarbeitung ihrer Geschichte zu sprechen? Wo sprechen Menschen griechischer, armenischer, kurdischer und jüdischer Herkunft über ihre Erfahrungen im Nationalstaat Türkei? Leider langt der Platz hier nicht, um nur wenige Highlights aus 25 Jahren zu beschreiben.

Schmierseife am Steilhang…

Die Knete darf nicht unerwähnt bleiben. Anfangs schien die Sache einfach: Irgendwie die Miete auftreiben und ehrenamtliches Engagement – das schien zu genügen. Spätestens mit der Anmietung attraktiverer Räumlichkeiten 1996 und der Bereitstellung professioneller Dienstleistungen wurde die Geldaquise immer bedeutender. Die Monetarisierung von immer mehr Lebensbereichen in den letzten 25 Jahren tat ein Übriges, ebenso die zunehmend schwierigen Bedingungen, Arbeitskraft zu bezahlen (Stichwort: Abschied von der ABM-Stelle). Auch hier bedurfte es viel Fingerspitzengefühls bei dem Manövrieren zwischen hohen Ansprüchen und geringen Möglichkeiten, Vereinnahmungen durch Geldgeber und Bewahrung der Unabhängigkeit, Risikobereitschaft und schwäbischer Hausfrauenmentalität.

Mehrfach standen wir aus sehr verschiedenen Gründen vor der Insolvenz. Gerettet hat uns letztendlich ein wenig Glück und das Vertrauen in unser solidarisches Umfeld und natürlich die Haltung Einiger, die dem Mammon nicht den wichtigsten Platz in ihrem Leben einräumten.

Die Qual der Wahl der am wenigsten schlechten Struktur…

Selbstorganisation braucht natürlich geeignete Strukturen, die einiges leisten müssen: Möglichst wenig formelle Hierarchie ausbilden, vorhandene informelle Hierarchien eindämmen, Gremien für möglichst viele verschiedene Menschen offen halten, strukturiertes Arbeiten ermöglichen, Transparenz gewährleisten, die Arbeitsaufgaben entsprechend der unterschiedlichen Menschen breit verteilen, Raum für Kreativität schaffen….

Wir haben in 25 Jahren mindestens zehn Modelle, nicht immer gut überlegt, ausprobiert. Vom Offenen Montagstreff, wo alle, die gerade da sind, alles beschließen bis zum lonely cowboy/girl-3er-Gremium, welches sich ganz selten trifft. Und alles, was dazwischen denkbar ist. Unsere Erfahrung ist es, dass es keinen Königsweg gibt, aber große Unterschiede. Zuletzt fuhren wir gut mit dem Leitgedanken: auf viele Schultern verteilen und einen hohen Grad an Verbindlichkeit schaffen. Erstaunlich ist es immer wieder, wie sich das Haus im Alltag, unabhängig von den Führungsstrukturen, organisiert: eine unbekannte Anzahl von Menschen / Gruppen haben Schlüssel, am Wochenende wird das Haus ohne Hauptamtliche nur durch Nutzergruppen frequentiert – und es ist noch nie etwas Schwerwiegendes schief gelaufen. Ohne Prinzipien der Chaostheorie zu bemühen ist dies für uns immer wieder erstaunlich.

Eine Herausforderung ist es immer wieder, Wege zu finden, wie sich Menschen mit sehr unterschiedlichen Herkünften, Hintergründen, Erfahrungen und inzwischen auch aus unterschiedlichen Generationen gut verständigen können. Da gibt es für uns noch viel zu üben und zu lernen. ●

Ralf Berger ist Geograph und Vorstandsmitglied des Allerweltshaus e.V.

EINE ALTKLUGE BANDE?

Longo maï wird 40

Sind wir nun eine altkluge Bande geworden, die nach einem stürmischen Leben auf ihre grossen Taten zurückblickt? Manchmal schon, aber nicht immer.

VON SISSEL ● Longo maï Denn heute sind wir, die von der ersten Generation, nur noch eine von vielen Minderheiten und außerdem auch ein bisschen klüger geworden. Das hängt mit unserem Willen zusammen,ohne Chef und strikte Regeln leben zu wollen sowie Entscheidungen gemeinsam, aber ohne Abstimmung zutreffen. Es stimmt, dass unser Leben manchmal turbulent gewesen war und immer noch ist. Unsere Türen stehen jederzeit offen, um ein- und austreten zu können. Die zahlreichen Veränderungen - seien sie gewollt oder nicht, bei uns oder auf der ganzen Welt - bewahrten uns davor, zu einer von der Außenwelt abgeschnittenen Glücksinsel zu werden. Dies ist vielleicht der Grund, warum es Longo maï (»Lang möge es dauern« in provenzalischer Sprache) noch immer gibt.

Schon die Anfangszeit war voller Umbrüche. Unsere kleine Schar vorwiegend deutschsprachiger Jugendlicher kehrte den konfliktgeladenen Städten den Rücken. Mit erbitterten Streiks versuchten ganze Berufsgruppen (z.B. die Minen- und Hafenarbeiter) ihrer eigenen Abschaffung entgegenzutreten. Terrorismus und neu aufgekommene harte Drogen verführten so manchen aufsässigen Jugendlichen, versetzten die Polizei in Rage und Hessen jede kritische Stimme sofort verdächtig erscheinen. Es war schwierig, in solch einem Klima für Ideen wie Selbstverwaltung und Unabhängigkeit Gehör zu finden. Auf Streifzügen quer durch Europa, unsere »Nachrichten für Unzufriedene« (den Vorläufer dieser Zeitung) unter dem Arm, versuchten wir es trotzdem. Auf dem Land gab es viel Platz, Touristen und Computer hatten noch nicht Einzug gehalten und landwirtschaftlicher Boden war zudem bezahlbar. So fanden wir uns im Juni 1973 auf einem Hügel in der Provence wieder, um Steine von den Feldern aufzulesen, Samen in die ausgetrocknete Erde zu säen und im Schafstall die Ablammung zu überwachen. Die Sonne schien und das Leben war schön.

Drei Monate später, im September, wiesen die französischen Behörden acht Gründungsmitglieder aus. Wir haben damals lauthals protestiert, worauf-hin zahlreiche junge Franzosen uns zu Hilfe kamen, und schon sehr bald hatte der deutsch-französische »Kulturschock« sogar neues Leben in die Welt gesetzt. Im selben Monat machte der Putsch in Chile jegliche demokratische Bestrebungen der Allende-Regierung zur Selbstbestimmung brutal zunichte. Unsere acht Ausgewiesenen und andere Mitstreiter konnten in monatelanger Arbeit zahlreiche Schweizer Gemeinden gewinnen, Freiplätze für ein paar tausend chilenische Flüchtlinge bereitzustellen.

Zahlreiche Umbrüche

Es dauerte nicht lange, da waren wir so zahlreich, dass wir neue Kooperativen gründeten. Eine Welle von Neuankömmlingen folgte der nächsten. Nach den Franzosen kamen Jugendliche aus Westdeutschland, die der hysterischen Stimmung im »Deutschen Herbst« Ende der 70er Jahre entkommen wollten. Später, nach dem Fall der Mauer in Berlin, lernten wir Osteuropa kennen. Neue Freunde aus Ostdeutschland und der Ukraine brachten uns sogar dazu, mit ihnen gemeinsam vor Ort Kooperativen aufzubauen.

Wir mussten lernen, gegensätzliche Rhythmen miteinander in Einklang zu bringen. Landwirtschaft und Viehzucht verlangen viel mehr Geduld und Wissen als wir uns anfangs vorgestellt hatten; das ständige Hin und Her zwischen verschiedenen Aktivitäten und Orten destabilisieren diesen langsamen Rhythmus; die Lust, sich im Weltgeschehen einzumischen, lockt uns immer wieder auf neue Wege. Zum Glück fanden wir Freundinnen und Freunde, die bereit waren und sind, uns auch finanziell zu unterstützen. Sie haben viel zu unserer Langlebigkeit beigetragen.

Heute nun sind einige von uns ins Rentenalter gekommen, jedoch werden wir nicht ins Abseits gedrängt. Bei uns gibt es so viele unterschiedliche körperliche und geistige Tätigkeiten, dass es für jeden einen Platz gibt. Vor allem aber wissen wir aus Erfahrung, dass Verschiedenheit ein Gewinn für alle ist. Somit fällt es uns leichter, jungen Menschen von überallher zu begegnen. Denn auch heute kommen sie noch immer zahlreich in unsere Kooperativen, um hier zu leben oder mit uns Erfahrungen und Ideen auszutauschen. In einer Welt, die von Krisen und Misstrauen geprägt ist, wo der Schrei nach «Sicherheit» die Freiheit ersetzt, möchten sie, wie wir auch, dem etwas Positives entgegensetzen und Lebendiges aufbauen.

Diesen eingeschlagenen »anderen« Weg wollen wir noch sehr lange gemeinsam gehen! ●

DieserArtikel ist ein Nachdruck aus »Nachbrichten aus Longo mai« Nr.112

Foto: Longo maï

▲ April 2013: Mehrere Generationen aus allen Kooperativen treffen sich zur gemeinsamen Besprechung in Longo maï bei Limans in der Provence

BESTANDSAUFNAHME IM VEGANEN ONLINE-SHOP

Foto: Maurice Ressel

Kollektiv - Roots of compassion

Der Online-Shop unseres Kollektives roots of compassion besteht nun seit zehn Jahren – eine schöne Geburtstagsfeier liegt gerade hinter uns. Zeit für eine Bestandsaufnahme.

VON SONJA KÄSTNER ● Angefangen hat alles 2001 in Brisbane, Australien. Marc, unser ältestes Kollektivmitglied, und Sarah, seine damalige Partnerin, verkauften bei Konzerten und Demonstrationen veganen Kuchen und legten Informationsmaterial zu Veganismus und Tierrechten aus. Grund dafür war ihre fundamentale Kritik an bestehenden Tierausbeutungsverhältnissen. Dabei kam ihnen die Idee, auch Buttons und T-Shirts zu entwerfen und den Erlös der Tierrechtsbewegung zu Gute kommen zu lassen. So entstand unter dem Namen „roots of compassion“, was so viel wie „Wurzeln des Mitgefühls“ bedeutet, unser Kollektiv.

Heute arbeiten bei roots of compassion sieben vegan lebende Menschen, die sich herrschaftsfreiem, solidarischem Wirtschaften verbunden fühlen. In Münster (Westf.) betreiben wir seit zehn Jahren einen Online-Shop, in dem wir inzwischen ein großes Sortiment von veganen Lebensmitteln, Schuhen, T-Shirts, Accessoires u. Ä. anbieten. Daneben haben wir 2008 den Verlag compassion media gegründet und im März 2012 unseren kleinen Veganladen eröffnet. Selbst ein eigenes veganes Radrenn-Team gibt es mittlerweile. Das Hauptanliegen unseres Kollektivs ist es, uns und andere Menschen über vorhandene gesellschaftliche Missstände zu informieren, Alternativen aufzuzeigen und sie zu fördern. Dabei steht der Tierrechts-/Tierbefreiungsgedanke im Vordergrund, wobei wir diesen als Teilaspekt einer wünschenswerten gesamtgesellschaftlichen Änderung verstehen. Relevante Kriterien für die Gestaltung unseres Sortiments waren daher immer faire Handelsbeziehungen und der biologische Anbau von Lebensmitteln und Rohstoffen. Auch auf Strom aus erneuerbaren Energien und Recycling von Verpackungsmaterial legten wir von Anfang an Wert.

Roots of compassion ist mit uns ohne externe Gelder zunächst in WG-Zimmern und später in Gewerberäumen langsam gewachsen. Die Möbel kamen vom Sperrmüll oder wurden aus Brettern zusammengeschustert, Buttons und Aufnäher wurden selbst produziert und die Kenntnisse über die Programmierung der ersten Website haben wir uns angelesen. Das „Do-it-yourself“-Prinzip war somit von Anfang an ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit. Auch heute verzichten wir noch weitgehend auf den Kauf von Möbeln als Laden- und Lagereinrichtung, da wir nun eine gelernte Tischlerin in unseren Reihen haben. Um das erste eigene Kochbuch besser vertreiben zu können, haben wir kurzerhand den oben erwähnten Verlag ins Leben gerufen. Compassion media ist heute mit rund 12 Titeln zu einer festen Größe im Bereich Veganismus und Tierrechte geworden. Dinge selbst in die Hand zu nehmen gilt auch für das Entwerfen von Designs, das Marketing, die Buchhaltung usw. Das klappt oft gut, selten aber auch nicht. Die Tatsache, dass keine*r von uns eine Ausbildung oder ein Studium mit wirtschaftlichem Einschlag durchlaufen hat, hat uns zwar ermöglicht, dass wir leicht und unbedacht alternative Wege beschreiten konnten. Andererseits hat die Unkenntnis uns auch manchmal beinahe in den Ruin getrieben. Ein Problem, dass in selbstverwalteten Kollektiven anscheinend leider keine Seltenheit ist.

Auf persönlicher Ebene wollten und wollen wir herrschaftsfrei leben und wirtschaften. So war beispielsweise von Anfang an klar, dass es keine Chefin und keinen Chef gibt, sondern alle Entscheidungen, die roots of compassion betreffen, in einem wöchentlichen Plenum im Konsens gefällt werden müssen. Sobald wir uns Lohn auszahlen konnten, entschieden wir, dass alle unabhängig von der Tätigkeit, der sie nachgehen, den gleichen Stundenlohn ausbezahlt bekommen. Wenn möglich, sollen auch die verschiedenen Arbeitsbereiche hin und wieder rotieren. Dies funktioniert bis auf wenige Ausnahmen bislang ganz gut. Hatten wir zu Beginn noch oft Auseinandersetzungen über gefühlte oder reale Hierarchien, hat sich dieses Thema mit dem Wachsen unseres Kollektives entspannt. Auch eine Begrenzung der Plenumszeit, eine wechselnde Leitung, ein für alle zugängliches Vorbereitungsdokument und ein Aufgabenspeicher haben die Plena sichtlich effektiver und angenehmer gemacht. Dennoch ist der Aufgabenspeicher oft auch in der nächsten Woche noch gut gefüllt mit alten Aufgaben, da wir dazu neigen, uns mehr vorzunehmen, als wir schaffen. Das ist auch der Grund dafür, dass geplante Bildungsarbeit und die Vernetzung mit anderen Kollektiven bislang weitgehend auf der Strecke geblieben sind. Dies möchten wir gerne ändern. (Falls ihr in einem Kollektiv arbeitet und Interesse an einer Zusammenarbeit mit uns habt, meldet euch!) Eine weitere Problematik die sich für uns in unserer Entwicklung ergab war, dass es für uns unglaublich schwer war, von einer idealistischen Arbeit für die Tierrechtsbewegung ein Betrieb zu werden, der es uns erlaubt uns Löhne auszuzahlen, von denen wir (gut) leben können. Lange Zeit waren die Preise für T-Shirts und Co so niedrig, dass es kaum eine Gewinnspanne gab, weil wir wollten, dass sich nicht nur wohlhabende Aktivist*innen diese leisten können. Dies war aber, als BAföG und andere Einnahmequellen der Mitarbeiter*innen mit der Zeit ausfielen, nicht länger tragbar. Die von uns daraufhin ausführlich begründete Preisanhebung wurde aber von unseren Kund*innen gut angenommen und nach wie vor fließt ein Großteil eines etwaigen Gewinnes entweder in neue Vorhaben (Buchprojekte, Infomaterialien, weitere Produkte usw.) oder als Spende in antirassistische, antifaschistische und antispeziesistische Projekte. Seit 2009 sind wir nun eine eingetragene Genossenschaft. Das ermöglicht uns allen in unserem eigenen Unternehmen angestellt zu sein und nicht mit unserem Privatvermögen zu haften. Unser Stundenlohn ist zwar immer noch recht gering und wir hoffen ihn zukünftig anheben zu können. Wichtiger als das Geld ist uns allerdings, was wir geschaffen haben: Sinnstiftendes Arbeiten in einem Kollektiv, in dem wir Woche für Woche Entscheidungen im Konsens treffen, in dem wir niemanden beherrschen und uns nicht beherrschen lassen, ein Kollektiv, in dem wir alle gerne arbeiten. ●

☞ *www.rootsofcompassion.org*
☞ *www.compassionmedia.de*
☞ *www.veganladen-muenster.de*

◤ Team: Roots of compassion
◥ Geburtstag bei Roots of compassion

Foto: Maurice Ressel

INTERVIEW MIT DER EINKAUFSGEMEINSCHAFT NORDSTADT (EKG) IN HANNOVER

Bio für alle?

Daniel gehört zu der Einkaufsgemeinschaft Nordstadt (EKG) in Hannover, die sich gerade gründet und die dort bald günstige Biolebensmittel aus der Region anbietet.

Die Fragen stellte für CONTRASTE Pia Kühnemann, Redaktion Hannover

Hallo Daniel, danke dass du dir Zeit genommen hast. Worum gebt es bei eurem Projekt?

Es geht in dem Projekt darum, erschwingliche Biolebensmittel für die Menschen hier im Stadtteil, der hannöverschen Nordstadt, anzubieten. Um Mitglied zu werden, muss eine Einlage im Wert der Lebensmittel bezahlt werden. Das heißt, wenn du beispielsweise für 200 Euro einkaufst, sollte die Einlage auch in der Höhe sein, damit wir die Lebensmittel vorfinanzieren können. Auf den Lebensmitteln ist ein geringer Prozentsatz drauf, der die laufenden Kosten tragen soll, also zum Beispiel für Miete, Versicherung und Telefon. Wichtig ist uns, dass wir Produkte von regionalen Produzent_innen anbieten. Bevor wir dabei auf irgendwelche Zertifizierungsstempel vertrauen, wollen wir eher selber gucken ob dort korrekt produziert wird. Vor allem vor dem Hintergrund, dass „Bio" ja immer mehr zu einem Massenprodukt wird, wollen wir eher kleine bäuerliche Gemeinschaften unterstützen und zum Beispiel auch mit Projekten der Solidarischen Landwirtschaft zusammenarbeiten. Außerdem wollen wir nicht nur Lebensmittel vertreiben, sondern haben auch die Idee, Bildungsarbeit zu machen. Für uns sind nachhaltige Produkte nicht zwingend an ein Siegel gebunden, sondern auch an die Arbeitsbedingungen und an die lokale Produktion.

▲ Einkaufsgemeinschaft Hannover-Nordstadt

Wie entstand die Idee, eine Einkaufsgemeinschaft in Hannover zu gründen?

Wir sind vor ca. 2 Jahren auf die Idee gekommen. Damals hat hier die Grüne Tomate - ein kleiner Bioladen - zugemacht, der durch die Eröffnung eines Biosupermarktes in der Nähe sozusagen platt gemacht wurde. Wir hatten keine Lust, uns dem zu beugen und dort einkaufen zu gehen, auch weil die Stellen dort im Vergleich zu dem kleinen Bioladen extrem schlecht bezahlt werden. Um zunächst einmal Menschen zu mobilisieren und auf die Problematik aufmerksam zu machen, haben wir Flyer ausgelegt und zu einem Treffen eingeladen. Bei diesem ersten Treffen stand noch die Prämisse im Mittelpunkt korrekt bezahlte Beschäftigungsverhältnisse für die Menschen zu schaffen. Schon in dieser Anfangsphase wurde das Dilemma deutlich, dass erschwingliche Biolebensmittel zu verkaufen und vernünftige Löhne zu bezahlen nur schwer zusammen geht. Gerade jetzt am Anfang können wir uns das eigentlich nicht leisten. Die monatlichen Beiträge für die Mitglieder müssten deshalb extrem hoch sein. Und die Prämisse unseres Projektes ist es ja Biolebensmittel zu erschwinglichen Preisen anzubieten.

Wollt ihr in Zukunft trotzdem versuchen, Stellen zu schaffen? Wie soll der Laden organisiert werden?

Das ist noch nicht ganz klar. Um die Stellen zu finanzieren, müssten wir sehr viel Profit machen und das könnte schwierig werden. Wir haben lange überlegt, was für eine Geschäftsform für uns geeignet ist. Die meisten Einkaufsgemeinschaften sind Genossenschaften, wie die ‚Wendland Koop' in Hannover und der ‚Kernbeißer' in Braunschweig. Für uns, als Projekt das noch am Anfang steht, ist das wegen der vielen Formalien und der Kosten von ca. 2000 Euro jedoch sehr aufwändig. Wir haben stattdessen einen Verein gegründet, was auch schon sehr lange, nämlich bis zum Juni diesen Jahres, gedauert hat. Es kann sein, dass wir uns dann irgendwann, wenn wir größer sind, in eine Genossenschaft umwandeln. Der Vorteil bei einer Genossenschaft ist natürlich, dass jedes Mitglied das gleiche Stimmrecht hat und wenn die Beiträge niedrig gehalten werden, dann können es sich auch alle leisten einzutreten.

Wir haben uns darauf geeinigt, dass erst einmal alles ehrenamtlich läuft. Das hat zum einen den Vorteil, dass wir die Preise niedrig halten können. Zum anderen, wenn alles auf Freiwilligenbasis läuft, ohne dass es verpflichtende Dienste gibt, dann können alle die Bock haben, etwas machen. Leute, die Lust haben, sich einzubringen, sind auch eher motiviert und übernehmen Verantwortung. Einige können keine Dienste übernehmen, weil sie eingebunden sind in ihre Familie oder ihre Arbeit und die haben die Möglichkeit, zu den normalen Öffnungszeiten einzukaufen. Die anderen, die wirklich aktiv sind und viel machen, die kriegen dann einen Schlüssel und können 24 Stunden einkaufen, sie haben also einen kleinen Vorteil.

Wie sind bei euch die Arbeiten verteilt und wie trefft ihr Entscheidungen?

Wir haben die verschiedenen Arbeitsbereiche in AGs aufgeteilt. Es gibt zum Beispiel eine AG für den Laden und den Umbau, eine AG für die Formulare und Abläufe und eine AG für die Kontakte mit den regionalen Produzent_innen. Diese AGs laufen selbstorganisiert und in Rücksprache mit einem Ladenforum aus allen Aktiven, das sich in Zukunft einmal die Woche treffen soll. Die Idee haben wir vom ‚Kernbeißer' in Braunschweig abgeschaut. Das Ladenforum soll ein Ort sein, an dem sich die AGs koordinieren können und wo gemeinsam Entscheidungen getroffen werden. Entscheidungen werden nach Möglichkeit im Konsens getroffen, das ist eine unausgesprochene Regel. Wir hatten zum Beispiel die Option, einen Laden zu mieten, der aber noch vermietet ist und der Person wäre gekündigt worden. Darüber haben wir dann im Ladenforum gesprochen und es waren Einzelne dagegen. Wir kamen deshalb zu dem Schluss, dass wir das nicht durchsetzen wollen. Wir wollen alle mitnehmen.

Bisher haben wir aber noch keine Satzung, die festlegt, wie Entscheidungen getroffen werden. Was machen wir, wenn es keinen Konsens gibt, gibt es ein Veto oder ab einem bestimmten Punkt eine Mehrheitsentscheidung, so etwas haben wir noch nicht festgelegt. Wir hatten bis jetzt auch noch keine allzu harten Entscheidungen, aber vielleicht muss das irgendwann noch mal definiert werden.

Was bedeutet die Arbeit in diesem Projekt für dich?

Im Moment läuft es ganz gut. Ich bin recht überrascht, dass so viele Leute mitmachen und so aktiv sind. Und die Idee ist ja auch, dass die Leute selbstorganisiert in ihren Gruppen aktiv werden. Es gibt aber schon noch eine Wissens- und Arbeitsanhäufung auf bestimmten Schultern, vor allem auf denen vom Vorstand. Wir sind vier Menschen, die hauptsächlich die Treffen mit vorbereiten, und von Anfang an viel organisiert haben. Wir machen die Hintergrundarbeit, wie den Verein einzutragen, die Kontoeröffnung, also die ganzen Formalien. Das ist schon viel Arbeit und es macht sich bemerkbar, aber es kann sein, dass das Ladenforum dann irgendwann so gut läuft, dass es das alles übernehmen kann. Derzeit liegt schon noch ein großer Teil der Arbeiten beim Vorstand.

Ok, das war es auch schon. Dankeschön und viel Erfolg für euer Projekt!

Weitere Informationen unter:

☞ *ekgnordstadt.blogsport.de*

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Darf´s ein bisschen mehr sein?

Demokratie ein bei Wahlen immer wieder auftaubender Begriff. (Gerd Wollschon 1944 – 2012)

Das Wort Demokratie ist ja bekanntlich griechischen Ursprungs und setzt sich aus dem Wort demos 'Volk' und kratia 'Herrschaft' zusammen. Und vor Kurzem war es wieder soweit. Das Demos konnte seine volle Kratia unter Beweis stellen, zu den freien Wahlen marschieren und ihre Repräsentant_innen wählen. Das nennt man dann im Allgemeinen Repräsentative Demokratie, oder auch überspitzt: Souverän für einen Tag. Die restlichen 1461 Tage Einflussnahme obliegen dann anderen, wie beispielsweise Lobby-Gruppen. Sollte es nicht ein Instrument geben, dass es den Menschen ermöglicht differenzierter Einfluss zu nehmen – jenseits parteipolitischer Pakete? Ein Instrument, das Druck ausübt für notwendige Reformen? Ein Instrument, dass Widersprüche zwischen Politik und Wählern aufdeckt? Sollte es nicht ein Instrument geben, mit dem ein im Wortsinn demokratischer Wille formuliert werden kann? Vielleicht so etwas wie eine Volksabstimmung – ein Volksentscheid gegebenenfalls. Eventuell sollte jemand den Repräsentant_innen davon erzählen, dann könnten sie direkt auf den sogenannten Wählerwillen reagieren. Das wäre doch toll, direkt demokratisch.

NETZWERK der politische Förderfonds

Berliner Energietisch – Volksentscheid für die Energiewende

Der Termin steht schon länger fest. Am 3. November 2013 erfolgt der Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung. Um erfolgreich zu sein, müssten 25 Prozent aller Wahlberechtigten für das neue Gesetz stimmen, das ein Rückkauf der Stromnetze festsetzt. Das wären rund 600.000 Ja-Stimmen für den Vorschlag des Berliner Energietisches – ein Abstimmungsergebnis, das es in dieser Höhe, losgelöst von anderen Wahlterminen, noch nicht gegeben hat. Aber eine Abstimmung gemeinsam mit den Bundestagswahlen, so wie es bereits im Zeitplan zwischen Senat und Initiative festgelegt wurde, war unerwartet und plötzlich vom Senat nicht mehr leistbar. Anders gesagt fällt der Volksentscheid für den Senat unter die Kategorie: Hoffnung auf niedrige Wahlbeteiligung. Dafür werden dann auch gerne mal 200.000 Euro mehr für die Zustellung ausgegeben. Allerdings hatte es schon im Vorfeld den Anschein, als wäre die Koalition bei diesem Volksentscheid merkwürdig nervös. Die Reaktionen reichten von Vereinnahmung seitens der SPD bis zur strikten Ablehnung durch die CDU. Getroffen hat man sich dann bei der Ablehnung des Gesetzesentwurfs des Energietisches. Offenbar ist dem Senat die Einleitung der Energiewende von unten nicht ganz geheuer. Siehe da, die Repräsentant_innen sind irritiert, sehen sie der konkreten Forderung ihres Souveräns entgegen. Dabei ist das alles gar nicht so schlimm, das nennt sich Mitbestimmung und steht irgendwo zwischen dem sogenannten Volk und der Herrschaft. ●

Informationen unter:

☞ *http://www.berliner-energietisch.net*

Stella Napieralla

ÜBER DEN SELBSTORGANISIERTEN SUPPENTELLERRAND HINAUS

Privilegien mit Geflüchteten teilen?

Die aktuelle Diskussion „Willkommen in Berlin?! Selbstorganisation und Solidarität mit Flüchtlingen", initiiert von Elisabeth Voß von NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation und CONTRASTE, fand in den Friedrichshainer Laskerhöfen einen besonderen Rahmen. Das Suppen- und Kulturfestival Suppe und Mucke bot hier am 23. August ergänzend zum kollektiven Suppen-Kochen, ein WarmUp mit Workshops und politischen Debatten im Garten an.

VON ANTONIA SCHUL, REDAKTION BERLIN ● Gesucht wurden individuelle und kollektive Praxen, wie Personen, Projekte und Netzwerke, die über mehr Privilegien verfügen diese „noch stärker solidarisch teilen können mit denen, die systematisch daran gehindert werden, sich selbst zu organisieren", so die Zielvorstellung der Initiatorin und Organisatorin Elisabeth Voß.

Rund zwanzig Menschen folgten der Einladung, unter ihnen ehemalige Geflüchtete, ReferentInnen antirassistischer Initiativen sowie interessierte Einzelpersonen. Bethi Murithi war für *women in exile* gekommen, Bruno Watara vertrat die *Bewegungsstiftung* und Harald Glöde *borderline europe – Menschenrechte ohne Grenzen*. Auch VertreterInnen des *Büro für medizinische Flüchtlingshilfe*, kurz genannt *Medibüro*, von *Multitude*, einer Initiative für gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten, und der *Initiative gegen Abschiebehaft* beteiligten sich an der Diskussion. Ich war als Vertreterin von *women in exile and friends* und CONTRASTE dabei.

Der Austausch fand in einer kreisförmigen Sitzanordnung im Freien statt. Die Trennung in Referierende und Publikum war weitgehend aufgelöst, die Teilnehmenden erzählten konzentriert von ihren Erfahrungen.

Die Frage, warum sich nur so wenige Geflüchtete längerfristig für flüchtlingspolitische Anliegen engagieren, kam schnell auf. Auch Anwesende mit Fluchterfahrung fanden keine eindeutige Antwort. Gleichzeitig wurde sichtbar mit welcher Kraft sich Flüchtlinge gegenwärtig trotz widrigster Bedingungen und der Gefahr der Abschiebung, nicht nur in Berlin im Camp am Oranienplatz, für ihre Rechte engagieren. Deutlich wurde auch die Heterogenität der Interessen. So unterscheidet sich die Situation geflüchteter Frauen mit Kindern, sie sind mit Rassismus, Sexismus und offener patriarchaler Gewalt - auch in der Flüchtlingsbewegung - konfrontiert, stark von der Situation junger, flexibler Männer. Zentral waren Überlegungen, wie Flüchtlinge in ihrem Kampf um Aufenthalt, Arbeit und humane Lebensbedingungen gestärkt werden können., Hier wurde der Ansatz Empowerment, übersetzt häufig mit Selbstermächtigung, benannt. Gemeint ist, wie sich Menschen in einem Prozess der gegenseitigen Ermutigung für ihre Rechte und Interessen zu engagieren beginnen. Auch konkrete Ideen, wie eine Sammlung flüchtlingspolitisch relevanter Adressen, die auch Zugänge zu Projekten der alternativen Ökonomien schafft, wurde diskutiert. Volxküchen, kurz Vokü genannt, bei denen es für wenig Geld warme Mahlzeiten gibt sowie beispielsweise auch sogenannte freeboxes oder Umsonstläden, die kostenlos Kleidung und mehr weitergeben, könnten hier benannt sein. Ein Teilnehmer stellte die Notlage einer geflüchteten Familie dar, die von Abschiebung bedroht ist., er warb um aktive Unterstützung der Betroffenen.

Eine Vielzahl von Fragen konnte angedacht werden. So stand für *Medibüro*-Mitarbeiterinnen die Überlegung, was die zunehmende Selbstorganisation von Flüchtlingen für die Weiterentwicklung und Veränderung der Unterstützungsarbeit bedeutet, im Vordergrund - ein Gedanke, der für alle flüchtlingspolitisch Engagierten, die bevormundende Strukturen abbauen wollen, wichtig ist.

Für eine zukünftige Fortsetzung des Austauschs beschäftigt mich derzeit die, bei Suppe und Mucke benannte Perspektive, den Kreis der UnterstützerInnen zu verbreitern. Weitere Gruppen, auch Hausprojekte sowie einzelne Interessierte, nicht nur im Bereich der Alternativen Ökonomien, könnten verstärkt für eine Zusammenarbeit, auch für partielle Handlungen der Solidarität, gewonnen werden. Die bereits existierenden, sehr vielfältigen, Angebote potenzieller UnterstützerInnen, nicht nur aus den weltoffenen Kreuzberger und Friedrichshainer Milieus, gilt es zu bündeln, und nutzbar zu machen. Auch Kontakte zu Menschen, die aufgrund starker beruflicher Einbindungen über sehr wenig Zeit verfügen, können besser gepflegt werden. Manch eine/r von ihnen verfügt über spezielle Einflussmöglichkeiten wie Verbindungen zu Behörden und politischen Entscheidungsträgerinnen; auch diese Netzwerke dürften Flüchtlingen und ihren politischen Kämpfen zuträglich sein.

Vor allem jedoch, so mein Schluss, steht in linken Gruppen, auch unter den AkteurInnen der Selbstorganisation, eine Infragestellung der Selbstverortung an.

Wer sind „wir"? Wer bleibt außen vor? Warum? Wer darf/soll in Zukunft zugehörig sein? Wo beginnt Solidarität.? Wer will mit wem arbeiten, teilen, leben?

Angesichts der in diesem Beitrag kurz erwähnten Gewalt, die ein Teil der Männer, unter ihnen nicht nur Flüchtlinge, nicht nur gegen Frauen und Kinder richtet, stellt sich eine weitere, nur auf den ersten Blick konträre, Frage:

Welche Ausschlüsse sind notwendig? Wann endet „Solidarität"? ●

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Mehr als fair: FAIRBINDUNG Kaffee aus solidarischem Handel
- 100% Arabica-Hochlandkaffee aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperative AMNSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

FairBindung e.V. - Altenbraker Straße 26 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040164
www.fairbindung.org - info@fairbindung.org

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft
Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.
VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-
Vorname, Name
Straße, Nr.
PLZ, Wohnort
Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.
Datum, Unterschrift
Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Gelderpressung durch die Polizei?

Im Kölner Raum passiert es immer wieder: Die Polizei greift Menschen in der Landschaft oder anderswo ab und verlangt von ihnen Geld, sonst würden sie nicht mehr freigelassen. Es ist also eine Art erpresstes Geld, um sich freizukaufen. Diese Praxis ist im Kölner Raum nicht neu und wird leider auch von einigen "linken" Rechtshilfestrukturen unterstützt. Wie schon 2012 in einem ähnlichen Fall, setzte das Legal Team des Klimacamps auch dieses Jahr dem illegalen Treiben ein Ende: Unter Drohung weiterer Schritte ließ die Polizei alle ohne sogenannte Kaution frei. Inzwischen ist Strafanzeige wegen räuberischer Erpressung und Bildung krimineller Vereinigung gestellt worden, weil das rechtsgrundlagenlose Einfordern von "Lösegeld" für die Polizei im Raum Köln eher typisch ist. Die Polizei hat mit einer Gegenanzeige geantwortet und einen Beteiligten wegen Verleumdung angezeigt.

☞ *http://de.indymedia.org/2013/08/347919.shtml*

Demonstrationsrecht: Zwei Wochen erlaubt – aber bitte ohne Schlafen

Eine absurde Auseinandersetzung um die Möglichkeiten und Grenzen des Versammlungsrechts fand rund um das Klimacamp in Manheim, Stadt Kerpen in der Nähe Kölns statt. Die fast 14-tägige Dauerkundgebung mit Aktionen wurde arg gerupft: Keine Zelte, kein Schlafen, kein Essen. Wie das gehen soll, blieb unklar. So klagten die DemonstrationsanmelderInnen gegen solche Schikanen. Doch die Verwaltungsklage beim Verwaltungsgericht Köln gegen die Auflagen seitens der Kreispolizeibehörde Rhein-Erft-Kreis wurde abgelehnt. Die Kreispolizeibehörde hatte die versammlungsrechtliche Anmeldung der Camps genehmigt, jedoch verboten, dass „Infrastruktur in Form von Übernachtungsmöglichkeiten und Verpflegungsstellen" eingerichtet werden (siehe *http://de.indymedia.org/2013/08/347825.shtml*). Das Klimacamp reagierte offensiv: „Die Entscheidung der Kerpener Polizei und des Verwaltungsgerichts Köln, keine Infrastruktur zur Versorgung und keine Zelte zum schlafen aufstellen zu dürfen, ist eine nicht hin zu nehmende Anmaßung, unser Recht auf Meinungsfreiheit, Versammlung und Organisierung einzuschränken. Solchen Verboten, müssen wir uns solidarisch und entschlossen entgegen stellen." (mehr unter *http://de.indymedia.org/2013/08/347829.shtml*). Durch aggressive, aber chaotische Reaktionen der Versammlungsbehörde auf Änderungsmitteilungen seitens der Demonstration veränderte sich die Situation dann aber im Sinne der politischen Aktionen. Denn durch formale Fehler waren die Auflagen der Behörde unwirksam. Die Camps mit Aktionen waren fast immer ohne polizeiliche Störung – ein netter Erfolg der kreativen Antirepressionsarbeit des Ermittlungsausschusses (EA)/ Legal Teams auf dem Camp.

Passende Buchempfehlung: „Verwaltungsrecht"

Zwei Rechtswissenschaftler und ein Bundesverwaltungsrichter (Fehling/Kastner/Störmer) sind Herausgeber der von vielen weiteren ExpertInnen erarbeiteten Kommentierungen der Verwaltungsgerichtsordnung, des Verwaltungsverfahrensgesetzes und einiger Nebengesetze. Der Umfang des Buches zeigt, welche Bedeutung der – im Vergleich mit anderen Rechtsgebieten – ja recht neuen eigenständigen Rechtsprechung im Verwaltungsrecht hat. Deren Bedeutung reicht über allgemeine Festlegungen zu behördlichen Verfahren z.B. in Planungsangelegenheiten bis zum Verhältnis von einer Institution mit hoheitlichen Befugnissen zu den betroffenen BürgerInnen. Abläufe, Formhaftigkeiten und Rechtsschutz werden geregelt. Der Kommentar erläutert die Paragraphen, nimmt Bezug auf Urteile und weitere Quellen. Er kann daher als umfassende Quelle für verwaltungsrechtliche Auseinandersetzungen gut verwendet werden. Hilfreich ist das fast 80 Seiten lange Schlagwortregister. (3. Auflage 2013, Nomos in Baden-Baden, 3313 S.)

Wahlkampf: Ob CDU oder SPD - überall ist „mehr Polizei" drin!

Mit der Bundestagswahl wurde in Hessen auch der Landtag gewählt. Ob das jedoch im für seine rabiaten Polizeimethoden bekannte Bundesland in Hinblick auf autoritäre Praktiken Auswirkungen haben kann, ist eher unwahrscheinlich. Denn während die CDU unter Volker Bouffier die Fortsetzung der obrigkeitsstaatlichen Linie ankündigt, kritisierte seine rote Konkurrenz eine „miserable Bilanz auch bei der inneren Sicherheit" und plakatierte Sprüche wie „1000 Polizisten fehlen in Hessen". Eine Übersicht, dass solche Orientierungen für die SPD nicht neu sind, enthält unter anderem:

☞ *http://de.indymedia.org/2013/08/347578.shtml.*

Sieg für Laienverteidigerinnen in Potsdam

Wegen drei verschiedenen Kletteraktionen aus den Jahren 2007 und 2008 bekam eine Aktivistin Bußgeldbescheide über insgesamt 700 Euro. Da es sich bei den Vorwürfen um Verstöße gegen die EBO (Eisanbahn-Bau- und Betriebsordnung) handelte, landete das Verfahren in Potsdam vor Gericht, da dort die Bahn-Bußgeldstelle sitzt. Während gegen einen Mitbetroffenen bei einer anderen Richterin alle Verfahren eingestellt wurden, endete der Prozess gegen die Aktivistin zunächst mit einer Verurteilung zu 200 Euro durch Richterin Ahle. Der dagegen von ihrer Laienverteidigerin, ebenfalls einer Aktivistin, eingelegte Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde führte nun zur Aufhebung des Urteils und zur Einstellung des Verfahrens – ein gutes Beispiel, das auch Mittel der Selbstermächtigung schlagkräftig sein können. Weitere Informationen zu diesem und anderen in Potsdam angesiedelten Bußgeldverfahren finden sich unter nirgendwo.info/potsdam. Infoseite zur Laienverteidigung:

☞ *www.laienverteidigung.de.vu.*

Zum Schmunzeln: Ladung einer Abkürzung

Im Strafprozess gegen zwei Anti-Atom-Aktivist_innen, die 2012 durch eine Ankettaktion im Münsterland einen Urantransport für mehrere Stunden aufgehalten hatten, begann der erste Verhandlungstag mit einer Auseinandersetzung um die Existenz eines Zeugen. Der Richter hatte es sich einfach gemacht und die von der Staatsanwaltschaft im Strafbefehl aufgeführten Zeugen einfach übernommen und zum Termin geladen. Dabei übersah er, dass es sich bei „TMÖL Kraft" mitnichten um eine Person handelt, sondern schlicht um eine Abkürzung für „Technische Maßnahmen Öffnen und Lösen". Statt den Hinweis auf diesen peinlichen Fehler einfach zu übergehen, manövrierte sich der sichtlich überforderte Richter in ein skurriles Konstrukt von Behauptungen und beharrte darauf, er habe den Fehler zwar selbstverständlich sofort bemerkt, jedoch die Abkürzung dennoch geladen. Möglicherweise lag es an vielen Fehlern wie diesem, dass der Prozess wegen „Störung öffentlicher Betriebe" nach wenigen Stunden erst einmal ausgesetzt wurde.

Weitere Infos:

☞ *nirgendwo.info/steinfurt*

Seminar zu EA-Arbeit

„EA" – das Kürzel steht für Ermittlungsausschuss und meint eine Gruppe, die bei Aktionen den Überblick über Polizeimaßnahmen und Verhaftungen zu behalten und dann den Betroffenen zu helfen versucht. International ist statt dem gestelzten deutschen Begriff eher „Legal Team" gebräuchlich, was auch nicht besonders präzise ist. Auch EA-Arbeit lässt sich mit kreativer Antirepression verbinden. Das Wissen dafür soll in einem Seminar vermittelt werden – vom 6.-8.12. in der Projektwerkstatt. Mehr: www.projektwerkstatt.de/termine. ●

Jörg Bergstedt

SENIORENGENOSSENSCHAFTEN

Neue Solidargemeinschaften in der „alternden Gesellschaft“

Nach Angaben der UNO wird bis 2050 die Zahl der 65 – 84jährigen von 400 Millionen auf 1,3 Milliarden steigen. Um diesen zivilisatorischen Erfolg nicht zur Misere werden zu lassen, muss die Alterssicherung grundsätzlich neu gestaltet werden. Die ungedeckten Rentenverpflichtungen belaufen sich allein in den OECD-Ländern auf 35 Billionen Dollar. Rechnet man die Kosten der Gesundheitsfürsorge hinzu, ist die Zahl mehr als doppelt so hoch. Besonders schwer wiegt die Tatsache, dass private und öffentliche Armut Folgen der Organisation von Pflegeleistungen sind. Pflege ist ein lukratives und angesichts der demografischen Situation sicheres Geschäft, um das verschiedene Anbieter – in Deutschland insbesondere der Wohlfahrtsindustrie - konkurrieren. Seniorengenossenschaften sind dazu eine denkbare Alternative, die es zu unterstützen gilt.

VON SUSANNE ELSEN, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN ● Es geht bei der Bewältigung der veränderten demografischen Lage nicht nur um die Frage der Finanzierung von Renten und Pflegekosten, sondern um einen tief greifenden Paradigmenwandel in Bezug auf nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Ins Zentrum rückt die Frage, was Menschen für ihr Leben und das Zusammenleben im Gemeinwesen wirklich brauchen: nahräumliche Versorgung, sozialkulturelle Einbindung, Möglichkeiten der Teilhabe und sozialproduktiven Tätigkeit, gute Nachbarschaft und der Verbleib in der vertrauten Wohnumgebung, kurz Lebensqualität. Die ökologische Gerontologie zeigt, dass die Qualität von Nachbarschaft, Wohnbereich und Nahraum für ältere Menschen an Bedeutung gewinnen und ihre sozialen Funktionen verändern.

Jung und alt kommen in Seniorengenossenschaften im Idealfall zusammen. Dabei werden wie hier bei der SAGES eG Dienstleistungen und sozialer Kontakt miteinander verbunden. Foto: Hindrichs

Ältere Menschen als Akteure

„Alter“ bedeutet nicht nur Hinfälligkeit, Pflegebedürftigkeit und soziale Last, sondern auch Wissen, Handlungsbereitschaft, Erfahrung und Zeitsouveränität. Die heutigen älteren Menschen sind in ihrem Funktionsstatus, ihren Fähigkeiten und ihrer sozialen Engagementbereitschaft nicht zu vergleichen mit jenen, die noch vor wenigen Jahrzehnten in diesem Lebensabschnitt standen. Sie sind also nicht zu reduzieren auf ihren Bedarf an Sorge und Pflege, sondern sie sind wahrzunehmen als AkteurInnen der Suche nach und Realisierung von innovativen Lösungen.

Arbeit und Tätigsein jenseits von marktbezogenen Verwertungszwängen ist ein Privileg des Alters. Da ältere Menschen nicht mehr in den Rollenzwängen der Arbeitsgesellschaft oder der Familie stehen, verfügen sie über experimentelle Spielräume, die jüngere nicht haben, und die aktiviert werden könnten. Damit könnte dem Alter eine neue Bedeutung als Sozialgruppe im Aufbau sozialer Innovationen zukommen. Sie brauchen ihre Arbeit nicht zu rationalisieren und können sozial sinn- und gehaltvolle Tätigkeiten verrichten. Der besondere Wert besteht darin, dass sich sowohl auf der Produzenten- wie auf der Konsumentenseite Menschen einbringen und soziale Beziehungen knüpfen können.

Chance Seniorengenossenschaften

Die berechtigte Angst vor Armut, Einsamkeit und Fremdbestimmung im Alter einerseits, und die Engagementbereitschaft und Experimentierfreude von älteren Menschen andererseits, stehen hinter den Gründungen von Seniorengenossenschaften und anderer kooperativer und experimenteller Formen des Lebens und Wohnens in einer alternden Gesellschaft. Sie sind in die Lebenswelten eingebunden, basieren auf Reziprozität und generieren Sozialkapital im Gemeinwesen. Das genossenschaftliche Identitätsprinzip und das Demokratieprinzip ge-währleisten die Selbstkontrolle, Selbstorganisation und Selbstbestimmung in Fragen, die tief in das persönliche Leben der Betroffenen reichen.

Ein Beispiel: Die Seniorengenossenschaft Riedlingen wurde im Mai 1991 gegründet. Engagierte BürgerInnen unterstützen hilfebedürftige alte Menschen zuverlässig, liebevoll und erheblich preiswerter als professionelle Anbieter der Pflegewirtschaft. Auch die aktiven Mitglieder selber haben dadurch zahlreiche Vorteile. Sie arbeiten für die gemeinsame Idee: Altern in Würde und im vertrauten sozialen Umfeld. Aktive Mitglieder liefern Essen aus, bereiten das Frühstück zu, bringen hilfebedürftige zum Arzt oder in die Tagespflege. Die Genossenschaft vermittelt auch barrierefreie Wohnungen und bietet dort einen Pflegedienst an.

Riedlingen als Pionier

Bei der Gründung waren es 20 Personen, die sich als aktive Helferinnen und Helfer betätigten. Heute hat die Genossenschaft 654 Mitglieder und 113 aktive Helferinnen und Helfer. Die Mitwirkenden haben die Wahl unterschiedlicher Honorierungsmöglichkeiten: Sie erhalten entweder einen Stundenlohn in Geld oder sie lassen sich die geleistete Zeit auf ihr Stundenkonto gutschreiben. Einige BürgerInnen, die es sich leisten können, arbeiten ohne zeitliche oder monetäre Honorierung. Doch aus Gründen der Verlässlichkeit legen die Mitglieder wert auf die Honorierung auf Gegenseitigkeit.

Eine Seniorengenossenschaft ist, wie andere Formen reziproken bürgerschaftlichen Engagements, zum Beispiel die Zeitbanken, als komplexer Prozess zu gestalten. Dieser hängt existenziell vom Engagement, der Lebenslage, dem Selbstverständnis der Mitglieder und ihrem sozialen Umfeld ab. Dies ist kein „Killerargument“ gegen Formen der Selbstorganisation im Sozialbereich, wie es gerne von Kräften der Wohlfahrtsindustrie in Deutschland herangezogen wird. Vielmehr geht es um die Skizzierung eines Lern- und Entwicklungsfeldes der sozialen Bürgergesellschaft, das auch als Handlungs- und Forschungsfeld emanzipatorischer Sozialarbeit erkannt werden sollte.

Zeitbanken für Sozialkapital

Zeitbasierte Komplementärwährungen (Zeitbanken) bilden den wichtigsten Bestandteil von Seniorengenossenschaften. Nicht zuletzt bieten sie Freiwilligen eine Honorierung ihres Engagements. Komplementärwährungen sind insbesondere in Japan, Neuseeland, USA und Kanada sehr verbreitet und gewinnen auch in Europa seit mehreren Jahren, insbesondere als Reaktion auf die Finanzkrisen an Bedeutung. Zeit hat in diesen Währungssystemen die gleichen Funktionen wie Geld: Sie ist Tauschmedium, Recheneinheit und Mittel der Wertaufbewahrung. Gegenüber dem gesetzlichen Zahlungsmittel hat Zeit jedoch einige Vorteile: Sie ist wertstabiler, denn Zeit gewinnt oder verliert nichts über eine längere Phase.

Zins und Inflation können einem Zeitguthaben nicht schaden oder zusätzlich nutzen. Alle Menschen verfügen über Zeit, auch und besonders diejenigen, die wenig Geld haben und ihr Arbeitsvermögen im monetarisierten Markt nicht einbringen können. Durch Zeit können auch Arbeiten für private und öffentliche Auftraggeber im Gemeinwesen erschlossen werden, für die kein Geld vorhanden ist. Nicht zuletzt fördern die Möglichkeiten der Zeitwährungen die Bildung und Nutzung von Human- und Sozialkapital. Sie beruhen auf Reziprozität und dem Vertrauen in Fähigkeiten, die jeder Mensch besitzt, die er selber weiterentwickelt und die andere nutzen können. Mittlerweile bestehen computergestützte Modelle zur Erfassung und Koordination der Leistungen. In einigen Weltregionen haben zeitbasierte Währungen bereits die lokale und regionale Begrenzung überwinden können. ●

Unterstützungen wie Personentransport über haushaltsnahe Dienstleistungen bis hin zu einfachen Handwerkshilfen stehen bei den meisten Seniorengenossenschaften neben dem persönlichen Kontakt im Mittelpunkt. ▼

Foto: Hindrichs

WEGWEISER ZUR GRÜNDUNG UND GESTALTUNG VON SENIORENGENOSSENSCHAFTEN

Seniorengenossenschaften bieten einen Rahmen zur Etablierung eines solidarischen Unterstützungsnetzwerks, in dem sich ältere Bürgerinnen und Bürger frei nach ihren Fähigkeiten einbringen, aber auch Hilfe empfangen können.

Der „Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von Seniorengenossenschaften“ informiert umfassend über das Konzept der Seniorengenossenschaften. Er beschreibt die typischen Leistungen eines solchen Hilfsnetzwerks, informiert über die Rechtsform der Genossenschaft, sowie über andere in Frage kommenden Rechtsformen und erläutert umfassend sämtliche Belange, die für Neugründer von Interesse sind. Abgerundet wird das Informationsangebot durch die Darstellung gelungener Beispiele aus der Praxis. Weitere Informationen zu Seniorengenossenschaften finden Sie auf der Webseite des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familien und Frauen:

☞ *http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/senioren/wegweiser_seniorengenossenschaften.pdf*

TAGUNG

Senioren(stützende)genossenschaften

Eine Antwort auf den demografischen Wandel?

Am 29 und 30. November 2013 findet in der Evangelischen Akademie Meißen eine Tagung zum Thema „Senioren(stützende)genossenschaften: eine Antwort auf den demografischen Wandel?“ statt. Grundlegungen, Beispiele und Perspektiven werden durch Vorträge, Arbeitsgruppen und intensive Diskussionen thematisiert. Veranstalter sind der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. und die Evangelische Akademie Meißen. Sie werden unterstützt durch die innova eG, den Gnossenschaftsverband e.V. sowie die Stiftung trias.

Winfried Haas, Redaktion Genossenschaften

In einer ständig älter werdenden Gesellschaft stehen die Kommunen und anderen Gemeinwesenakteure wie die Bürgerinnen und Bürger vor neuen Herausforderungen. Welche Rahmenbedingungen können sie (gemeinsam) schaffen, um den Menschen im dritten Lebensabschnitt auch bei wachsendem Hilfe- und Pflegebedarf ein selbstbestimmtes und selbstgestaltetes Leben zu ermöglichen? Neben professioneller Hilfe wird bürgerschaftliches Engagement immer wichtiger.

Seniorengenossenschaften können in diesem Kontext neue Dienstleistungs- und Wohnkonzepte entwickeln und anbieten. In Seniorengenossenschaften wird bürgerschaftliches Engagement in genossenschaftlicher Form der Hilfe auf Gegenseitigkeit gelebt. Ihre Geschäftsfelder ergänzen in der Regel vorhandene soziale Dienstleistungen, die nicht oder nicht ausreichend vorhanden sind.

Gelebte Beispiele

Auf der Tagung erfolgt eine Verortung der verschiedenen genossenschaftlichen Ansätze besonders durch die Kraft konkreter gelungener Beispiele. Zudem sollen die Bedingungen für eine schnellere und erfolgreiche Verbreitung von Seniorengenossenschaften diskutiert werden, sowohl durch Eigenengagement wichtiger Akteure im sozialen Sektor als auch durch Einbindung starker Kooperationspartner. Die Vorstellung einer Studie - gefördert durch den Generali Zukunftsfonds - mit dem Titel „SenioKoop“ und eines Gründungs- und Stabilisierungsleitfadens für solche Genossenschaften runden die Veranstaltung ab. Letzteres zeigt erste Ansätze auf, wie sich solche Senioren(stützende)genossenschaften entwickeln und verbreiten lassen.

Tagungsort ist die Evangelische Akademie Meißen, in 01662 Meißen. Der Tagungsbeitrag beträgt 80,00 € inklusive 20 € für Verpflegung. Für Mitglieder des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. beträgt die Tagungsgebühr 50,00 € inklusive 20 € für Verpflegung. Für die eine Übernachtung am 29.11.2013 (Einzelzimmer, incl. Frühstück) sind zusätzlich 57,00 € zu zahlen. Information und Anmeldung: Fax: 0341 681 1786 oder E-Mail: winfried.haas@innova-eg.de. Die Anmeldung sollte bis Montag, 4. November 2013 erfolgen.

FILME ÜBER DIE FRIEDRICHSHOF-KOMMUNE

Albtraum Gemeinschaft

Anders Leben – kollektiv oder gemeinschaftlich, mit gemeinsamem Eigentum und gemeinsamer Kasse, und auch die Verantwortung für die Kindererziehung als Gruppe gemeinsam tragen. Was viele Kommunen und Gemeinschaften versuchen zu leben, waren auch Elemente der Kommune Friedrichshof bei Wien. Auch die Sexualität sollte dort – unter Berufung auf den Psychoanalytiker Wilhelm Reich – geteilt werden.
Zwei Filme zeigen aus Sicht von damaligen Kommunekindern, wie aus der schönen Utopie ein Albtraum wurde.

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN ● Ein kleiner Junge, etwa 10 Jahre, steht an einem Mikrofon. Hinter ihm einige MusikerInnen. Um sie herum ein Kreis von Menschen, Kinder und Erwachsene, vielleicht 50, 100 oder mehr. Der Junge sieht unglücklich aus. Ein älterer Mann verlangt von ihm eine Darbietung, er soll lachen, der Ältere zieht ihm den Mundwinkel hoch. Er soll Mundharmonika spielen – der Junge weint, und alle sehen zu. Der Mann droht, er werde ihn mit Wasser überschütten, wenn er nicht Musik macht. Der Junge quält sich zu ein paar Tönen aus der Mundharmonika, aber er kann nicht. Der Mann beschimpft ihn und gießt ihm aus einer Flasche Wasser über den Kopf. Dann schickt er ihn ins Bett und droht: Morgen machen wir weiter. Der Junge geht, gebückt und gedemütigt, durch die Menge zur Tür, niemand wendet sich ihm zu.

Der Mann ist Otto Mühl, Wiener Aktionskünstler und verurteilter Sexualverbecher, im Juni 2013 gestorben. Der Junge ist ein Freund des Filmemachers Paul-Julien Robert, der mit ihm in der Friedrichshof-Kommune bei Wien lebte. Er hat den Film „Meine keine Familie“ über seine eigene Geschichte gedreht, der auch tiefe Einblicke in die Geschichte des Friedrichshof gibt. Die Szene mit dem Jungen gehört zum Archiv-Material des Friedrichshof, das Robert in seinem Film ausführlich verwendet. Viele Szenen scheinen auf den ersten Blick ein glückliches, nonkonformistisches Leben in einer großen Gemeinschaft zu zeigen. Lachende Kinder, die sich mit Farbe beschmieren, nackt und ohne jede Scheu. Die tanzen, Theater spielen, von Erwachsenen aufmerksam begleitet.

Otto Mühl gründete die Kommune 1970 in seiner Wohnung, und zog dann zwei Jahre später mit den wesentlich jüngeren MitstreiterInnen ins Wiener Umland, auf den Friedrichshof. Die KommunardInnen träumten von einem Leben jenseits von bürgerlichen Zwängen, Autoritätshörigkeit und bürgerlicher Kleinfamilie. Denn diese wurde für alles Elend der Welt – Kriege und Hunger, Gewalt und Krankheiten – verantwortlich gemacht. In der Kleinfamilie wurden Frauen unterdrückt und Kinder geschlagen. Dem wollten die Mitglieder der Kommune ein Leben in Freiheit und kreativem Selbstausdruck entgegen setzen.

Jedoch wurde aus der Freiheit das Recht der Stärkeren – allen voran Otto Mühl – jede und jeden ständig zu kommentieren, zu bewerten und in eine hierarchisierende Struktur zu zwängen. Sei es die Kleidung der Kinder, die in eine Reihenfolge gebracht wurde, die künstlerischen Darbietungen oder das Verhalten im Alltag. Jede Äußerung und jeder Lebensausdruck fiel dem zum Opfer. Auch in den Selbstdarstellungen, die als kollektive Therapie verstanden wurden, wurde bewertet, wie Einzelne in den Kreis traten und ihr Innerstes präsentierten. Otto Mühl gab den Ton an, und alle machten mit.

Der Filmemacher räumt ein, sich in den ersten Jahren gebor gen gefühlt zu haben. Die Frauen lebten mit ihren Kindern in einem eigenen Gebäudetrakt, hatten Sex mit verschiedenen Partnern, aber keine festen Beziehungen. Die biologischen Väter ihrer Kinder waren unbekannt und sollten es auch sein. Was wie eine matriarchale Utopie klingt, endete für Paul-Julien Robert abrupt, als er vier Jahre alt war und seine Mutter nach Zürich geschickt wurde, um zu arbeiten.

Auf dem Friedrichshof lebten bis zu 500 Menschen, mehr als 100 zusätzlich in anderen Niederlassungen in München, Berlin etc. Als das Projekt 1990 beendet wurde, war Robert 12 Jahre alt. Zwei Jahre später hätte er sich von Claudia Mühl, der damals fast 40jährigen Ehefrau von Otto Mühl, in die Sexualität einführen lassen müssen, so wie Otto Mühl es mit den weiblichen Jugendlichen tat.

20 Jahre später macht Paul-Julien Robert sich an die Aufarbeitung, filmt sich und seine Mutter im Gespräch und beim Anschauen von Archiv-Filme. Besucht mit ihr seinen – mittlerweile per Vaterschaftstest festgestellten – leiblichen Vater. Seine Eltern sind sich schnell einig, dass sie sich auf gar keinen Fall Schuldgefühle machen lassen wollen. Sein Vater sieht seine Kommunezeit positiv, als Therapie und Verlängerung der Pubertät. Seine Mutter ringt nachdenklich um eine Haltung zwischen Selbstkritik und Verteidigung ihrer Beweggründe von damals. Als sich auf einer Veranstaltung am Friedrichshof 2010 KommunardInnen sichtlich bewegt bei den damaligen Kindern und Jugendlichen entschuldigen, reagiert sie mit einem Blackout.

Dem Filmemacher gebührt großer Respekt für den Mut, seine traumatisierende Kindheit öffentlich darzustellen. Ebenso wie allen anderen, die im Film über ihre damaligen Erlebnisse sprechen und darüber, wie sie heute damit umgehen. Denn die Geschichte des Friedrichshof darf nie vergessen werden. Otto Mühl verstand die Kommune als „das erste lebende Kunstprojekt der Welt“, er sah die freie Sexualität als schöpferischen Akt und ihm war die ganze Welt etwas, das in diesem Sinne zu gestalten war. Eine patriarchale Allmachtsfantasie, die mehr AnhängerInnen fand als andere Kommuneprojekte. Die Strahlkraft dieses grausamen Experiments ist eine bittere Mahnung, wie leicht das gut Gemeinte, das ganz Andere, der Wunsch nach Befreiung und nach gemeinschaftlichem Leben sich in sein Gegenteil verkehren kann. Wie leicht eine sektiererische Ideologie sich über menschliche Bedürfnisse und über menschliche Würde hinwegsetzt. Und wie leicht dann – solcherart legitimiert – kollektiv Gewalt gegen Einzelne ausgeübt werden kann.

Darum sei an dieser Stelle auch noch auf einen weiteren sehenswerten Film hingewiesen, der bereits 2009 fertiggestellt wurde: „Die Kinder von Friedrichshof“ von Juliane Großheim lässt fünf ehemalige Kommunekinder über ihre Erinnerungen sprechen, ebenfalls mit eingefügtem Archivmaterial. Darunter auch Attila, der Sohn von Claudia und Otto Mühl, der in der Hierarchie der Kinder immer oben stehen musste, und der sich an seinen Vater nicht als Monster, sondern als extrem sympathischen Menschen erinnert.
Viele derjenigen, die ihre Kindheit im Friedrichshof verbrachten, halten noch heute Kontakt und pflegen ihre Freundschaft. Und viele von ihnen sind künstlerisch tätig. So wird es ja vielleicht in den nächsten Jahren weitere künstlerische Auseinandersetzungen mit dem Friedrichshof geben.

Mehr Infos:

„Meine keine Familie“ von Paul-Julien Robert (2012), Kinostart am 24. Oktober 2013.
☞ *http://www.mindjazz-pictures.de/familie.html*

„Die Kinder vom Friedrichshof“ von Juliane Großheim (2009)
☞ *http://unafilm.de/kinder_friedrichshof.html*

Eine Gruppe ehemaliger Mitglieder der von Otto Mühl gegründeten Kommune Friedrichshof:
☞ *http://www.re-port.de*

Der ehemalige Friedrichshof-Kommunarde Andreas Schlothauer hat bereits 1992 eine kritische Aufarbeitung verfasst: Die Diktatur der freien Sexualität – AAO, Mühl Kommune, Friedrichshof, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien:
☞ *http://www.agpf.de/Schlothauer-AAO-Muehl.htm*

CONTRASTE 94/95, Juli/August 1992, hatte den Schwerpunkt: „Ist Liebe politisch? Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ganz nah“. Darin von Elisabeth Voß: „Panzerknacker im Burgenland – Die Aktionsanalytische Organisation (AAO)“ (Seite 6) und „Rezension: Die Diktatur der freien Sexualität“ (Seite 10).

SIEDLUNGSGENOSSENSCHAFT IN WOLTERSDORF

Rettet den Sandberg!

Eine Genossenschaftsgründungs-Initiative möchte ein Grundstück im Brandenburgischen Woltersdorf erwerben, um es vor der Zersiedelung zu schützen. Statt es mit Einfamilienhäusern zu bebauen, könnte dort ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt entstehen.

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN ● Das Brandenburgische Woltersdorf liegt nicht weit von Berlin. Vom Bahnhof Friedrichstraße fährt der Regionalzug nach Erkner eine knappe halbe Stunde, und von dort sind es noch drei Kilometer mit Bus oder Fahrrad. Genau das, was viele BerlinerInnen sich wünschen: Ins Umland ziehen, im Grünen wohnen, und weiterhin jederzeit problemlos in die Großstadt fahren können.

Die Attraktivität dieser Lage sehen auch Investoren, die versuchen, freie Flächen in Wolterdorf aufzukaufen, um sie lukrativ zu entwickeln und zu vermarkten – das übliche Immobiliengeschäft. Sie interessieren sich zum Beispiel auch für den Sandberg mitten in Woltersdorf. Nun gründete sich jedoch eine Genossenschaftsinitiative, die diesen Sandberg retten möchte. Das klingt erstmal nur begrenzt attraktiv: Warum soll ausgerechnet märkischer Sand gerettet werden? Aber Sandberg ist nur der Name des Geländes – dahinter verbirgt sich ein traumhaftes Biotop, das über Jahre gewachsen ist und unzähligen Pflanzen- und Tierarten Raum gibt.

Der Investor beabsichtigt, dieses etwa 28.000 Quadratmeter große Gelände komplett für Einfamilienhäuser zu parzellieren. Das wäre das Ende des Biotops. Und weil die WoltersdorferInnen ihren Sandberg zu schätzen wissen, sowie er ist, hat die Gemeindeverwaltung dem Investor mitgeteilt, dass sie sein Einfamilienhaus-Vorhaben nicht befürwortet.

Das beflügelt die Genossenschaftsgründungs-Initiative um Juliane Schneewolf, die ein alternatives Konzept für den Sandberg entwickelt hat: Das Biotop soll erhalten werden, und nur am Rand des Grundstücks, zu den umgebenden Straßen hin, sollen Häuser errichtet werden. Vielleicht sechs bis acht Mehrfamilienhäuser

für barrierefreies Wohnen in Hausgemeinschaften für Menschen jeden Alters. Erste Interessierte aus Woltersdorf haben bereits nachgefragt, ob sie dann dort einziehen könnten. Insbesondere der Bedarf an altersgerechten Wohnungen ist in Woltersdorf – wie anderenorts auch – sehr groß und von Jahr zu Jahr zunehmend.

Generationenübergreifend barrierefreiund günstig wohnen

Das Vorhaben soll in der Rechtsform der Genossenschaft umgesetzt werden, um auch Menschen mit wenig Geld zu ermöglichen, am Sandberg zu wohnen. Sicher werden alle Mitglieder Genossenschaftsanteile übernehmen müssen, um ihren Teil zum notwendigen Eigenkapital für den Erwerb des Grundstücks und den Bau der Häuser beizutragen. Diese sollen sich jedoch in sozial verträglicher Höhe bewegen. Um das zu ermöglichen ist geplant, zusätzlich weitere Mitglieder aufzunehmen, die zur Förderung des Vorhabens durch Mitfinanzierung beitragen, ohne selbst dort zu wohnen. Diese „investierenden Mitglieder“ (die mit der Änderung des Genossenschaftsgesetzes 2006 ermöglicht wurden) werden eine geringe, aber doch attraktive Verzinsung bekommen.
Ganz im Sinne des Genossenschaftsgedankens sollen damit unterschiedliche Interessen zu einem gemeinsamen wirtschaftlichen Vorhaben gebündelt werden: Ökologisches Engagement durch Rettung des Biotops vor Zersiedelung, bezahlbares Wohnen in einem barrierefreien und sozialen Umfeld und eine ökologisch und sozial verantwortliche Geldanlage.
Alles Weitere wird sich entwickeln und kann von den zukünftigen BewohnerInnen gestaltet werden. Zum Beispiel könnten Teile des Biotops genutzt werden für Gemeinschaftsgärten oder für einen Kinderbauernhof, es könnten Spielplatz und Rodelbahn entstehen, und es könnten Flächen als Ruhezonen oder Treffpunkte gestaltet werden. Wichtig ist der Gründungsinitiative allerdings, dass der grüne Innenbereich des Sandberg öffentlich zugänglich bleibt und von allen WoltersdorferInnen und Gästen genutzt werden kann.
Anders als in vielen anderen Orte in Brandenburg nimmt die Bevölkerung in Woltersdorf zu, 2011 lebten 7.730 Menschen dort. Viele Familien mit Kindern ziehen zu, so gilt Woltersdorf mittlerweile als jüngster Ort im Landkreis Oder-Spree. Es gibt drei Seen – den Kalksee, den Bauersee und den Flakensee mit ihren Bade- und Wassersportmöglichkeiten, und viel Landschaft. Ein direkter Zugang zum Bauersee könnte für die Genossenschaftsmitglieder ermöglicht werden.
Was steht der Umsetzung noch im Wege?
Die Gründungsinitiative hat seit Jahren umfangreiche Vorarbeiten geleistet. Es wurden Konzepte entwickelt, Häuser geplant und kalkuliert, eine Genossenschaftssatzung ist in Arbeit. Der Sandberg soll verkauft werden und die Eigentümergemeinschaft steht der Genossenschaftsinitiative wohlwollend gegenüber. Die Gemeinde befürwortet das Vorhaben. Nur das Bauamt des Landkreises Oder-Spree in Beeskow stellt sich quer. Zwar ist ein Teil des Grundstücks im Flächennutzungsplan bereits als Bauland ausgewiesen, jedoch wurde eine Bauvoranfrage für zwei Mehrfamilienhäuser im Randbereich des Grundstücks abschlägig beschieden, weil sie angeblich nicht der ortsüblichen Bebauung entsprechen. Einfamilienhäuser wären sicher problemlos genehmigt worden.

Um doch noch zu einem genossenschaftlichen Mehrgenerationen-Siedlungsprojekt auf dem Sandberg zu kommen, braucht die kleine Gründungsinitiative nun in erster Linie weitere MitstreiterInnen, die bereit sind, sich als Mit-InitiatorInnen aktiv einzubringen. Denn es ist viel zu tun: Politische Strategien sind notwendig, um möglichst viele Verbündete vor Ort zu finden, und in Verhandlungen mit dem Bauamt Möglichkeiten für genehmigungsfähige Mehrfamilienhäuser zu finden; die Genossenschaft sollte bald gegründet werden, als verlässlicher Verhandlungspartner für alle Beteiligten; das angedachte Finanzierungskonzept muss ausgearbeitet und so weit umgesetzt werden, das der Erwerb des Sandbergs erfolgen kann, sobald die planungsrechtlichen Hürden genommen sind.

Wie immer sind es die Menschen, an denen es hängt, ob ein gemeinschaftliches Vorhaben gelingt oder nicht. Die Gründungsinitiative hofft und ist vorsichtig zuversichtlich, dass sich aus Woltersdorf, Berlin und anderswo in den nächsten Wochen und Monaten ernsthaft interessierte Mit-InitiatorInnen und zukünftige SiedlerInnen finden, um gemeinsam ein Mehrgenerationen-Wohnprojekt am Sandberg zu realisieren. ●

Kontakt:
Juliane Schneewolf:
03362 – 88 37 88
raschneewolf@aol.com

Rote Flora Hamburg: „Autonomes Disneyland“ oder „Basis der ‚Intelligenz‘ der Autonomen“?

Die *Rote Flora* ist ein Zentrum der undogmatischen radikalen Linken in Hamburg. Es existiert seit 1987 und beherbergt auf zwei Etagen verschiedene Werkstätten und das Archiv der sozialen Bewegungen. Vor allem ist es aber ein Ort von Musik- und anderen Kulturevents und bietet Raum für politische Veranstaltungen und Versammlungen.

Hoffman legt mit dieser Publikation seine 2011 an der Technischen Universität Chemnitz erbrachte politikwissenschaftliche Dissertation zeitnah als Buch vor. Betreut wurde sie laut Danksagung von den einschlägig bekannten Extremismusforschern Uwe Backes, Eckhard Jesse und Armin Pfahl-Traughber. Der 1977 geborene Autor Hoffman hatte in seinem Leben öfter beruflich mit der Roten Flora zu tun, denn seit 1997 ist er Polizeibeamter in Hamburg.

Für einen Szenefremden hat Hoffmann erstaunlich viel Material zusammengetragen, das Quellen- und Literaturverzeichnis umfasst alleine 55 Druckseiten. Seine kritischen Bemerkungen über den schmalen Forschungsstand zum Thema „die Autonomen“ und autonome Zentren im speziellen sind zumindest stark übertrieben, denn es liegen durchaus Veröffentlichungen zu linken Zentren und ihrer Geschichte vor, etwa zum AJZ in Bielefeld, zur alternative in Lübeck oder zum gemäßigten Oscar-Romero-Haus in Bonn. Vermutlich erst nach Abschluss von Hoffmanns Forschungen ist ein umfangreiches Werk zum Conne Island erschienen. Dieses Zentrum in Leipzig dürfte in seiner Bedeutung der Roten Flora vergleichbar sein. Sonst referiert Hoffmann in den ersten Kapiteln, in denen die Autonomen im Allgemeinen und speziell in Hamburg vorgestellt werden, die einschlägige Literatur, liefert aber auch keine neuen Erkenntnisse.

Dann unterteilt er die nahezu 25 Jahre umfassende Geschichte der Roten Flora in fünf unterschiedlich lang andauernde Abschnitte. Er unterscheidet die zweijährige Entstehungsphase nach 1987, die vier Jahre des Aufbaues bis 1993, dann die vier Jahre von 1993 bis 1997, während derer Hoffmann die Rote Flora als „Kulturzentrum“ versteht. Für die zweite Hälfte der bisherigen Existenz unterscheidet er eine achtjährige Phase einer von der Flora so gewollten Distanzierung von der Bevölkerung (1997 bis 2005) um dann für den Zeitraum 2005 bis 2010 eine Phase der Mythologisierung aus zu machen. Diese einzelnen Abschnitte sind mit einer sehr detaillierten Chronologie versehen und lesen sich, trotz der vielen Details, die auch den Rest des Werkes prägen, recht flüssig. In einem zweiten Arbeitsschritt untersucht er Ziele, Mittel und Wirkungen der Flora in diesen einzelnen Phasen im Vergleich.

Im ganzen Text situiert Hoffmann die Rote Flora im Bermudadreieck von Stadtentwicklung, politischen Kampagnen und Debatten der autonomen Linken (z.B.: Israelsolidarität oder Patriarchatsdebatte) und den verschiedenen Fraktionen der Hamburger Politik und Justiz (Stichwort: Schill-Partei).

Hoffmann kommt in seinem allerdings nur 12 Seiten umfassenden letzten Kapitel zu interessanten Schlussfolgerungen: So sei die Rote Flora heute vor allem ein Mythos, der für die vorgebliche Vitalität der Autonomen und deren Vorstellungen von „Freiräumen“ stehe. Dieser Mythos funktioniere allerdings nur - und hier nimmt Hoffmann den Topos der (klammheimlichen) Sympathisanten aus dem RAF-Diskurs auf - weil die Flora Medienresonanz bekomme. Sonst sei sie aber ein berechenbarer Faktor der Hamburger Landespolitik und habe durch ihre Existenz nicht, wie von den Aktivist_innen einmal erhofft, zu einer Stärkung der Autonomen geführt; denn die zahlreichen Gäste der Partys und Konzerte in der Flora würden sich mit deren politischen Positionen nicht identifizieren. Auszüge aus zehn Interviews mit ZeitzeugInnen, vor allem aus Polizei, CDU und Stadtverwaltung, schließen den nicht ganz preiswerten Band ab.

Dieses Buch ist durchaus ernst zu nehmen, nicht nur wegen seiner zitierten Quellen. Es ist nur sehr vereinzelt mit Eifer, aber gar nicht, wie es vielleicht zu erwarten gewesen wäre und etliche andere Publikation aus dieser Richtung durchaus auszeichnet, mit Schaum vor dem Mund geschrieben. Hoffmann zeigt, wie einige Fraktionen des staatlichen Apparates denken, für die die Autonomen und ihr Milieu mittlerweile zum normalen Stadtleben gehören – was ja die Debatten der radikalen Linken um kreative Stadt und Gentrifizierung ebenfalls bewiesen haben. Diese „Fraktion“ fragt wie auch Hoffmann in seiner Schlussbemerkung, wie der Einfluss der Autonomen zurückgedrängt werden kann. Zur Erreichung dieses höheren Zieles ist man dann auch bereit, die Existenz einer „entschärften“ Roten Flora hinzunehmen. Hoffmann trifft also durchaus wunde Punkte, vor allem mit seiner zentralen These, die Rote Flora sei ein durch unpolitische Konzerte finanzierter Mythos, der von vielen Autonomen wie auch von einigen politischen Hardlinern der Gegenseite für die jeweiligen eigenen Interessen aufrechterhalten werde.

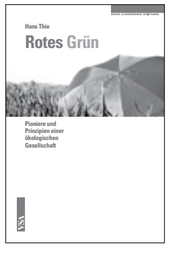
Wenn die Autonomen heute zum kreativen Milieu und zum Stadtbild der Spaßgesellschaft und zumindest in großen urbanen Zentren zum politischen Verfassungsbogen gehören, stellt sich nach der Lektüre dieses Buches umso dringlicher die Frage, wie dann noch radikale Opposition mobilisiert und artikuliert werden kann. ●

Bernd Hüttner

Karsten Dustin Hoffmann: „Rote Flora“. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksradikalen Zentrums in Hamburg; Nomos Verlag, Baden-Baden 2011 (Reihe Extremismus und Demokratie 21), 402 Seiten, 59 EUR

Befreit rotes Grün?

Grüner Kapitalismus reiche nicht, auch nicht die Hoffnung auf individuelle Moral. „Sattes Grün“ ohne Wachstumszwang werde es nicht geben ohne „kräftiges Rot“, ohne Gerechtigkeit. Jenseits theoretischer Systemalternativen präsentiert Thie die konkrete Utopie einer „grünen und gerechten Wirtschaft“, deren zentrale Ansätze schon im Hier und Jetzt zu sehen seien: Kooperation, (ökonomische) Gleichheit und Planung seien „im Begriff, neue Leitprinzipien zu werden“. Es gehe dabei nicht um Zentralverwaltungswirtschaft, sondern die „Planung der Bedingungen, die Kooperationen unter Gleichen ermöglichen“. Ein solches Verständnis von Planung als „bewusstes Herstellen ökologischer Lebensmöglichkeiten für alle“ könne „Märkte und Unternehmen in vielfältigster Form einschließen“.



In seinem Modell einer gemischten Wirtschaft erscheine vieles wie heute, habe aber „aufgrund weitgehend verwirklichter Gleichheit“ eine ganz andere Bedeutung. Alles „Elementare“, d.h. Gesundheit, Bildung, Kultur, Wasser, Entsorgung, Verkehr, Energiegrundstrukturen, Finanzsystem etc. wird gemeinwirtschaftlich nach dem Prinzip der Bedarfsdeckung sichergestellt. Daneben gibt es die Sphäre des Marktes mit freien Unternehmen, die „Produzenten der Dinge“ und ihre Dienstleister. Deren handlungsleitendes Prinzip heißt nicht mehr „Verwertung des Kapitals“, sondern „Einkommenssicherung“, denn die Mitarbeiter sind Eigentümer. Diese Unternehmen seien daher keinen äußeren Wachstumszwängen unterworfen: „Stabile Reproduktion gilt als akzeptables Ergebnis“. Als dritte Sphäre benennt Thie die „geistige Produktion“ mit frei zugänglichen Arbeitsergebnissen. Ihr Prinzip ist nicht Bedarfsdeckung oder Einkommenssicherung, sondern Anerkennung. Wie kommt nun in diese gemischte Wirtschaft ökologische Planung und ökonomische Gleichheit? Sie werden garantiert über Verfassungsgrundsätze, die in einem quasi-revolutionärem Akt per Volksabstimmung festgeschrieben werden: Die Begrenzung von Einkommens- und Vermögensunterschieden, der Anspruch auf eine bezahlte Tätigkeit sowie die Ausschüttung von Gewinnen zu mindestens 50 Prozent an die Belegschaften. Preise für Energie und Ressourcen dürfen steigen unter der Voraussetzung „nur noch geringer Unterschiede“ bei Einkommen und Vermögen.

Thie möchte eine Falle linker Alternativen vermeiden: Gegensätze wie Kapital-Arbeit, Markt-Kooperation, Gemeinschaft-Gesellschaft, Produzent-Konsument sollen häufig gleich komplett aufgehoben werden. Dann blieben – so folgert Thie zu Recht – zwei Sackgassen, die Vereinigung alles Getrennten im Staat oder die vollständige Autarkie. Im Gegensatz dazu stellt sein klug abgeleitetes Modell eine für moderne Gesellschaften denkbare Transformation dar. Leider aber fehlt eine persönliche Befreiungsperspektive, die ihm die entscheidende politisch-emotionale Schubkraft verleihen könnte. Immer mehr Menschen leiden zunehmend darunter, dass sie trotz formaler Freiheit von einengenden Normen ihren eigenen Lebensplan kaum realisieren können. Sie hecheln immer schneller wechselnden multiplen Anforderungen an eine gelungene Performance in Beruf, Kultur, Beziehungen, Ästhetik etc. hinterher, ohne jeweils Land sehen zu können: „Slipping slopes“ (rutschende Abhänge) nennt der Jenaer Soziologe und Theoretiker der Beschleunigungsgesellschaft Hartmut Rosa dieses Phänomen, das jedem von uns – ob als LKW-Fahrer, Vater, Liebender, Öko-Manager oder Wissensproduzent – aus seinem Alltag leidlich bekannt sein dürfte.

Hier muss eine Befreiungsperspektive ansetzen, etwa mit der Parole: Zeitwohlstand! Wie wunderbar passte das zum ökologisch-sozialen Gebot der Mäßigung! Es ist schwer vorstellbar, dass sich massenweise Menschen von der Parole „Kooperation, Gleichheit, Planung“ zum Engagement oder auch nur zur politischen Unterstützung begeistern lassen. Erst mit einer Synthese individueller und struktureller Befreiung wird sich „Rotes Grün“ zu einer Alternative zum anstrengenden und entfremdeten Weiterarbeiten im „Green New Deal“ entwickeln können: Zu einer attraktiven Story. ●

Ulrich Schachtschneider

Hans Thie: Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft; 173 Seiten, 16,80 EUR; VSA Verlag, Hamburg 2013 (auch open access unter www.rosalux.de)

Einführung in die Geschichte und Gegenwart von Alternativschulen

Die Literaturlage über freie Schulen ist recht überschaubar. Die Literatur über Geschichte(n) und Gegenwart freier Alternativschulen beschränkt sich weitgehend auf Einzelstudien über einzelne Projekte oder spezifische Theoretiker, während eine Gesamtdarstellung dieses Themenkomplexes noch fehlt. Matthias Hofmann, der selber Lehrer an einer freien Alternativschule und Mitglied des Vorstands der Bundesvereinigung Freier Alternativschulen ist, hat mit seiner Einführung einen Versuch gestartet, diese Lücke zu füllen. Auf ca. 150 Seiten liefert er eine thematisch auf fünf Aspekte fokussierte Einführung: Ausgehend von den Vordenkern der modernen Alternativpädagogik, Beispielen von reformpädagogischen Ansätzen (jeweils separat) in Form von 5 Kapiteln, die sich in Ansätze in Deutschland, Rest von Europa und im angelsächsischen Raum bis zu den aktuellen Ansätzen seit 1968 unterteilen. Diese Einführung ist nun beim Verlag Klemm & Oelschläger erschienen, d.h. einem u.a. auf Literatur zu Alternativpädagogik spezialisierten Verlag.

Die gängigen Ansätze der Alternativschulpädagogik werden von Hofmann weitgehend abgedeckt. Dem geringen Umfang verschuldet ist der Platz für die einzelnen Kapitel begrenzt und die Darstellung fällt teilweise etwas oberflächlich aus. Sein Blick auf die einzelnen Aspekte ist der eines Praktikers, was die Stärke als auch gleichzeitig seine Schwäche ausmacht. Als Stärke erweist sich, dass er einzelne Aspekte, wie die praktische Umsetzung ihrer theoretischen Ansprüche fokussiert, die in den meisten Werken von eher theoretisch orientierten Forschern ignoriert werden. Gleichzeitig fehlt ihm aber auch zum Teil das adäquate Wissen zu den einzelnen Vertretern und Projekten.

Der von ihm gewählte Ansatz, auch kritische Aspekte von Alternativschulen zu thematisieren, ist notwendig und mutig. Zeitweilig verläuft er sich allerdings bei seinen Diskursen. So erscheint mir eine Auseinandersetzung mit der Rassentheorie Rudolf Steiners irrelevant. Solche Aspekte tangieren sein Erziehungskonzept nur nachrangig. Relevanter ist schon die von ihm aufgeworfene Frage nach dem pädagogischen Eros, die leider theoretische Schwachstellen aufweist.

Seine besondere Stärke liegt in seiner analytischen Darstellung der aktuellen pädagogischen Ansätze im letzten Kapitel. Dieses Kapitel basiert weitgehend auf Interviews mit LehrerInnen von Alternativschulen. Dabei gräbt er auch ein bislang kaum bekanntes Kapitel – die Alternativpädagogik in der DDR – aus.

Trotz kleinerer Schwächen bietet dieses Buch sicherlich einen guten, ersten Einstieg in den Themenkreis „Alternativschulen“. Die wichtigsten Ansätze werden thematisiert und Hofmann liegt es auch fern, eine unkritische Lobhudelei auf Alternativschulen abzugeben.

Maurice Schuhmann

Matthias Hofmann: Geschichte und Gegenwart Freier Alternativschulen. Eine Einführung, Verlag Klemm und Oelschläger 2013, ISBN: 978-3-86281-057-4, 160 S., Preis: 14,80 Euro.

Der Krimi als subversives Medium

Das Kulturelle – und dabei besonders die Trivialkultur – stützt die bestehenden Machtverhältnisse. So oder so ähnlich formulierte es Antonio Gramsci. Else Laudan hat aus dieser Erkenntnis ihre Schlüsse gezogen und versucht die Machtverhältnisse mit der Verbreitung subversiver Trivialkultur zu stören.

Laudan ist die Tochter der Philosophin Frigga Haug und Herausgeberin der Ariadne Kriminalromane, bei denen es sich explizit um Krimis von Frauen für Frauen handelt. Der Impetus ist klar ein emanzipatorischer: Frauen als Hauptkonsumenten von Kriminalromanen sollen mit dieser Krimireihe die Möglichkeit der Identifikation mit Frauenbildern abseits der hegemonialen Heteronormativität erhalten. Ein wunderbarer Ansatz – gerade, wenn das Ergebnis derart spannende Unterhaltungsliteratur wie der Erstling „Balthasars Vermächtnis“ von Charlotte Otter ist.

Die Handlung führt uns ins Post-Apartheid-Südafrika der Jahrtausendwende. Gesellschaftliche Spannungen sind an der Tagesordnung. Demokratisierungsprozesse kollidieren mit der in den Köpfen der Menschen immer noch bestehenden Apartheid, während Modernisierungsbemühungen immer wieder Rückschläge durch einen tief sitzenden Aberglauben in der Bevölkerung erfahren.

Die Kriminalreporterin Magdalena Cloete, genannt Maggie, wird in einen rätselhaften Mordfall verwickelt. Von den Behörden wird der Tod eines Mitarbeiters der Aids-Hilfe als Raubüberfall abgetan. Angesichts der Situation in Pietermaritzburg ist das zwar plausibel, aber es gibt Indizien, die in eine andere Richtung weisen. Maggie ist fest überzeugt, dass es ein persönliches Motiv für die Tat gab. Also ermittelt sie auf eigene Faust.

Ihre Ermittlungen führen Maggie in die Sphäre der politischen Korruption und der organisierten Kriminalität Südafrikas. Doch auch die familiären Verhältnisse des Opfers geben Rätsel auf. Und welche Rolle spielt der betrügerische Dr. Schloegel mit seiner unwirksamen Aids-Kur? Bald schon gerät Maggie selbst ins Visier eines stadtbekannten und gefährlichen Gangsterbosses. Doch neben neuen Feinden findet sie auch neue Verbündete und bringt langsam Licht ins Dunkel der Verstrickungen.

Otters Debut hat die Zutaten für einen guten Kriminalroman: Einen Mord, korrupte Politiker, verschlagene Gangster, ein Familiendrama, die obligatorische Liebesgeschichte und am Ende eine überraschende Auflösung. Und fast nebenbei werden die Kernprobleme der gegenwärtigen südafrikanischen Gesellschaft abgehandelt. Otter schafft es, einen Einblick in diese oft so fern erscheinende Wirklichkeit zu geben, der sie ganz nah wirken lässt. Das Ergebnis ist ein von vorne bis hinten spannender Frauenkrimi, den man ohne Bedenken sogar Männern vorsetzen kann.

Rahel Wusterack

Charlotte Otter: Balthasars Vermächtnis, Ariadne Kriminalromane, Argument Verlag, Hamburg 2013, 13 EUR

Veranstaltungshinweis: Der Buchladen Osterstraße in Hamburg bietet zusammen mit Ariadne und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg unter dem Titel „Der Krimi ist politisch“ eine Veranstaltungsreihe an. Weitere Termine: 28.10. und 25.11.2013.
Infos unter: http://www.argument.de/download/Krimi-ist-politisch_Veranstaltungsreihe-in-HH.pdf.

338

iz3w

Fairer Handel – Kaufend schreiten wir voran

Außerdem: ▸ Filme aus Nord- und Südafrika ▸ Proteste in der Türkei ▸ Vergangenheit in Guatemala ▸ Critical Whiteness ... *52 Seiten, € 5,30 + Porto* auch als PDF-Download

iz3w · *PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org*

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

ALT, PFLEGEBEDÜRFTIG, KÄMPFERISCH

Selbstbestimmung als Forderung und Gegenstand politischer Fantasie

Für viele ältere Menschen ist Pflegebedürftigkeit, so die Soziologin Stefanie Graefe, ein „hochgradig angstbesetztes Thema.“ Sie erscheine ihnen „als Synonym von ‚Abhängigkeit‘ und ‚Fremdbestimmung‘, wenn nicht sogar als ‚Ende des Lebens‘“.

▲ Gymnastik mit Bällen Foto Kommune Niederkaufungen

VON MICHAEL ZANDER, BERLIN ● Bestätigt und zugleich erweitert wird diese Einschätzung durch eine Umfrage, die Infratest im Dezember 2012 im Auftrag der Deutschen Hospiz Stiftung durchgeführt hat. Demnach erklärten 52 % der rund 1000 Befragten, sie würden sich, falls sie in einem Jahr Pflege benötigten „beim Suizid begleiten lassen“.

Mehrheitlich einverstanden waren damit sind nicht nur die Älteren, sondern alle Altersgruppen ab 14 Jahren, wobei die Zustimmung der 40 bis 49jährigen mit 63 % am größten ausfiel. Angesichts dieser Ergebnisse forderte die Patientenschutzorganisation unter anderem, es müssten sich „die Rahmenbedingungen für schwerstkranke und pflegebedürftige Menschen ändern“, damit niemand mehr sage: „Lieber tot als pflegebedürftig.“

Genau besehen dürften sich hinter der Angst vor Pflegebedürftigkeit zwei verschiedene Bedrohungen verbergen. Zum einen befürchtet man den Verlust körperlicher und/ oder kognitiver Fähigkeiten, zum anderen die Auslieferung an fremde Entscheidungen und fremdgesetzte Bedingungen. Beide Ängste hängen der Sache nach aber nicht notwendigerweise miteinander zusammen. Je nach den konkreten Bedingungen des Pflegearrangements kann man schon bei relativ geringfügigen Einschränkungen der Willkür anderer Menschen ausgesetzt sein; umgekehrt ist es möglich, dass man auch bei schwerer Pflegebedürftigkeit die Freiheit eigener Entscheidungen und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben genießt.

Diffuse Ängste vor Pflegebedürftigkeit im Alter dürften eine nicht unwesentliche Rolle dafür spielen, wie über das Thema öffentlich geredet wird. Eher selten sind aggressive Untertöne zu hören, wie sie etwa im Szenario zum Ausdruck kamen, das Peter Sloterdijk 1996 auf einem Kongress für Gerontologie entwarf: Darin bezeichnete der konservative Philosoph alte Menschen als „neue Weltmacht“, die er mit Naturkatastrophen assoziierte. Verbreiteter ist gegenwärtig die Propagierung von rastloser Betriebsamkeit im „aktiven Alter“, was nach Ansicht der Soziologin Silke van Dyk und des Soziologen Stephan Lessenich als „Verdrängungsangebot“ angesichts negativer Erwartungen für die späteren Lebensabschnitte fungiert (WSI Mitteilungen 10/2009). An seriösen Auseinandersetzungen mit dem Thema fällt auf, dass Pflegebedürftigkeit im Alter vorrangig als Versorgungsproblem behandelt wird – so als könne man, sofern man selbst betroffen ist, nicht mehr verlangen, als im medizinischen und pflegerischen Sinne versorgt zu sein.

Vorherrschend ist die Draufsicht auf Pflegebedürftigkeit im Alter. Demgegenüber wird eher vermieden, sich vorzustellen, wie es wäre, selbst Hilfe zu benötigen. Dies verhindert zum einen die Auseinandersetzung mit den eigenen Ängsten, aber auch mit der Frage, wie man selber würde leben und behandelt werden wollen und was man von der Gesellschaft fordern sollte.

Zur Anregung der politischen Fantasie ist es sinnvoll, nach geeigneten Modellen und Vorerfahrungen zu suchen. Hier bietet sich ein Blick auf die Konzepte der Behindertenbewegung an. Diese stellt seit etwa den 1970er Jahren die Forderung nach „Selbstbestimmung“ in den Mittelpunkt. Diese bedeutet, vereinfacht gesagt, im Alltag all das tun zu können, was nichtbehinderte Mitmenschen auch tun – nach eigener Entscheidung etwa zu einer bestimmten Zeit den Tag beginnen, das Essen auszuwählen, Besuch zu empfangen, die Toilette aufzusuchen oder die Wohnung zu verlassen.

Linke haben gelernt, dem Begriff der Selbstbestimmung zu misstrauen, weil diesem im neoliberalen Kapitalismus repressive Bedeutungen untergeschoben wurden, etwa der Verlust von Solidarität und sozialer Sicherheit. Im Zusammenhang mit Behinderung wird Selbstbestimmung häufig mit Selbstständigkeit verwechselt, es handelt sich aber um zwei grundverschiedene Sachverhalte: Selbstständigkeit heißt, etwas ohne fremde Hilfe tun zu können. Selbstbestimmung beschreibt dagegen die Freiheit, über Dinge selbst entscheiden können, auch wenn man bei der Umsetzung die Unterstützung anderer Menschen benötigt. So verstanden hat dieser Begriff nach wie vor emanzipatorisches Potential. Die Hilfe anderer Menschen erscheint hier im besten Fall nicht als Grenze, sondern als Verwirklichung der eigenen Freiheit.

Zur Umsetzung ihrer Forderung hat die Behindertenbewegung das Modell der „Persönlichen Assistenz“ entwickelt. Es handelt sich dabei um einen Gegenentwurf zur konventionellen Pflege: Assistenz ist zunächst ein Zeitraum, der von einer bis zu 24 Stunden täglich reichen kann, in dem der hilfebedürftigen Person eine Assistentin oder ein Assistent zur Verfügung steht. Innerhalb dieses Rahmens kann die/ der „Assistenznehmer/in“ entscheiden, wer bei ihr/ ihm arbeitet und was wie getan wird. Außenstehenden mag dies unrealistisch erscheinen, Tatsache ist aber, dass es in den meisten großen deutschen Städten ambulante Dienste gibt, die nach diesem Modell arbeiten, wenngleich es in der Praxis noch einige Defizite gibt.

Einer Anwendung dieses Modells auf Hilfebedürftigkeit im Alter stehen vor allem zwei Umstände entgegen: Zum einen ist der Bereich unterfinanziert; wo alte Menschen professionelle Pflegeleistungen erhalten, wird ihr Bedarf auf körpernahe Verrichtungen reduziert. Insbesondere Leistungen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werden häufig nicht gewährt. Zum anderen schreibt das konventionelle Verständnis von Hilfe der Pflegekraft die ganze Verantwortung für den Prozess und das Ergebnis der Pflege zu; die hilfsbedürftige Person wird dabei auf die eher passive Rolle einer Patientin oder eines Patienten reduziert.

Ein weiterer Einwand könnte lauten, dass Assistenz für viele alte Menschen eine Überforderung darstelle, insbesondere im Fall einer kognitiven Beeinträchtigung. Allerdings kann das Modell flexibel verwendet und auf individuelle Bedürfnisse hin angepasst werden. Dass nicht alles für alle sofort möglich ist, heißt ja nicht, dass gar nichts möglich wäre. Außerdem darf man sich bzw. alte Menschen nicht unterschätzen. Auch behinderten Menschen wurde früher pauschal die Fähigkeit abgesprochen, selbstbestimmt zu leben.

Ursprünglich wurde Assistenz als hauptsächlich professionelle Hilfe angestrebt, im Alter findet Pflege jedoch meist in der Familie statt. Abgesehen davon, dass viele Angehörige professionelle Unterstützung gut gebrauchen könnten, lassen sich manche Prinzipien der Selbstbestimmung auch in familiären Beziehungen umsetzen, wobei hier die (gegenseitige) Abhängigkeit und die affektive Nähe – im Guten wie im Schlechten – größer sind.

Neue Generationen werden alt, eine Minderheit der Alternden wird Hilfe brauchen. Die Bescheidenheitsethik früherer Zeiten wird vielen dieser Menschen fremd sein, vielmehr werden sie sich Gedanken darüber machen, was sie für ein gutes Leben auch bei Hilfebedarf brauchen. Manche von ihnen haben politische Vorerfahrungen, und Protestbewegungen sind nicht mehr notwendigerweise Jugendbewegungen. Vielleicht gelingt es in politischen Bündnissen, die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben auch im Alter durchzusetzen. Einen solchen Ansatz verfolgen Pflegebedürftige und Pflegekräfte beispielsweise in den USA, also unter den Bedingungen eines rudimentären Sozialstaats, wie Laura Flanders in der Zeitschrift Luxemburg (1/2013) beschreibt. Ein erster Schritt in Richtung politischer Handlungsfähigkeit wäre jedenfalls, die Angst vor der (eigenen) Zukunft zu überwinden. ●

Angaben zum Autor:
Michael Zander ist Psychologe und Aktivist der Behindertenbewegung. Er promoviert an der FU Berlin zum Thema „Autonomie bei (ambulantem) Pflegebedarf im Alter“ und lebt in Berlin.

EINGESCHRÄNKTE TEILHABE

Mobi-HelferInnen geben zu Protokoll

Mit zunehmendem Alter und abnehmender Gesundheit konzentriert sich das Leben der meisten Menschen weitgehend auf ihre Wohnung und den umliegenden Stadtteil bzw. auf die nahe Umgebung. Die Möglichkeit, die eigene Wohnung verlassen und mobil bleiben zu können, ist für einen selbstbestimmten Alltag aber wesentlich und für die meisten alten und behinderten Menschen ein zentrales Thema. In Berlin bieten öffentlich geförderte Mobilitätshilfedienste ihre Dienstleistungen an. Ein Bericht über die Arbeitsbedingungen der „Mobi-HelferInnen“ auf Basis von Gesprächen mit einzelnen Betroffenen.

VON JOACHIM MAIWORM, BERLIN ● In allen Berliner Bezirken können seit Mitte der 80er Jahre Ältere und Menschen mit Behinderungen, die ihre Wohnung nicht ohne fremde Hilfe verlassen können, die Angebote von Mobilitätshilfediensten nutzen. Die Infrastruktur wird in großen Teilen vom Senat finanziert, das Personal überwiegend über sogenannte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Jobcenter getragen, aber auch Ehrenamtliche engagieren sich. Viele HelferInnen sind auf Basis von „Arbeitsgelegenheiten“ nach dem SGB II, der „Bürgerarbeit“ und des Bundesfreiwilligendienstes tätig. Offensichtlich ist es mit der Freiwilligkeit nicht immer weit her. Dass manche Erwerbslose direkt in diese Arbeit gezwungen werden, ist kein Geheimnis.

Die meisten Betroffenen „stocken auf“, erhalten also zusätzliche Leistungen vom Jobcenter. Auch von richtigen „Maßnahmekarrieren“ wird berichtet. Also von Fällen, wo einzelne Erwerbslose nach Beendigung einer Jobcenter-Maßnahme freiwillig und unbezahlt weiterarbeiten bis zum Einsetzen der nächsten Maßnahme.

Der Arbeitsablauf in aller Kürze: Wenn alte bzw. behinderte Menschen den Hilfedienst in Anspruch nehmen wollen, melden sie sich bei dem Träger, der den HelferInnen täglich eine Liste mit den aufzusuchenden Personen aushändigt. Sie werden jeden Tag neu eingeteilt und besuchen die Leute zu Hause, d.h. sie kommen auch zu Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige. Den Wünschen der Betroffenen entsprechend begleiten sie sie bei kleinen Spaziergängen mit dem Rollator oder bei Fahrten mit dem Rollstuhl. Vor allem aber wollen die Leute eine Hilfe beim Einkaufen und eine Begleitperson für Arztbesuche.

Kritikpunkte

Der häufige Wechsel der Mobi-HelferInnen ist für die älteren Menschen nicht günstig. Isolation und Einsamkeit gehören bekanntlich zu den größten Problemen vor allem der alleinstehenden Älteren. Viele Leute, die sich eine Mobi-Hilfe bestellen, wollen im Grunde nicht nur mobiler sein, sondern suchen schlicht Möglichkeiten zur Kommunikation. Wenn ein regelmäßiger Kontakt aber nicht möglich ist, lässt sich auch keine persönliche Beziehung aufbauen, die über die reine Dienstleistung hinausgeht. Auch motivierte und engagierte BegleiterInnen haben meistens einfach nicht die Zeit, Kontakte zur jeweiligen Nachbarschaft herzustellen oder andere Ideen umzusetzen, um die Betreffenden „unter die Leute zu bringen“. Auch werden sie von dem jeweiligen Träger nicht mit Informationen über die Klienten versorgt, es fehlen Arbeitsmittel, um etwas Kreatives und Sinnvolles mit den alten Menschen zu unternehmen. Ein ganzheitliches Pflegeverständnis würde natürlich bedeuten, dass auch die sozialen Bedürfnisse der älteren und der behinderten Menschen wenigstens zum Teil befriedigt werden können. Dazu gehört als Voraussetzung auch die Möglichkeit zur Mobilität. Die Tätigkeit der HelferInnen müsste insofern als normale Sachleistung im Rahmen der Pflegeversicherung abzurechnen sein. Aber das Prinzip der „Satt-und-sauber“-Pflege sieht das nicht vor.

Für einkommensschwache Menschen sind die entstehenden Kosten, die Eigenbeteiligungen von jährlich 40 bis 80 Euro, relevant. Die Summen werden in der Selbstdarstellung der Hilfedienste zwar als „geringe Bearbeitungsgebühr“ bezeichnet, aber bei der zunehmenden Altersarmut hindern diese Beträge nicht wenige Personen daran, Begleitungen anzufordern. Viele alte Menschen kennen zudem ihre Rechte nicht und haben von den Mobilitätshilfediensten noch nie gehört. Ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen zu können, setzt jedoch Wissen und Informationen voraus.

Mit Blick auf die Arbeitskräfte, die Mobi-Helfer, bleiben ebenfalls gravierende Mängel festzuhalten: Sie absolvieren zwar einen Rollstuhl- sowie einen Erste-Hilfe-Kurs und werden in den ersten 14 Tagen bei ihrem Job selbst begleitet. Aber eine ausreichend qualifizierende Einarbeitung findet nicht statt oder wird von Fachfremden durchgeführt. Der häufige Wechsel der Klienten – zumeist ohne nachvollziehbare Begründung von der Leitungsebene angeordnet – belastet zudem auch die Hilfskräfte. Die interne Kommunikation lässt offensichtlich ohnehin zu wünschen übrig. Über einen fehlenden internen Austausch im Rahmen von Teams wird ebenso geklagt wie über ausbleibende Supervisionen.

Mobilitätshilfedienste müssen selbstverständlich als sogenannte reguläre Arbeit gelten und anständig bezahlt werden. Dass hauptsächlich Personen in „arbeitsmarktorientierten Maßnahmen“ als Begleiter tätig sind, sagt wohl genug aus über die fehlende gesellschaftliche Wertschätzung der Autonomieansprüche alter bzw. behinderter Menschen und der im sozialen Bereich Arbeitenden. ●

WER PFLEGT UNS...

...wenn wir alt sind?

Arbeit und Arbeitsgesellschaft sind nicht deshalb in der „Krise“, weil es nicht genügend zu tun gäbe, sondern weil unter Arbeit vorwiegend industrielle Arbeit, die der Herstellung und Umgestaltung von Waren dient, verstanden wird. Der größte Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit tritt nach wie vor nicht als Arbeit in Erscheinung.

▲ Solidarität im Berliner Schillerkiez in Neukölln mit den Alten, die in der Stillen Straße in Pankow ein Haus besetzten. Der Schillerkiez wehrt sich derzeit gegen Verdrängung. © Zacke 2012

VON GISELA NOTZ, BERLIN ● Es sind die unbezahlten Arbeiten in der Familie und in anderen (Zusammen)lebensformen, bei der Erziehung der Kinder, der Pflege der Alten, Behinderten und Hilfsbedürftigen, in der Nachbarschaftshilfe, im sozialen Ehrenamt und in der Selbsthilfe . Diese Arbeiten gehen der Gesellschaft ganz gwiss nicht aus. Die einseitige Zuweisung dieser Arbeiten an Frauen hat erhebliche Auswirkungen auf ihre Lebens- und Arbeitsbiografien.

Die Diskussion um den „aktivierenden“ Staat, der Zivilgesellschaft, um Engagement hat wieder Konjunktur. Soziale, gesundheitliche und kulturelle Versorgung werden großflächig reprivatisiert, staatlichen Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen dem „freiwilligen“ Engagement übergeben. Bestehende primäre und sekundäre Netzwerke werden hoffnungslos überlastet. Durch die ‚steigende Erwerbsneigung‘ der Frauen (West) und die ‚ungebrochene Erwerbsneigung‘ (Ost) kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass Frauen diese Arbeiten weiterhin kostenlos und aus (Nächsten) liebe übernehmen. PolitikerInnen verweisen immer wieder darauf, dass soziale Kontakte und Teilhabe, die die Gratisarbeit bietet, wichtiger seien, als Geld. „Freiwilliges“ Engagement soll glücklich, gesund und zufrieden machen, weil man aktiv das eigene Lebensumfeld mitgestalten kann.

Die meisten Männer arbeiten in Rettungsdiensten und in der Freiwilligen Feuerwehr (Anteil Männer 84 %). Sie leisten diese gesellschaftlich außerordentlich wichtige Arbeit neben ihrer bezahlten Berufsarbeit. Das tun auch diejenigen Männer, die ehrenamtlich im Bereich Politik/politische Interessenvertretung arbeiten (Anteil 73 % Männer) und im Bereich berufliche Interessenvertretung (69 %). Die letztgenannten beiden Bereiche sind die Bereiche, in denen die Entscheidungen die Arbeitsplatz, Gemeinwesen und Gesellschaft zum Gegenstand haben, getroffen werden. Für sie gilt zudem, was auch für die Bereiche Sport (Anteil 66 %), Kultur und Musik (63 %), Freizeit und Geselligkeit (57 %) außerschulische Jugendarbeit (63 %), Justiz/Kriminalitätsprobleme (74 %), in denen Männer überrepräsentiert sind, gilt: Männer geben für ihre Tätigkeiten seltener der Beruf auf, als Frauen für die Übernahme von Sorge- und Pflegearbeiten. Sie stellen zudem attraktivere, mit mehr Ansehen und Einfluss versehene und besser mit Ressourcen ausgestattete Ehrenämter dar, als solche die nach "klassischem Sozialmief" riechen und in denen angeblich "Dilettantismus, Randständigkeit und aufgezwungene bzw. eingelebte Selbstbescheidung" überwiegen (Olk 1998, 39). Es sind dann auch die im Gesundheitsbereich arbeitenden (Frauen), die sich nach der "neuen Studie" am ehesten überfordert fühlen. Immerhin 40 % geben an, dass sie von ihrer Arbeit "manchmal überfordert" sind. Die übrigen fühlen sich ganz überwiegend ihren Aufgaben gewachsen und nur jeder vierte fühlt - sich insgesamt gesehen - bisweilen überfordert (BMfFSFuJ 2000 a). Auch in dieser Hinsicht wäre eine Differenzierung nach Geschlecht und Leitungs- bzw. ausführender Funktion sinnvoll, da solche Überforderungen nicht nur negative Auswirkungen auf die Ehrenamtlichen selbst, sondern auf die durch sie Betreuten und auf die Qualität der übernommenen Aufgaben haben. Erst durch eine solche Differenzierung würde es möglich, Konsequenzen für eine Veränderung von Inhalt und Gestaltung der Arbeit abzuleiten (vgl. Notz 2000).

Obwohl mehr als ein Drittel aller bundesdeutschen Menschen „freiwillig“ und unentgeltlich engagiert sind (TNS Infratest u.a. 2009), verweisen ExpertInnen darauf, dass die Engagierten für die Zukunft nicht ausreichen. Noch seien nicht alle Potenziale voll erschlossen, viele Menschen seien bereit, sich für „freiwillige“ Arbeit zu engagieren, wenn entsprechende Ermöglichungsstrukturen geschaffen würden. Im Zusammenhang mit aktuellen Kürzungsszenarien wird die neue Potenziale gewonnen werden sollen. In jüngster Zeit waren das die Tafeln, Kleiderkammern und andere „existenzunterstützende“ Maßnahmen.

Schauen wir uns den Altenbereich an. Da gibt es viele unerledigte Aufgaben und die pflegenden Töchter sind hoffnungslos überfordert. Altenpflege ist ein Ausbildungsberuf, er sollte entsprechend aufgewertet und entlohnt werden, das gilt auch für andere soziale Berufe. Es gibt keinen Grund, dass der Umgang mit Menschen niedriger bezahlt wird, als der Umgang mit Maschinen und Computern.

„Freiwilligendienste“ für alle

Seit langem wird in der Bundesrepublik darüber diskutiert, wie die „Freiwilligenarbeiten“ in verbindlichere und verlässlichere Strukturen gebracht, engagierte BürgerInnen stärker in vertragliche Vereinbarungen eingebunden und in personell unterversorgte Bereiche kanalisiert werden können, denn der Personalmangel in den Sozial- und Pflegeberufen ist nicht neu und bestand schon vor der Aussetzung des Zivildienstes. Arbeitsdienste im Sinne von sozialen Pflichtjahren werden immer wieder diskutiert, wären aber ohne Verfassungsänderung schwer durchzusetzen, denn das Grundgesetz Artikel 12 (2) gebietet: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden“. In Abs. 3 steht unmissverständlich: „Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.“ Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern (Notz 2005, 39 f.).

Freiwilligendienste unterscheiden sich vom klassischen Engagement indem die „Freiwilligen“ sich für einen bestimmten Zeitrum verpflichten, ein bestimmtes Stundenkontingent pro Woche ableisten, das in einem Vertrag festhalten lassen und dafür ein kleines Taschengeld bekommen. Freiwilligendienste für Jugendliche gibt es schon lange, nun geht es um die Älteren. Für sie gab es seit 2005 „generationsübergreifenden Freiwilligendienste“, für die sie sich gegen Auslagenersatz und Weiterbildung für einige Stunden in der Woche engagieren mussten. Mit dem „Gesetz zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes“ hat die Bundesfamilienministerin ab April 2011 – gleichzeitig mit dem Aussetzen des Zivildienstes - für Menschen aller Generationen ein völlig neues Arbeitsverhältnis geregelt. In der Gesetzesbegründung wird es „öffentlicher Dienst des Bundes eigener Art“ genannt; ein Gutachten des DGB spricht von „nicht gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung“. Zwischen dem „Freiwilligen“ und dem „Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben“ wird eine Vereinbarung abgeschlossen, die mit einer Verpflichtung für einen vollen Arbeitstag (40 Stunden, mehr als 20 Stunden für über 27jährige) über mindestens 12 Monate hinweg verbunden ist und mit einem Taschengeld (maximal 336 € monatlich) entlohnt wird. Der BFD ist als „Lerndienst“ angelegt und wird in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, außerschulischen Jugendbildung, für Jugendarbeit, Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege, Behindertenhilfe, Kultur und Denkmalpflege, Sport, Integration, des Zivil- und Katastrophenschutzes und für den Bereich des Umwelt- und Naturschutzes, der Bildung zur Nachhaltigkeit, vermittelt. TeilnehmerInnen sind Mitglied in der gesetzlichen Renten-, Unfall-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Nach Abschluss des Dienstes bekommen sie ein Zeugnis.

36.792 Bundesfreiwillige waren Ende April 2013 im Einsatz (Haß/Beller 2013, 2). Davon waren 18.735 Frauen und 18.057 Männer. Über die Verteilung nach Arbeitsgebieten werden keine Angaben gemacht. 41 % sind über 27 Jahre alt. In den westlichen Bundesländern sind es 18,6 Prozent in den ostdeutschen inklusive Berlin sogar 76,5 Prozent. Das ist nicht verwunderlich, denn in den östlichen Ländern ist die Erwerbslosigkeit und Aussichtslosigkeit auf einen existenzsichernden Job viel höher. Offensichtlich beraten auch mehr Arbeitsagenturen in solche „Arbeitsstellen“. Seit dem 1. Januar 2012 dürfen Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-BezieherInnen 175 € (vorher 60 €) zusätzlich zu ihren Arbeitslosengeldbezügen vom Taschengeld behalten. Das macht den Dienst für Langzeiterwerbslose und für arme RentnerInnen interessanter. Außerdem sind Erwerbslose während des BFD nicht verpflichtet, eine ihnen zugewiesene Arbeit aufzunehmen. Bei der Bewerbung um einen Studienplatz können Wartesemester angerechnet werden. Im Bundestag wird bereits darüber sinniert, ob „Freiwillige“ Ehrenamtliche oder LohnempfängerInnen, also Arbeitskräfte seien (Aktive Bürgerschaft 2012, 1). Die Bundesregierung sieht in ihnen "keine Arbeitskräfte". Das Arbeitsgericht Ulm stellte fest, dass jede Einstellung eines „Bundesfreiwilligen“ eine personelle Maßnahme nach § 99 BetrVG, also mitbestimmungspflichtig ist.

Mit einer Erwerbsarbeit ist der Dienst nicht vereinbar. Auch bei reduzierter Stundenzahl müssen Nebentätigkeiten von der Einsatzstelle genehmigt werden. Der DGB-Bundesvorstand verweist darauf, dass so „ein weiterer Raum für prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen“ wird. Bereits für die Altenhilfe vereinbarte Mindestlöhne werden umgangen. Eine Abgrenzung für die lt. Gesetz “unterstützenden zusätzlichen Tätigkeiten“ dürfte in der Praxis schwer fallen. Ein Blick auf die web-Seiten zeigt, dass viele Angebote nicht arbeitsmarktneutral sind. Bei der Vorstellung des ersten Evaluationsberichtes wurde auf „Tätigkeitsprofile, die stark an Erwerbsarbeit erinnern“, hingewiesen (Anheier 2012, 21). Der DGB kritisiert, dass der BFD „häufig nicht ein zusätzliches und eigenverantwortliches zivilgesellschaftliche Engagement“ darstellt. Er befürchtet, dass in der Kranken-, Alten- und Behindertenpflege bestehende Arbeitsplätze verdrängt und neue Arbeitsplätze verhindert werden (Sommer 2012). Selbst die Beschränkung auf “unterstützende Tätigkeiten” ist nicht unproblematisch. Emotionale Tätigkeiten, die früher integrierter Bestandteil der entsprechenden Berufe waren, werden nun durch Randbelegschaften aus Freiwilligen unterstützt, die nicht mehr unbezahlbar, sondern ganz wenig Wert sind. Das Einrichten von „Tafeln“ mit aussortierten Lebensmitteln für Arme und Hilfsbedürftige mindert den Reichtum der Wohlhabenden ebenso wenig, wie es das Verteilen von Armensuppe der „besser gestellten Damen“ zu Beginn der Industrialisierung getan hat. Es ist aber geeignet, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Hungernden zu demütigen. Sie sind die BittstellerInnen und sie bleiben arm. ●

Ausblick

„Was ich kann, ist unbezahlbar, tun was ich will und nicht was ich muss“, das war einmal ein Slogan zur Kampagne zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001. „Nichts ist erfüllender, als gebraucht zu werden“, ist der neue Slogan mit dem das Familienministerium für den BFD geworben hat. Seitdem entstanden neue Unterschichtungen zwischen verschiedenen Erwerbsarbeitsverhältnissen und den Engagierten. Das führt zu Konkurrenz zwischen den ohnehin schon heterogenen Beschäftigtengruppen. Eine Trennung zwischen Erwerbsarbeit und Engagement ist kaum mehr möglich. „Zeit das Richtige zu tun“ ist ein anderer Slogan zum Bundesfreiwilligendienst. Was aber ist „das Richtige“? Schließlich geht es um die Neu- und Umverteilung aller sinnvollen Arbeit in ihrer (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeitsform (Notz 1989, 182 f.). Dazu brauchen wir Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Vollerwerbsarbeit. Es gilt die Deregulierung zu beenden, professionelle Arbeit auszubauen und existenzsichernd abzusichern. Dann kann das ehrenamtliche Engagement wieder freiwillig und unentgeltlich sein. Das waren seine klassischen Attribute. Es sollte neben der bezahlten Arbeit geleistet werden oder durch eine ausreichende Rente gesichert sein. Und es sollte nicht zum Stopfen aller Löcher im sozialen Netz genutzt werden, nicht nur an den Symptomen herumdoktern, sondern Misstände auf die politische Agenda setzen und darauf dringen, dass sich etwas verändert.

DIE TAGESPFLEGE DER KOMMUNE NIEDERKAUFUNGEN

Demenz, Kollektiv und selbstbestimmtes Leben

Die „Tagespflege Lossetal“ ist 2006 entstanden als ein Arbeitskollektiv der Kommune Niederkaufungen. Im Grundsatzpapier der Kommune Niederkaufungen von 1983 wird die Idee verfolgt, Arbeitsbereiche zu schaffen, die unsere Grundbedürfnisse abdecken und mit denen wir gleichzeitig nach außen Geld verdienen können. Es entstanden die vier Bereiche: Nahrung, Wohnen, Bildung und Gesundheit.

VON JONA KÖNIGES, KOMMUNE NIDERKAUFUNGEN ● Eine Pflegeeinrichtung war in der ursprünglichen Ideensammlung für den Gesundheitsbereich gar nicht vorgesehen. Klar war jedoch schon früh, dass „die Schulmedizin in ihren Exzessen in Frage (zu) stellen und nach und nach immer sinnvollere Heilmethoden an(zu)wenden“ ein „unabdingbarer Inhalt“ für ein Arbeitsprojekt in diesem Bereich sei (Grundsatzpapier der Kommune Niederkaufungen).

20 Jahre nach dem Grundsatzpapier, mit dem Aufbau einer eigenen Rentenorganisation und der Perspektive, vielleicht wirklich in Gemeinschaft alt werden zu können, nahm das würdige Altwerden einen besonderen Stellenwert an. Gesellschaftlich werden Themen wie die Überalterung der Gesellschaft und die stark steigenden Zahlen von dementiell Erkrankten diskutiert und machen auch vor der Kommune nicht Halt. Aus dieser Diskussion heraus entschied sich die Kommune für den Aufbau einer Tagespflege für dementiell Erkrankte, um einerseits den gestiegenen Bedarf an solchen Plätzen zu decken und andererseits auch eine Einrichtung zu haben, wo später einmal die eigenen alten KommunardInnen betreut und selbstbestimmt alt werden können.

Ein weiteres Ziel der Tagespflege war, die pflegenden Angehörigen zu entlasten, die oftmals mit den Symptomen dieser Krankheit sehr überfordert waren: zunehmende örtliche und zeitliche Desorientierung, Vergessen und Verlernen von Wörtern und Handlungen, sich stark verändernde Persönlichkeiten bis hin zu Hypermobilität und Hinlauftendenzen. Die sehr stark steigenden Kosten im Gesundheitsbereich führten zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, die ausnahmsweise auch einmal den Betroffenen zugute kam: „Ambulant vor Stationär!“. Dies bedeutete einfach: Die Pflegebedürftigen so lange wie möglich zu Hause von den Angehörigen mit Unterstützung von professionellen Diensten pflegen zu lassen, bevor sie stationär in ein Pflegeheim kommen, wo erfahrungsgemäß die Kosten schnell explodieren.

Den dementiell Erkrankten kam dies zugute, konnten sie doch dadurch sehr lange ihre Autonomie aufrechterhalten und in den eigenen vier Wänden versorgt werden. Mit den immer neuen Pflegereformen wurde auch schrittweise die finanzielle Situation verbessert. Die Belastungen der pflegenden Angehörigen jedoch, jenseits der Nöte von Zeit und Geld, sind bis heute nicht adäquat aufgefangen worden. Ihren Bedürfnissen nach Information über die Krankheit, dem Erlernen von Techniken im Umgang mit den Betroffenen bis hin zu einer Ver- und Aufarbeitung gemeinsamer Familienerlebnisse und verborgener Traumata wird im Pflegealltag nicht Rechnung getragen.

Den ganzheitlich-gemeinschaftlichen Ansatz setzen wir auch in unseren Betreuungsangeboten um: Wir laden die Kinder aus der Kommune-Kita zum Karneval ein, gehen zum Äpfelpressen in den Saftraum der Obstmanufaktur, kaufen mit den Gästen im kommuneeigenen Hofladen ein und holen mittags mit ihnen das Bioessen aus der Gemeinschaftsküche, wo auch für die Kita, ein Seminarhaus und die Kommune gekocht wird.

▼ **gemeinsames Kochen** | Foto Kommune Niederkaufungen

Was macht die Tagespflege in der Kommune Niederkaufungen nun so besonders im Vergleich zu anderen Tagespflegen in der Region? Zuerst wäre da die Kollektivstruktur zu benennen. Die Tagespflege Lossetal ist das einzige bekannte Pflegekollektiv in Deutschland. Wir versuchen einerseits alle Entscheidungen gemeinsam im Team zu treffen und andererseits unsere Gäste ganzheitlich zu sehen und zu begleiten. Nicht nur aus der Position der FahrerIn, der Pflegekraft, der Küchenmitarbeiterin oder der Betreuungskraft. Da wir Einzelpersonen im Kollektiv sowieso schon mehrere dieser Aufgaben übernehmen und oft von der einen in die andere Rolle wechseln, können wir uns ein umfassenderes Bild machen als eine MitarbeiterIn einer normalen Tagespflege, die nur für einen Betriebsbereich angestellt ist und dadurch auch schnell „betriebsblind“ wird, wenn die Gäste in ihrem abgeschlossenen Bereich nicht mehr „funktionieren“.

Dass die Tagespflege Lossetal als Arbeitsbereich der Kommune geplant wurde und dadurch auch ein Altern in Gemeinschaft erleichtert wird, gibt es viele ehrenamtliche Kräfte in der Gruppe, die die Arbeit in der Tagespflege mit unterstützen. Fahrdienste, Putzdienste, Singstunden und Kaffeedienste mit unsern Gästen werden regelmäßig von KommunardInnen übernommen. Durch das „Mehr an Zeit“, welches nun für die Betreuung einzelner Gäste entsteht, kann den Eigenarten dieser Menschen, ihrer Geschichte und ihren Geschichten mehr Raum zugestanden werden. In einer Zeit, in der Qualitätssicherung wichtiger ist als einmal eine Hand zu halten und wo Windelwechseln und Tablettengaben effektiver erscheinen als Toilettentraining und Empathie, in einer solchen Zeit, in der wir gerade leben, ist das ein vielfaches Mehr an Lebensqualität und an selbstbestimmtem Leben für unsere Gäste.

Für die Arbeit in der Tagespflege Lossetal bedeutet dieses Augenmerk auf jeden einzelnen Betreuungsgast und auch unsere Kollektivstruktur erst einmal ein Mehraufwand an Besprechungs- und Supervisionszeiten, aber ebenso eine wesentlich höhere Kontinuität im Kollektiv. Während in der freien Wirtschaft nach einem Jahr oft das gesamte Personal gewechselt hat, sind in der Tagespflege Lossetal nach fast acht Jahren noch drei MitarbeiterInnen im derzeit achtköpfigen Team von Anfang an dabei. Dass ein Leben ohne Chef und Chefin nicht das einfachste ist, konnten wir in diesem Kollektiv auch schon lernen. Es gibt Konflikte, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können, manchmal sogar nur durch Trennung. Dennoch möchte ich nicht in Pflegeeinrichtungen arbeiten, wie sie heute überall zu finden sind: Mit wenigen Fachkräften, die die Dokumentationen führen müssen und vielen Hilfskräften wie „Ein-Euro-JobberInnen“, Menschen, die in Programme rutschen wie „Arbeit statt Sozialhilfe“, mit SchülerInnenpraktikantInnen und auszubildende Pflegekräfte, die die eigentliche Betreuungsarbeit leisten müssen, welche alle im Monatsrhythmus wechseln und dadurch keine Ruhe und Kontinuität in die Einrichtung bringen können. Das sind ausbeuterische und prekäre Arbeitsverhältnisse für die MitarbeiterInnen und ein Zuviel an Wechsel für die zu betreuenden Gäste.

Sind wir nun nur ein exotisches Pflänzchen, welches nur unter Kommunebedingungen wachsen und überleben kann oder kann die Tagespflege Lossetal auch eine relevante Außenwirkung haben? Ich denke, jede Einrichtung kann als Kollektiv organisiert werden! Eine solche Einrichtung in einer Gemeinschaft zu betreiben ist natürlich ein weiterer Vorteil, muss aber nicht sein. Eine ganzheitliche Sichtweise auf die Gäste ist notwendig und kann diese in ihrer Individualität erfassen und unterstützen. Den Ansatz: „Menschen in Gesellschaft bringen“, aus ihrer Isolation herauszuholen und wieder in die Mitte der Gesellschaft zu integrieren, verfolgt auch der Ansatz des „Quartiersmanagements“: Menschen und Institutionen zusammenzubringen, um eine menschenwürdige Pflege und ein selbstbestimmtes Lebensende ermöglichen zu können. Wir als Pflegekollektiv gehen da einen neuen Weg dieses Ziel zu erreichen, und auch wir suchen immer wieder Mitkollektivistinnen, die uns auf diesem Weg begleiten. ●

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:
Arbeit geschenkt?
Aktueller Schwerpunkt:
Prekäre Beschäftigung als soziale Hängematte für Unternehmen
DA DIREKTE AKTION
Probeheft gratis: www.direkteaktion.org

ZWISCHEN WOHNUNG UND HEIM

Demenz-WGs als Alternative oder Mogelpackung?

Wohngemeinschaften (WGs) für pflegebedürftige Menschen mit und ohne Demenz sind „in“. Nicht zuletzt die mediale Skandalisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Pflegeheimen führt dazu, dass die Angst vor einem Leben im Heim von einem überwiegenden Teil der alten Menschen geteilt wird. Da die stationäre zugleich die teuerste Versorgungsform darstellt, greift die Politik die gewandelten Bedürfnisse der Betroffenen und ihrer Angehörigen auf und setzt zunehmend auf die Verbreitung der alternativen Wohnform – und bedient sich dabei des Diskurses von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung.

VON JOACHIM MAIWORM, BERLIN ● Während noch vor zwanzig Jahren im Pflegefall nur zwei Alternativen offen standen – Hilfe zu Hause durch Angehörige oder professionell in Heimen – haben sich ambulant betreute WGs in den letzten Jahren zur Regelversorgung mausern können. Bundesweit ist ihre Zahl seit Mitte der 1990er Jahre explosionsartig angewachsen, allein in Berlin gibt es heute um die 500 (2006 etwa erst 230). Denn die emanzipatorisch angelegte Idee wurde vom sich entwickelnden Pflegemarkt schnell als lukratives Geschäftsmodell aufgegriffen.

In der Idealvorstellung lassen sich die Vorzüge der WGs, in denen in den meisten Fällen Menschen mit Demenz leben, schnell beschreiben. Zwischen drei und zwölf alte Menschen leben zusammen in einem häuslichen Umfeld mit je einem eigenen Zimmer. Für Betreuung und Pflege sorgen frei gewählte ambulante Pflegedienste rund um die Uhr. Die Trennung von Vermietung und ambulanten Diensten ist garantiert. Mieter und Angehörige bzw. Betreuer sind in die Gestaltung der Gemeinschaftsräume einbezogen und bestimmen auch die Auswahl neuer MieterInnen mit. Durch die persönliche Zuwendung sollen die BewohnerInnen animiert werden, sich aktiv am Alltagsleben zu beteiligen. Die Angehörigen kümmern sich regelmäßig um ihre Bezugspersonen und kontrollieren damit die pflegerische Betreuung. Diese kleinräumige Versorgungs- und Betreuungsform, so die Erwartung der WG-Pioniere vor fast zwanzig Jahren, sollten insbesondere Demenzkranke aus der Isolation herausholen und ihre Selbstbestimmung fördern.

Die Realität aber sieht anders aus. Aus einem ursprünglich nutzergesteuerten Modell, initiiert von Angehörigen und gesetzlichen Betreuern, wurde ein ganz normales Angebot ambulanter Dienste mit entsprechender Gewinnerwartung. Berichte über zum Teil skandalöse Lebensumstände der Pflegeabhängigen bzw. inakzeptable Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte häuften sich (vgl. den Fall der Pflegehilfskraft Angelika-Maria Konietzko, siehe Interview in diesem Schwerpunkt). .Kaum verwunderlich, denn bis zum Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) von 2010 gab es beispielsweise in Berlin keine besonderen Vorschriften für den Betrieb einer Pflege-WG. Rechtlich betrachtet handelte es sich um Privatwohnungen ohne Kontrollmöglichkeit der staatlichen Heimaufsicht. De facto aber organisierten und betrieben Pflegedienste diese Renditeobjekte als quasi rechtsfreie Kleinstheime. Denn der Standard, der eine WG auf privater Basis eigentlich ausmacht – Pflegedienste dürfen nicht gleichzeitig Vermieter sein, die BewohnerInnen müssen den ambulanten Dienst individuell frei wählen können –, wurde in den allermeisten Fällen unterlaufen. Das kommerzielle Interesse der meistens in direkter wirtschaftlicher Verbindung zum Vermieter stehenden Pflegeunternehmen stand damit der Qualität der Pflege und Betreuung im Wege.

Die Situation ist heute jedoch nicht unbedingt besser. Das Berliner WTG legt nicht einmal einen Personalschlüssel fest. Unabhängig von der Anzahl der Pflegebedürftigen muss lediglich eine Hilfskraft zu jeder Tages- und Nachtzeit anwesend sein. Weitere verbindliche und von außen überprüfbare Kriterien über bauliche oder pflegerische Qualität gibt es nicht. Im Gespräch mit Contraste bestätigte Klaus Pawletko, Geschäftsführer des Vereins „Freunde alter Menschen“ und Initiator der ersten Demenz-WG in Berlin Mitte der 90er Jahre, dass es sich bei den WGs auch nach den Kriterien des WTG zu 90 Prozent um kleine Pflegeheime handelt. Nur dass die Prüfungen der Heimaufsicht nicht obligatorisch sind wie in „normalen“ Heimen, sondern lediglich anlassbezogen ablaufen. Angehörige, falls überhaupt vorhanden, wollen oder können sich kaum aktiv engagieren. Zudem würde das „letzte Aufgebot“ in die WG geschickt (Pflegehelfer mit Basisqualifikation) und häufig genug Erwerbslose „in die Pflege geprügelt“.

Sind Demenz-WGs also eine emanzipatorische Sackgasse? Ihre massive Expansion in Berlin und anderswo war nur wegen der Kommerzialisierung möglich. Denn das Konzept stellt ein gutes Geschäft sowohl für die ambulanten Dienste (zugleich Betreiber der WGs), als auch für die Leistungsträger dar. Die Pflegekassen werden durch die im Vergleich zur stationären Unterbringung geringeren Pflegesätze (bei den Pflegestufen eins und zwei) und die entfallenden Kontrollen entlastet, die privaten Dienste können zusätzlich Synergieeffekte nutzen und mit der in der öffentlichen Wahrnehmung attraktiven Wohnform werben.

Die Kritik des Pioniers Pawletko wird von wissenschaftlichen Untersuchungen über die Versorgungs- und NutzerInnenstruktur in den Berliner WGs gestützt. In den Jahren 2006 und 2009 waren nach repräsentativen Erhebungen von ForscherInnen der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin in fast allen WGs nur jeweils ein Leistungsanbieter für die pflegerische und hauswirtschaftliche Versorgung tätig. Die Wahlfreiheit beim Pflegedienst wurde demnach so gut wie gar nicht genutzt. In mehr als der Hälfte aller WGs wurden zudem seltener als einmal im Monat Informations- und Beratungsangebote für Angehörige durchgeführt. Ein besonders enger Kontakt der Angehörigen zu den Pflegebedürftigen war demnach nicht feststellbar. Auch ehrenamtliche Helfer waren lediglich in knapp der Hälfte aller Fälle vor Ort. Die Einsamkeit grassiert also nicht nur in der Verwahranstalt Heim, sondern ebenso in den WGs. Mit der Idee eines teilhabeorientierten gemeinschaftlichen Lebens hat die Alltagswirklichkeit in den allermeisten Senioren-WGs offensichtlich nur wenig zu tun. ●

Ausländer
Deutschland und die Welt 10
Offiziell leben 6,7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Die meisten sind hier geboren oder sind bereits seit über 20 Jahren hier. Sind es überhaupt Ausländer? Oder sind es inländer ohne Staatsangehörigkeit?
Diese Broschüre zeichnet die Ausländerpolitik der letzten 200 Jahre nach, bis zum heutigen Aufenthaltsgesetz, den Integrationskursen und der Diskussion um eine Willkommenskultur. Wie willkommen können sich Ausländer in einem Land fühlen, in dem eine Gruppen von Nazis 14 Jahre lang morden kann, ohne dass die „Sicherheitsbehörden“ etwas dagegen tun?
Reinhard Pohl: Ausländer. 2012. 48 Seiten. 2 Euro
Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

DIE ALTERSARMUT KOMMT...

...in verschärfter Form im Berliner Stadtbezirk Nord-Neukölln

Der nördliche Teil des Berliner Stadtbezirks Neukölln ist seit Jahren vom Prozess der Gentrifizierung betroffen. Steigende Mieten verdrängen Teile der Bevölkerung in Randlagen der Stadt. Weitgehend ausgeblendet in der öffentlichen Diskussion, auch im Rahmen der Mieterproteste, bleibt allerdings die Verdrängung der alten Menschen. Zynisch gefragt: Löst sich also das Problem der Pflege für Nord-Neukölln durch die Verschiebung der Bevölkerung von selbst?

VON ANNE SEECK ● Der Stadtbezirk Neukölln in Berlin ist gespalten, der nördliche Teil wächst und verjüngt sich. Er verzeichnet einen kontinuierlichen Zuzug von „jungen, gebildeten Schichten". Die Zeiten, in denen der Norden Neuköllns Zuzugsort von Armen war, scheint vorüber zu sein. Die jungen Kreativen mischen den Bezirk sozial neu auf. So leben im Schillerkiez noch 9,5 Prozent der Altersgruppe über 65, mit fallender Tendenz. Wo die Alten bleiben, ist weitgehend unbekannt. Wie sieht es im Süden Neuköllns aus? Im Jahr 2010 lag dort das Durchschnittsalter mit 46,4 Jahren zehn Jahre höher als im Norden. Während Nord-Neukölln durch einen starken Wandel gekennzeichnet ist, herrscht im Süden Beständigkeit. Die meisten betagten Neuköllner über 85 Jahre leben im südlich angrenzenden Britz, wie Hartmut Häussermann und Patrick Hausmann in ihrer Studie „Entwicklung der Quartiere in Neukölln" im Vergleich zu anderen (Teil-)Bereichen der Stadt Berlin in den Jahren 2007 bis 2009 belegen.

Grundsicherungsbezug steigt – Renten sinken

In Neukölln leben viele GrundsicherungsbezieherInnen. Die Altersarmut in Berlin steigt insgesamt. Waren es im Jahre 2006 etwas über 50.000 SeniorInnen und nicht voll arbeitsfähige jüngere Menschen, die mit der Grundsicherung auf Hartz IV-Niveau in Berlin auskommen mussten, so wurden im Jahre 2011 bereits knapp 63.000 gezählt. Tendenz weiter steigend, denn auch die Zahl der Alten in der Stadt wächst. Der Senat geht für das Jahr 2030, einem Bericht der Berliner Morgenpost zufolge, in seinen Bevölkerungsprognosen von fast 820.000 Alten in Berlin aus.

Wer im Jahre 2000 erstmalig eine Altersrente bezog und mindestens 35 Jahre gesetzlich rentenversichert war, erhielt im bundesweiten Durchschnitt 1.021 Euro im Monat. Bis 2011 sank dieser Betrag auf 953 Euro. Noch stärker ist das Minus bei Renten wegen voller Erwerbsminderung: Sie verringerten sich bundesweit im selben Zeitraum von 738 auf 634 Euro, so der Tagesspiegel. Ein selbstbestimmtes Leben ist bei diesen Niedrigstrenten also auch jenseits einer Pflegebedürftigkeit kaum möglich.

Gründe der Altersarmut

Es gibt zwei wesentliche Gründe für das Abrutschen in die Altersarmut. Zunächst die Prekarisierung der Arbeit. Mittels der Hartz-Gesetze wurde ein breiter Niedriglohnsektor etabliert. Neukölln ist das Berliner Zentrum der „Aufstocker", also von Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit Arbeitslosengeld II beziehen müssen. In diesem Stadtbezirk ist die Beschäftigung im Niedriglohnsektor am stärksten verbreitet, zudem die Arbeitslosenquote sehr hoch. Ein weiterer Grund ist die Politik der Absenkung des Rentenniveaus, so der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge. Er beobachtet eine Reseniorisierung der Armut. In seiner Veröffentlichung „Armut im Alter" betont Butterwegge daher: „Aufgrund der starken Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsbiographien und prekärer Beschäftigungsverhältnisse, von Ehescheidungen und zahlreicher Kürzungen im Sozialbereich verschiebt sich die Struktur der Armutspopulation mittelfristig wieder in Richtung der Älteren."

Armut ist für alte Menschen besonders deprimierend, weil ihnen die Würde genommen wird. Gleichzeitig ist Altersarmut eine Drohkulisse für die Jungen.

Was ist der Unterschied zwischen 1968 und dem 1. Mai in Kreuzberg?

Damals: Junge demonstrierten und Alte schimpften.
Heute: Junge konsumieren und Alte sammeln Flaschen.

In Berlin nimmt die sichtbare Altersarmut zu. Alte sammeln Flaschen, betteln oder stehen in den Schlangen der Lebensmittelausgaben an. Christoph Butterwegge spricht schon jetzt von einer Dunkelziffer von über eine Millionen Alten in Deutschland, die keine Grundsicherung beantragen, obwohl sie ein Anrecht hätten. Warum beantragen sie keine Grundsicherung im Sozialamt?

Ein Szenario aus dem Neuköllner Grundsicherungsamt (basierend auf Erfahrungen einer Betroffenen):

Stelle Dir vor, Du bist alt oder krank. Weil Deine Rente so gering ist, musst du zum Grundsicherungsamt. Du musst zuerst eine Wartenummer abreißen. Das Wartezimmer ist klein, muffig, lieblos und voll. Dort sitzen SeniorInnen, RollstuhlfahrerInnen, Behinderte oder einfach „nur Kranke". Schroff werden die Nummern aus dem Nebenzimmer aufgerufen, die Tür zum Wartezimmer steht offen. Die gestresste Sachbearbeiterin im Empfangszimmer kanzelt einen alten Mann mit offenbar asiatischen Wurzeln ab und schaut dich an, als ob Du ihr gerade in die Geldbörse greifst. Dann bekommst du eine neue Nummer. Zackig werden die mittels einer Anlage durchgerufen. Da du nicht schnell genug bist, herrscht die nächste Sachbearbeiterin dich an: „Wo bleiben Sie denn, ich habe sie schon dreimal aufgerufen?" Wenn Du deine Unterlagen ausbreitest, reicht ihr das bei weitem nicht. Sie will für einen Antrag auf Grundsicherung: deine letzten Kontoauszüge (das kann für ein Jahr sein), eine Bescheinigung vom Vermieter, eine Auskunft über deine Eltern, Kinder oder geschiedenen Ehemann, Einwohnermeldebestätigung, Einkommens- und Vermögenserklärung, Bescheinigung der Krankenkasse usw. Die Bürokratie erschlägt dich. Schlimmer aber ist der entwürdigende Ton der Sachbearbeiterinnen.

Kleiner Tipp: Keine/r geht allein zum Amt. Weitere Infos finden sich im Leitfaden ALG II/ Sozialhilfe von A-Z, Autoren Frank Jäger, Harald Thomé, 1. Juli 2013, 11 € (http://www.tacheles-sozialhilfe.de/literatur/Leitfaden.html)

▲ alltägliche Szene in Berliner Parks

Und dann auch noch pflegebedürftig?

Die Angst vor Altersarmut wird zusätzlich von der Sorge angetrieben, im Alter pflegebedürftig zu werden. Die Leiterin des Sozialdienstes im Haus Rixdorf in Neukölln berichtet, dass 70 Prozent der BewohnerInnen ihres Heimes auf Sozialhilfe angewiesen sind. Gerade in diesem Berliner Bezirk nehme die Altersarmut zu, was auch an der zunehmenden Verwahrlosung derjenigen abzulesen sei, die ins Heim kämen: „Manche Leute kommen ohne Klamotten an und müssen erstmal aus der hausinternen Kleiderkammer versorgt werden." Das Taschengeld der SozialhilfeempfängerInnen, 103,14 Euro im Monat, bewahre die Heimleitung in einer Kasse auf, so die Vertreterin der Neuköllner Einrichtung. Die BewohnerInnen müssen es sich dann regelmäßig abholen. Bezahlen müssen sie davon Friseur, Hygieneartikel, Fußpflege, Zuzahlungen für Medikamente usw. Wenn bereits alles ausgegeben ist, bleibt die Kasse geschlossen. „Am härtesten trifft es Raucher und Trinker", berichtet sie weiter, „die Leute gehen raus und schnorren". Festgehalten sind diese Zustände in einem Artikel von Sebastian Meyers und Magdalene Webers im Pflegeheimführer Berlin und Brandenburg.

Alt, arm und pflegebedürftig zu sein führt im reichen Deutschland zur zunehmenden Verelendung alter Menschen.

Zugleich scheint Neukölln das Zentrum der prekären Pflegehilfskräfte in der Republik zu sein. Im Rahmen einer Einwohnerfragestunde der Bezirksverordnetenversammlung im Februar 2012 erklärte ein Vertreter des Bezirksstadtrats von Neukölln, dass zum damaligen Zeitpunkt allein in diesem Bezirk 6.718 BezieherInnen von Hartz IV im Pflegebereich tätig waren. Arme Alte treffen auf arme Niedriglöhnerinnen, die ihre eigene Zukunft vor Augen haben. Überhaupt kümmern sich in erster Linie die sozial Benachteiligten um die Pflegebedürftigen. Häusliche Pflegeaufgaben werden am ehesten von (weiblichen) Angehörigen der „traditionellen" bzw. „neuen Unterschicht" übernommen, was oftmals zu starken Belastungen führt. Da Gesundheit weniger ein Ergebnis persönlicher Leistung als der sozialen Lage ist, konzentriert sich das Problem der Pflege in geballter Form in armen Milieus.

Auswege aus der Altersarmut

Laut Bundeskriminalamt machte sich jede/r dritte straffällig gewordene RentnerIn schuldig, weil er/sie seine Rente durch Diebstahl aufbessern wollte. Auf Platz zwei landete die Körperverletzung, auf Platz drei Vermögens- und Fälschungsdelikte. Immerhin 4,31 Prozent leisteten Widerstand gegen die Staatsgewalt, berichtete das Handelsblatt im August diesen Jahres. Aber die Mehrheit der SeniorInnen geht den legalen Weg. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Ruheständler mit einem Minijob auf eine dreiviertel Million angestiegen. Unter ihnen waren im Jahr 2011, Zahlen des Tagesspiegels zufolge, etwa 120.000 Minijobber, die 75 Jahre und älter sind. Na dann, arbeiten bis zum Umfallen... ●

INTERVIEW MIT ANGELIKA-MARIA KONIETZKO

Eine widerständige Pflegerin

VON JOACHIM MAIWORM, BERLIN ● Das Thema „Whistleblowing" steht seit Jahren im Fokus der Öffentlichkeit. Nicht nur wie zuletzt wegen der Bespitzelungswut von Geheimdiensten oder der Enthüllung geheimer US-Dokumente aus dem Irakkrieg, sondern auch mit Blick auf Missstände im Pflegebereich. Bekannt wurde der Fall der Berliner Altenpflegerin Brigitte Heinisch. Bereits Ende 2004 hatte sie das landeseigene Unternehmen Vivantes wegen schwerer Pflegemängel angezeigt. Daraufhin wurde ihr gekündigt. Frau Heinisch musste bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg ziehen, um Recht zu bekommen. Das Gericht bewertete die Kündigung als Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Sie durfte die skandalösen Bedingungen in dem Pflegeheim öffentlich machen. Die Kündigung selbst war damit aber noch nicht vom Tisch und wurde deshalb erneut dem Berliner Landesarbeitsgericht vorgelegt. Im Mai vergangenen Jahres endete dort der Rechtsstreit mit einem Vergleich.

▲ Ein alter Mann, der den Müll junger KonsumentInnen einsammelt

Auch andere Beschäftigte im Pflegesektor wehren sich gegen unerträgliche Arbeitsbedingungen und unzumutbare Verhältnisse, die das Leben vieler Pflegebedürftige bestimmen. Einbesonders drastisches Beispiel:

Die Pflegehilfskraft Angelika-Maria Konietzko arbeitete einige Jahre für einen privaten Pflegedienst in Berlin. Sie leistete in einer Wohngemeinschaft für demente Patienten in Nachtschichten die notwendige Betreuung und Überwachung. Von ihrem Arbeitgeber wurde ihr aber Lohn vorenthalten, denn er bezahlte sie lediglich für geringer zu vergütende Bereitschaftsdienste. Frau Konietzko versuchte den ausstehenden Lohn einzuklagen und zugleich gegen die mangelhafte Betreuung der schwerstpflegebedürftigen BewohnerInnen anzugehen. Bei ihrem Engagement gegen diese „gefährliche Pflege" erhielt sie Unterstützung von mehreren Pflegeverbänden. Das hielt den verklagten Geschäftsführer und seinen Anwalt nicht davon ab, die widerständige Angestellte mit Mobbing und Abmahnungen bis in die langfristige Arbeitsunfähigkeit zu treiben. Anschließend erhielt sie krankheitsbedingt eine Kündigung. Nach verlorenen Prozessen wegen Lohnnachzahlung und Mobbing wurde im November letzten Jahres auch ihre Kündigungsschutzklage vom Berliner Landesarbeitsgericht zurückgewiesen. Um auf das bestehende Unrecht hinzuweisen, weigert sich Frau Konietzko konsequent, die Anwaltskosten der Gegenseite zu bezahlen. Daher droht ihr seit Februar 2012 eine mehrmonatige Erzwingungshaft. ●

☞ *http://konietzko.blogsport.de/*

Ein Justizskandal

Die Fragen für CONTRASTE stellte Joachim Maiworm.

Contraste: *Wie ist der aktuelle juristische Stand?*

Angelika-Maria Konietzko: Es laufen momentan drei Verfahren: Erstens ist meine Kündigungsschutzklage beim Bundesarbeitsgericht anhängig (Nichtzulassungsbeschwerde). Zweitens befindet sich die Klage wegen Mobbing jetzt beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg (LAG). Vor kurzem hatte ich einen Erfolg. Der eingesetzte Richter wurde vom LAG auf meinen Antrag hin wegen Befangenheit abgelehnt. Er war mir gegenüber voreingenommen. Drittens hat die Gegenseite einen Strafantrag gegen mich gestellt wegen Beleidigung, übler Nachrede, Verleumdung und sogar Stalking. Völlig absurd! Nur weil ich die Pflegemissstände und die Ausbeutung der dortigen Pflegekräfte, wie ich sie tatsächlich erlebte, ungefiltert geschildert habe.

C.: *Die gerichtlichen Auseinandersetzungen laufen mittlerweile seit sechs Jahren. Gab es Unterstützung für dich?*

A-M Konietzko: Ich habe schon Öffentlichkeit bekommen. Im September 2011 zum Beispiel lief im rbb, in der Abendschau, ein Beitrag über meinen Fall. Aus Anlass meines bevorstehenden Knastantritts in der Justizvollzuganstalt für Frauen in Berlin-Lichtenberg im Februar 2012 gründete sich dann ein Soli-Komitee. Das hat dann eine Pressekonferenz dazu durchgeführt und wollte mich zum Gefängnis begleiten, dort eine Kundgebung veranstalten. Aber der Termin wurde dann ja kurzfristig abgeblasen. Vom Tisch ist die Sache trotzdem noch nicht. Es wurde in der Folge auch eine Soli-Party organisiert, Pressemitteilungen verfasst, ein Blog angelegt, Artikel geschrieben. Da haben sich einige Leute schon reingehängt. Aber im Laufe der Monate wurde das natürlich weniger. Die lange Dauer der juristischen Auseinandersetzungen erschwert die Unterstützungsarbeit halt. Ich bin außerdem Ver.di-Mitglied und würde mir von der Gewerkschaft eine kontinuierliche und offensivere Unterstützung wünschen, weil der Fall ja eine grundsätzliche Bedeutung hat.

C.: *Ein Arbeitsrichter attestierte dir ohne irgendwelche Belege eine Psychose. Welche Auswirkungen hatte das? Wie bewertest du die Rolle der Berliner Arbeitsgerichtsbarkeit in deinem Fall?*

A-M Konietzko: Dieses Urteil des Arbeitsgerichts in der ersten Instanz hat natürlich die nachfolgenden Richter, die mit meinem Fall befasst waren, gegen mich beeinflusst. Nur weil ich legitime Interessen – wie Arbeitnehmer- und Seniorenrechte sowie meine Grundrechte – eingefordert hatte, wurde ich von einem Richter für geisteskrank erklärt! Das ist schlicht ein Justizskandal! Diese Bewertung bleibt ja in den Akten, zieht Kreise und stigmatisiert mich. Generell gilt, dass die Richter bislang an meinen Darstellungen der Pflegerealität kaum interessiert waren, die falschen Darstellungen der Arbeitgeberseite zur Pflegesituation nicht hinterfragt wurden. Und mich stützende Stellungnahmen unabhängiger Pflegefachleute wurden einfach ignoriert.

C.: *Wie gehst es weiter? Wie ist deine Zukunftsperspektive?*

A-M Konietzko: Seit 2007 weigern sich die Berliner Arbeitsgerichte, den Fall aufzuklären, d.h. eine Beweisaufnahme durchzuführen. Nachdem ich jetzt also sechs Jahre die Willkür der Gerichte erleben musste, fühle ich mich zermürbt. Ich habe jedenfalls den Glauben an den deutschen Rechtsstaat verloren. Ich beabsichtige nun, den gesamten Fall dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg vorzulegen.

PROJEKTE

Menschen gesucht, die die Welt ohne Ausbeutung und Herrschaft wollen. Neue Gruppe in Gemeinschaftsprojekt Wukania bei Berlin. Solidarisch, nicht-kommerziell, öko, politisch aktiv, gem. ökonomie, DIY. Baustelle.
Platz für deine Ideen: werkstätten, polit-arbeit, kollektivbetriebe, garten, teilw. selbstversorgung...
Tel.: (01 51) 15 40 52 59
E-Mail: betti(at)wukania.net

Nette Nachbarn gesucht! (Vokü, Carsharing) Anwesen mit 2 Häusern, 1 Haus zu vermieten (Aschaffenburg 10km) Infos und Bilder und wonnprojekt-bessenbach@gmx.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN - ein Generationen verbindendes Projekt: Lebenserinnerungen als gebun-denes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail:
arianedettloff(at)ina-koeln.org
Tel.: (02 21) 31 57 83

Möchtet Ihr mehr wissen? Vorträge, Workshops und Seminare zu Themen rund um Solidarische Ökonomien:
Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragón im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien.
Elisabeth Voß,
post@elisabeth-voss.de
Tel.: 0049 – (0) 30 – 216 91 05,
☞ *www.elisabeth-voss.de*

Paris – jenseits touristischer Klischees erleben. Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Boheme an. Nähere Informationen auf Anfrage – maurice.schuhmann@yahoo.fr

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: info@contraste.org
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr 51512405

CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, ☞ www.attac.de/koennern/villa / 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Print: Antonia Schui, E-Mail: antonia.schui@contraste.org, Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: elisabeth.voss@contraste.org, ☞ www.elisabeth-voss.de, Christoph Chang, ☎ christoph.chang@riseup.net, Karl-Heinz Bächstädt, E-Mail: karl-heinz.baechstaedt@contraste.org, Radio: Elisabeth Voß und Johannes Dietrich, E-Mail: johannes.dietrich@contraste.org / 22769 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bernd.huettner@contraste.org / 30167 Hannover, Redaktion Hannover, Ulrike Kumpe, E-Mail: ulrike.kumpe@contraste.org / 34117 Kassel, Redaktion Kassel, Sabine Conti. E-Mail: info@sconti-projektberatung.de / 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@contraste.org / 39624 Badel, Redaktion Badel, Steffen und Vadim, E-Mail: kontakt@netz.coop / 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 59 38 900, E-Mail: heinz.weinhausen@contraste.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: ariane.dettloff@contraste.org / 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / Österreich: AT-8010 Graz, Brigitte Kratzwald, ☎ 0043-699 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / AT-9020 Klagenfurt, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ 0043-46 34 18 590, E-Mail: hans.wieser@contraste.org / F-75018 Paris, Maurice Schuhmann, 0033 – 611 46 30 46, E-Mail: maurice.schuhmann@contraste.org

Fachredaktionen:
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23, 🖷 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de / Kritik der Geldlogik: 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: ulifrank@unverdient.de / Sellstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de

Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für CONTRASTE getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes die Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.

V.I.S.D.P.: Antonia Schui und Ulrike Kumpe über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: anzeigen@contraste.org, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste%202011.pdf

Herstellung:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: bildredaktion@contraste.org, Giovanni Lo Curto
IT-Betreuung: Vadim und Steffen von netz.coop eG,
☞ http://netz.coop,
✉ webmaster@contraste.org
Layout: layout@contraste.org, Adrien Tasic
Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Kontakt:
Allgemeine Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org

Internet:
www.contraste.org

CONTRASTE zwitschert jetzt auch:
twitter: @contraste_org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
☞ *http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste*

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„Die GWR wird auch von 40 Jahren Idealismus getragen, der über Generationen reicht. Der Luxus, sich eine gewisse Sturheit in der politischen Haltung leisten zu können, macht gleichzeitig auch ihre Stärke aus. Auf die nächsten 40 Jahre." (Neues Deutschland, 08./09.09.2012)

Probeheft kostenlos. Abo (10 Ausg.): 30 Euro
Bei: **GWR-Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-2160940-7, Fax: -79, abo@graswurzel.net. Bestellformular unter: www.graswurzel.net/service/**

GWR Nr. 382, Okt.: Schwerpunkt: Wahlnachlese aus anarchistischer Sicht; Schwerpunkt: Krieg in Syrien; Klima-Bewegung; Antifa; Anti-Atom; Widerstand in Griechenland; Oscar Wilde und der „Kuss der Anarchie"; Gustav Landauer; J.J. Cale, ...

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

3 Wochen kostenlos testen

Das junge Welt-Testabo:
· ist kostenlos und unverbindlich
· verlängert sich nicht automatisch
· muß nicht abbestellt werden

Jetzt bestellen unter: www.jungewelt.de/testabo
Telefonisch unter 0 30/53 63 55 50

KLEINANZEIGEN

Kosten:
- Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
- Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)

Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWSt.
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR

Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!**

Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.

Termin: jeweils zum 15. des Monats

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)

Einsenden an:
CONTRASTE e.V. • Postfach 10 45 20 • D-69035 Heidelberg

DIE SINNE SCHÄRFEN!!! JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de
ak analyse & kritik Zeitung für linke Debatte und Praxis

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN // DIE MONATSZEITSCHRIFT

Aktuelle Berichte, Reportagen, Kommentare und Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in Lateinamerika

Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter www.lateinamerika-nachrichten.de

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Kennwort: »Contraste«

LESEN HILFT
www.freiabos.de

TRANSITION TOWNS

Symposium: Pioniere des Wandels- Commons und Transition Towns
15.-16.10.2013

Durch das Symposium sollen Wege geschaffen werden zu einer gesellschaftlichen Transformation in Richtung einer Kultur der Nachhaltigkeit. Die in letzter Zeit viel zitierte Transdisziplinarität soll konkrete Umsetzungen erfahren, indem aus der Veranstaltung heraus gemeinsam Forschungsprojekte konzipiert und initiiert werden.
An dem Symposium werden ausgewählte Personen aus den drei genannten Bereichen teilnehmen: transformative Wissenschaft, Politik und Wissenschaftsförderung, sowie Pioniere des Wandels.
Ein besonderer Fokus wird auf solche Pioniere des Wandels gelegt, die als sozial-ökologische Projekte Innovationen für eine Kultur der Nachhaltigkeit entwickeln und damit Beispiele schaffen, wie alle drei klassischen Bereiche der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonmie & Soziales) miteinander verbunden werden können. Vertreter/innen hierfür sind u.a. Ökodörfer, Transition Town Initiativen, Commons und Energiewendegenossenschaften.
Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin
☞ *http://www.researchincommunity.net/index.php?id=43*

NACHHALTIGKEIT

Symposium: Nachhaltigkeit neu leben - Buen vivir? Das Gute Leben in Forschung, Schule und Alltag
17.-19.10.2013

Das Buen Vivir – ein ursprünglich indigenes Konzept aus dem Andenraum - wird zunehmend auch hierzulande diskutiert. Es reiht sich ein in die Diskurse um Glück und Gutes Leben und ist doch sehr eigenständig. Allen Interpretationen und Sichtweisen gemeinsam ist die Kritik am derzeitigen Entwicklungsmodell und ein ganzheitliches Verständnis der Beziehung zwischen Mensch und Natur. Besser übersetzt werden kann das sumak kawsay (Quechua) oder suma qamaña (Aymara) mit Gutes Zusammenleben – gemeint ist ein harmonisches Zusammenleben in Gemeinschaft und Einklang mit der Natur. Das Buen Vivir ist verankert in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens, seine Umsetzung und das Verstehen des Konzepts befinden sich auch dort im Prozess. Teilweise romantisiert, teilweise belächelt, wirft es vor allem Fragen auf.
Das Symposium richtet sich an Wissenschaftler_innen, Lehrende, Vertreter_innen von NGO´s, Initiativen und Projekten zum Thema, Künstler_innen und die interessierte Öffentlichkeit.
Martin-Luther-Universität, Weinbergweg 10, 06120 Halle (Saale)
☞ *http://www.bne-portal.de/*

KÄLTE

Kälteschutz-Infoveranstaltung
17.10.2013, 18 Uhr

Auch in diesem Winter wird auf solidarisch-ehrenamtlicher Basis ein Nachtcafé für ca. 20 wohnungslose Männer und Frauen organisiert, wo diese wöchentlich in der Nacht von Donnerstag auf Freitag die Möglichkeit zur Übernachtung, notwendigen Schutz und gute Verpflegung in angenehmer Gesellschaft erhalten. Um das Projekt zu realisieren, benötigen wir jedoch weitere Freiwillige. Menschen die Lust haben, notleidenden Menschen zu helfen, ihnen mit Offenheit und Unvoreingenommenheit zu begegnen und und in einem netten Team verantwortungsbewusst mitzuarbeiten, sind herzlich zu dieser Infoveranstaltung im Blauen Salon des Mehringhofs eingeladen. Oder melde dich einfach bei uns per Email an kaelteschutz@gmx.de! Wir freuen uns über jede helfende Hand!
Ort: „Blauer Salon“, Gneisenaustraße 2a, 2. Hinterhof, 1. OG - über dem Theater

COMMONS

Cologne Commons 2013 – Musikfestival und Fachkonferenz
17.10./18.10.2013
jeweils 10:00 bis 18:30 Uhr

Die Konferenz möchte die Vorteile von zunehmend frei zugänglichem Wissen, Forschungsergebnissen, Kulturgütern sowie gemeinschaftlich genutzten natürlichen Ressourcen herausarbeiten. Gleichzeitig sollen Vorbehalte gegenüber einer solchen „freien Verfügbarkeit“ diskutiert und konkrete Probleme behandelt werden.
Universität zu Köln, Universitätsstraße 35 & 16a, 50931 Köln
Eintritt frei, Anmeldung erforderlich
☞ *www.commons2013.uni-koeln.de*

TAGUNG: „WE SHALL OVERCOME!“

Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biographische Zugänge.
19.10.2013

Es gibt zahlreiche Organisationen, Netzwerke und soziale Bewegungen in Deutschland und weltweit, die sich mit ihrem Engagement die Möglichkeit erhalten wollen, zu mehr Frieden und Gerechtigkeit beizutragen und die Vision einer anderen Welt lebendig zu halten.
Diese Gruppierungen werden oft genug von Menschen ins Leben gerufen und am Leben erhalten, die bereit sind, gegen den Strom zu schwimmen. Das ist nicht immer einfach. Manche dieser Aktivistinnen und Aktivisten haben sich eine Haltung der Gewaltfreiheit zur Lebensaufgabe gemacht. Wir wollen mit unserer Tagung solche Menschen zu Wort kommen lassen und uns mit ihnen austauschen. Wir freuen uns sehr, dass wir mit Ullrich Hahn, Wiltrud Rösch-Metzler und Wolfgang Sternstein drei seit Jahrzehnten engagierte Menschen gewinnen konnten, die anhand ihrer persönlichen Lebensgeschichte auf Fragen eingehen werden wie etwa: Wodurch kamen sie zu ihrem Engagement und zu einer gewaltfreien Haltung? Woraus schöpfen sie Lebensmut für ihr langfristiges Engagement? Welche Perspektiven sehen sie in einer gewaltbereiten, ungerechten, zerstörerischen Welt?
Die Tagung findet anlässlich des 20-jährigen Bestehens von „Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.“ in Gammertingen statt.
Anmeldungen bis: 4.10.2013
Evangelisches Gemeindehaus, Roter Dill 13, 72501 Gammertingen
☞ *http://www.lebenshaus-alb.de*

ENERGIE

Herbsttagung: Netzwerk Nordbayerische Energiegenossenschaften
Termin: 19.10.2013, 9-17 Uhr

Das Netzwerk Nordbayerische Energiegenossenschaften veranstaltet am 19. Oktober 2013 seine Herbsttagung. Schwerpunkte sind die Themen "Energiegenossenschaften, ein Modell mit Zukunft?" und "Wie kann eine Eigenversorgung mit Strom gelingen?“.
Altes Amtshaus, Bad Neustadt a.d. Saale
☞ *http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/32.html*

Infoveranstaltung: Stromnetze in Bürgerhand: Energiegenossenschaften und Kommunen als Netzbetreiber
13.11.2013, 9:30 – 16:30 Uhr

Kommunen und auch Energiegenossenschaften möchten örtliche Netze selbst in die Hand nehmen. Sie wollen selbst an den Netzen verdienen und eine klimafreundliche, verbrauchernahe, dezentrale Energieversorgung umsetzen.

Die Veranstaltung umfasst Vorträge, Diskussionen und Best-Practice-Beispiele über Kommunen und Energiegenossenschaften als Netzbetreiber.
Teilnahmegebühr: 75/50 Euro.
Ort: Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, Albert-Schweitzer-Str. 113-115, 55128 Mainz

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Arbeitstagung: Aspekte einer neuen Ökonomie.
Termin: 25.-27.10.2013

Bei dieser Tagung werden Zwischenberichte aus der Arbeit der Akademie Solidarische Ökonomie präsentiert.
Rathaus Britz, Eisenwerkstraße 11, 16230 Britz
☞ *www.akademie-solidarische-oekonomie.de/*

---

ultur der Kooperation – Freiräume und andere Missverständnisse Ein Crashkurs
Sa 19. Oktober, 10–17 Uhr
Gemeinsam lässt sich mehr erreichen als allein. Diesem Credo folgen politische Initiativen und selbstverwaltete Projekte. Trotz eines Konsenses über Ziele und Ideale können sich in der Zusammenarbeit aber Enttäuschungen oder gesellschaftlich übliche Machtkonstellationen einstellen. Wie kommt es dazu? Und wie kann ein gelingendes Miteinander gestaltet werden?
Referentin: Elisabeth Voß (Betriebswirtin und Publizistin, Expertin für Solidarische Ökonomien)

In Kooperation mit NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V.
Beitrag 10 €, Anmeldung bis 11. Oktober [V33]

August Bebel Institut
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel. +49 (0)30 4692-121 / -122
Fax +49 (0)30 4692-124
hagemann@august-bebel-institut.de
☞ *www.twitter.com/august_bebel*
☞ *www.facebook.com/augustbebel*
☞ *www.august-bebel-institut.de*

LEBEN

Diskussionsveranstaltung: Gentrification - Thesen und Diskussion
31.10.2013, 19 Uhr

Das Stichwort beschreibt eine Stadtentwicklung, in der im Zusammenspiel von Staat, Kapital und Bevölkerungsbewegungen, arme Menschen nachhaltig verdrängt und dem linken Milieu Experimentierfelder genommen werden. Proteste dagegen gibt es nicht nur in Hamburg.
Wir wollen auf der Veranstaltung ein Erklärungsangebot für solche Entwicklungen zur Diskussion stellen. Im ersten Teil soll es grundsätzlicher um die Ökonomie von Grund, Boden und Mieten gehen. Im zweiten Teil geht es um die Rolle der Politik. Während häufig die Reichen und das kreative Milieu als Mietentreiber angeprangert werden, behaupten wir, dass eine erfolgreiche Standortpolitik das kapitalistische Geschäft befördert, auf dessen Grundlage die Grundeigentümer die Mieten anziehen können.
Ort: Rote Flora, Schulterblatt 71 Oben, Hamburg 20357
☞ *gegen-kapital-und-nation.org/*

VOLKSENTSCHEID BERLIN

Für eine Stromversorgung in BürgerInnenhand
3.11.2013

Energieversorgung gehört in öffentliche Hand. Und die Verträge mit Vattenfall laufen jetzt oder erst wieder in 20 Jahren aus. Wir Berlinerinnen und Berliner können durch den Rückkauf der Stromnetze und den Aufbau eines berlineigenen Stadtwerks jetzt selbst per Volksentscheid am 3. November für eine soziale, demokratische und ökologische Energiewende sorgen.
☞ *http://www.berliner-energietisch.net/*

WIRTSCHAFTEN

Messe: Heldenmarkt
16./17.11.2013

Die „Messe für nachhaltigen Konsum“. Der Eintritt kostet 7/5 Euro.
Ort: Postbahnhof (barrierefrei), Straße der Pariser Kommune 8, 10243 Berlin
☞ *http://www.heldenmarkt.de/berlin-2/*

GENOSSENSCHAFTEN

Tagung: Senioren(stützende)genossenschaften: eine Antwort auf den demografischen Wandel?
29.-30.11.2013

Auf dieser 2-tägigen Tagung werden Grundlegungen, Beispiele und Perspektiven durch Vorträge, Arbeitsgruppen und intensive Diskussionen thematisiert. Noch nie standen so viele eingetragene Genossenschaften zu diesem Thema für einen öffentlichen, gemeinsamen Austausch zur Verfügung. In einer immer älter werdenden Gesellschaft stehen die Kommunen und andere Gemeinwesenakteure vor neuen Herausforderungen. Welche Rahmenbedingungen können sie (gemeinsam) schaffen, um den Menschen im dritten Lebensabschnitt auch bei wachsendem Hilfe- und Pflegebedarf ein selbstbestimmtes und selbstgestaltetes Leben zu ermöglichen? Neben professioneller Hilfe wird bürgerschaftliches Engagement immer wichtiger.

Senioren(stützende)genossenschaften verbinden Beides. Sie entwickeln in diesem Kontext neue Dienstleistungs- und Wohnkonzepte. Ihre Geschäftsfelder ergänzen in der Regel vorhandene soziale Dienstleistungen, die nicht oder nicht ausreichend vorhanden sind.

Der Tagung erfolgt eine Verortung der verschiedenen genossenschaftlichen Ansätze besonders durch die Kraft konkreter gelungener Beispiele. Zudem sollen die Bedingungen für eine schnellere und erfolgreiche Verbreitung von Seniorengenossenschaften diskutiert werden, sowohl durch Eigenengagement wichtiger Akteure im sozialen Sektor als auch durch Einbindung starker Kooperationspartner.

Tagungsbeitrag: 80,00 € inkl. Verpflegung und zzgl. Übernachtung. Information und Anmeldung (bis 4.11.): Fax: 0341 681 1786 oder E-Mail: winfried.haas@innova-eg.de.
Ort: Akademie Meißen, 01662 Meißen
☞ *http://www.innova-eg.de/informationen/termine/*

FRAUEN

Internationaler Tag: „NEIN zu Gewalt an Frauen!“
Termin: 25.11.2013

Weltweit finden am 25. November Veranstaltungen gegen Gewalt an Frauen statt. Weitere Infos z.B. auf der Homepage von TERRE DES FEMMES
☞ *http://www.frauenrechte.de/online/.*
Ort: bundes- und weltweit

GEMEINSCHAFTEN

Info-Wochenende: Um die 30 – Kommune-Info-Wochenende für junge Kommune-interessierte Menschen bis 35 Jahren
01.12. - 03.12.2013

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 1986 bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft mit zur Zeit 80 Personen Für das gemeinsame Leben wurden folgende Grundsätze vereinbart: Abbau von Hierarchien, gemeinsame Ökonomie, Entscheidungsfindung im Konsens, ein linkes Politikverständnis und eine ökologisch orientierte Lebensweise.

So wurden in der Kommune viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt. Diese möchten die KommunardInnen jungen Menschen gerne vorstellen. Das Info-Wochenende kann auch ein erster Schritt für einen weiteren Kennenlernprozess sein.
Unkostenbeitrag: 50-85 € (nach Selbsteinschätzung).
Anmeldung über die Verwaltung der Kommune Niederkaufungen
Telefon: 05605 / 80070
☞ *http://www.kommune-niederkaufungen.de/*

Wochenend-Seminar: Wir können auch anders! - Leben in der Kommune
13.12. - 15.12.2013

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 25 Jahren bestehende Lebens- und

Arbeitsgemeinschaft von derzeit 80 Personen. An den Wochenenden wird es um Fragen gehen wie:
Eine Kasse - und das funktioniert?
Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?

Geht im Kollektiv nix oder alles schief?

Die Kleinfamilie - Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Die Wochenenden werden von KommunardInnen durchgeführt. ReferentInnen: Birgit Zellmer, Volker Groß, Uli Barth, Jacqueline Bernardi.
☞ *http://www.kommune-niederkaufungen.de/*

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto!

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am .....
die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg